OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Jänner 2017

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2017

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 17. Jänner 2017

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Wachstum im Euroraum moderat, aber stabil 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Leichte Wachstumsabschwächung im dritten Quartal 2016 11

Österreich: Deutliche Verbesserung von Vertrauensindikatoren gegen Jahresende 2016 14

Leistungsbilanzüberschuss Österreichs in den ersten drei Quartalen 2016: 6,5 Mrd EUR 19

Notwendige Anpassungsprozesse österreichischer Banken gewinnen in einem herausfordernden Umfeld an Fahrt 21

Kreditinstitute: Leichter Anstieg des Periodenergebnisses im 3. Quartal 2016 25

Annex 27

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und international vom 30. November 2016 - 12. Jänner 2017 28

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 34

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

In den USA beschleunigte sich das Wachstum des realen BIP im dritten Quartal 2016 auf 3,2% (annualisiert; Q2: 1,4%). Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den USA werden die Auswirkungen der von den FOMC-Mitgliedern erwarteten Zinsschritte einerseits sowie die expansivere Fiskalpolitik andererseits sein. In Großbritannien ist der erwartete Wachstumsdämpfer durch die EU-Austrittsbestrebungen noch nicht zu beobachten. Das reale BIP ist im dritten Quartal 2016 um 0,5% gestiegen, der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin äußerst robust. In China lag das jährliche Wachstum des realen BIP im dritten Quartal 2016 unverändert bei 6,7%. Fiskalische Maßnahmen und die positive Entwicklung der Produzentenpreise trugen zum Wachstum bei. Der IWF attestiert China gute Fortschritte bei der Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses, bemängelt aber, dass die Verschuldung weiterhin hoch ist. In Japan waren im dritten Quartal 2016 die Nettoexporte und der öffentliche Konsum die Triebfedern des realen Wachstums von 0,5%. Die OECD rechnet nach 0,8% BIP-Wachstum im Jahr 2016 mit 1% Wachstum im Jahr 2017. In den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas dämpfte im dritten Quartal 2016 eine Abschwächung der Investitionstätigkeit das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt auf 2,4%. Die Arbeitslosigkeit in der CESEE-Region sank im November 2016 auf 6,1% und damit auf einen langjährigen Tiefstand.

Das reale BIP im Euroraum ist im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0,3% gestiegen. Die Wachstumsdynamik blieb damit gegenüber dem zweiten Quartal 2016 nahezu konstant. Die Arbeitslosenquote sank im vierten Quartal 2016 auf 9,8% gegenüber 10% im Vorquartal. In der näheren Zukunft bleibt die Erholung verhalten. Laut aktueller Prognose der Europäischen Kommission wird das Wirtschaftswachstum im Euroraum heuer bei 1,5% liegen und 2018 auf 1,7% steigen. Gründe für das niedrigere Wachstum 2017 liegen in den erwarteten negativen Auswirkungen des Austritts von Großbritannien aus der EU („Brexit") und in dem weiterhin unsicheren geopolitischen Umfeld. Außerdem wirkt der steigende Ölpreis dämpfend auf das Wirtschaftswachstum. Die Inflationsrate im Euroraum erreichte – gemessen am HVPI – laut Eurostat-Schnellschätzung im Dezember des abgelaufenen Jahres 1,1% (November: 0,6%). Sie liegt damit bereits zum siebenten Mal in Folge im positiven Bereich und zeigt zudem einen klaren Aufwärtstrend.

In Österreich signalisiert die Entwicklung der Vertrauensindikatoren seit Mitte 2016 eine verstärkte Dynamik der österreichischen Wirtschaft und vor allem der Industrie. Das Stimmungshoch spiegelt sich aber noch nicht in den Export- und Produktionsdaten wider. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stagnierten die nominellen Exporte von Jänner bis Oktober 2016. Die Exportpreise sind allerdings im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2016 gesunken, so dass die realen Exporte ein leichtes Plus verzeichneten. Mit einem Wachstum von +0,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat stagnierte im Oktober die Produktion im produzierenden Bereich (NACE B-F), die Sachgüterproduktion schrumpfte sogar leicht (im Vergleich zum Vorjahr: -0,4%). Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten stieg im vierten Quartal 2016 (im Vergleich zum Vorquartal) mit +0,5% stärker als in den Vorquartalen (Q2: +0,3%; Q3: +0,4%). Gleichzeitig waren im Jahresdurchschnitt 2016 357.300 Personen arbeitslos – ein neuer Höchststand. Allerdings ging in den letzten beiden Monaten des Jahres die Anzahl der Arbeitslosen erstmals seit 2011 wieder zurück. Seit September 2016 ist die HVPI-Inflationsrate in Österreich markant gestiegen, im November lag sie bei 1,5%.

[1] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Wachstum im Euroraum moderat, aber stabil[2]

Euroraum: Wirtschaftliche Erholung setzt sich fort, wenn auch nur moderat

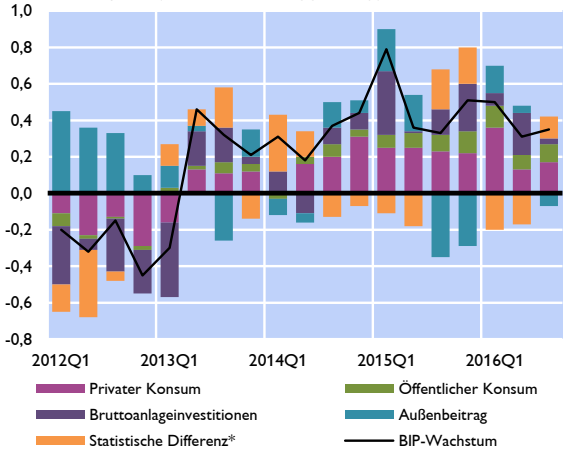
Das reale BIP ist im Euroraum im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0,3% gestiegen. Die Wachstumsdynamik blieb damit gegenüber dem zweiten Quartal 2016 nahezu konstant. Gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahrs lag das Wirtschaftswachstum bei 1,7% und damit über dem Potenzialwachstum, das von der Europäischen Kommission derzeit auf 1% geschätzt wird.

Aus mehreren Euroraumländern kamen im dritten Quartal positive Konjunktursignale, insbesondere aus jenen Ländern, die in den letzten Jahren eine tiefe Rezession durchlaufen haben. Die spanische Wirtschaft wuchs mit einer Quartalswachstumsrate von 0,7% erneut stark, die Quartalswachstumsrate in Griechenland hat sich auf 0,8% verdoppelt. Italiens Wirtschaft konnte immerhin um 0,3% zulegen. Auch kleinere ehemalige Krisenländer holten auf. So wuchs das reale BIP von Portugal sogar um 0,8%. Frankreichs Wirtschaftskraft wuchs im dritten Quartal 2016 um 0,2%, gegenüber einer leichten Kontraktion (-0,1%) im zweiten Quartal.

Dass das Wachstum trotz dieser positiven Signale aus der Peripherie im Euroraumschnitt nicht höher ausgefallen ist, liegt am geringeren Wachstum in Deutschland, das von 0,4% im zweiten Quartal 2016 auf 0,2% im dritten Quartal zurückging. Mittlerweile liegen Informationen zur Entwicklung der Unterkomponenten für den gesamten Euroraum vor: Während die Binnennachfrage (öffentlicher und privater Konsum sowie Investitionen) positiv ins Gewicht fiel, trug der Außenbeitrag leicht negativ zum Wachstum bei. Das könnte sich in den kommenden Quartalen noch verstärken, falls es aufgrund politischer Unsicherheiten und im Gefolge des steigenden Ölpreises zu negativen Effekten auf Binnennachfrage und Außenhandel kommt.

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

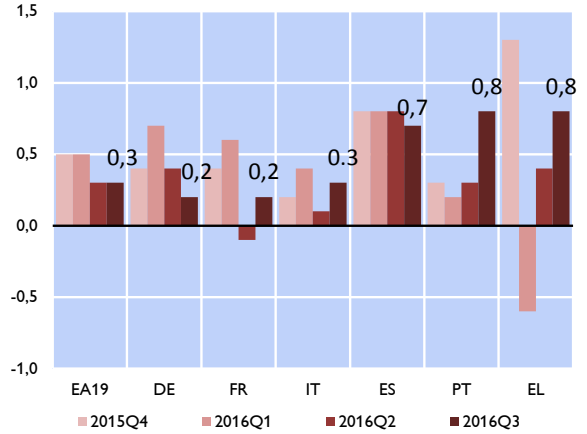
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Reales BIP-Wachstum in ausgewählten Euroraumländern

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat.

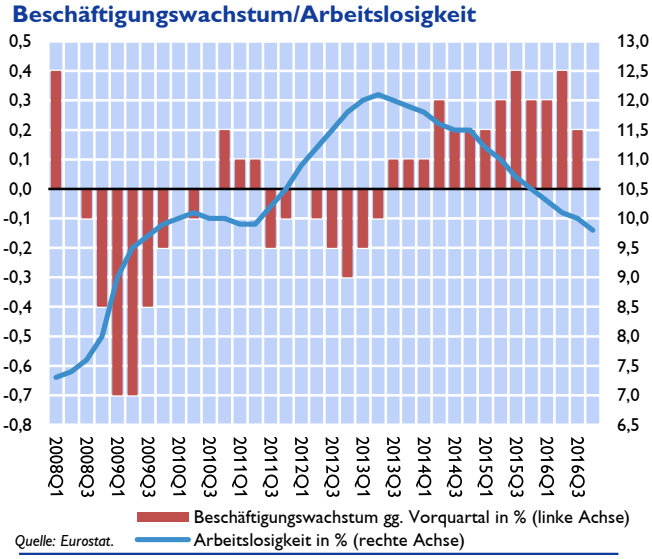
Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission zeigen für die künftige Entwicklung des Euroraums weiterhin nach oben und haben sich in allen Sektoren – Konsumenten-, Industrie- und Dienstleistungssektor – im Dezember 2016 weiter verbessert.

[2] Autor: Christian Alexander Belabed (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

In der näheren Zukunft bleibt das Wachstum des Euroraums voraussichtlich moderat. Laut aktueller Prognose der Europäischen Kommission wird das Wirtschaftswachstum im Euroraum heuer bei 1,5% liegen und 2018 auf 1,7% steigen. Ein Grund für das niedrige Wachstum 2017 liegt in den erwarteten negativen Auswirkungen des Austritts von Großbritannien aus der EU („Brexit"), der voraussichtlich im März angekündigt wird. Außerdem wirkt der steigende Ölpreis dämpfend auf das Wirtschaftswachstum im Euroraum. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar geht trotz kurzer Unterbrechung rund um den Jahreswechsel weiter und könnte in näherer Zukunft zur Parität des Euro zum US-Dollar führen, was vor allem die Exporte des Euroraums stimulieren sollte. Die weiterhin expansive Geldpolitik und die gelockerte Fiskalpolitik sollten das Wachstum ebenso unterstützen.

Arbeitslosenquote im Euroraum sinkt leicht auf 9,8%

Angesichts der nur moderaten konjunkturellen Erholung verbessert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur langsam. Die Arbeitslosenquote sank im vierten Quartal 2016 auf 9,8% gegenüber 10% im Vorquartal. Neue Daten zum Beschäftigungswachstum liegen noch nicht vor. Damit setzt sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit – wenn auch nur langsam – weiter fort. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote seit ihrem Höchststand Mitte 2013 um über 2 Prozentpunkte gesunken und befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit Mitte 2009. Rückgänge verzeichneten vor allem einige Länder der Euroraum-Peripherie – Griechenland, Irland, Portugal, Spanien – deren Arbeitslosenquoten im Zuge der tiefen Rezession besonders stark angestiegen waren. Die Jugendarbeitslosigkeit im Euroraum ist nach wie vor sehr hoch und lag zuletzt bei 21,2%. Die höchsten Quoten wurden in Griechenland (46,1%), Spanien (44,4%) und Italien (39,4%) gemessen.



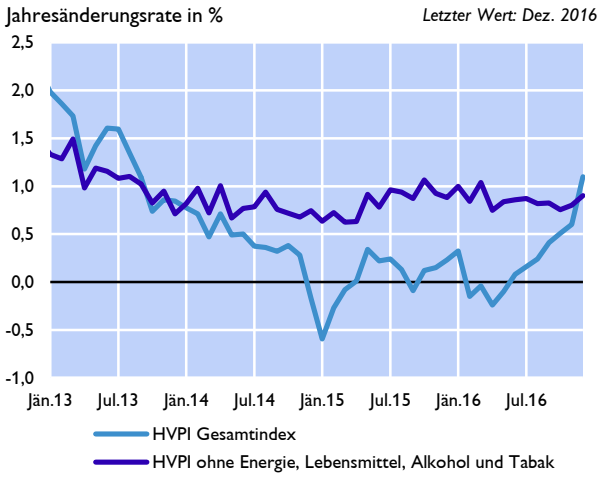
Die Beschäftigung ist im dritten Quartal 2016 (aktuellste Zahlen) in einigen Ländern zum Teil deutlich gestiegen – beispielsweise in Portugal um 1,3% gegenüber dem zweiten Quartal 2016.

Inflation im Euroraum steigt

Die Inflationsrate im Euroraum lag – gemessen am HVPI – laut Eurostat-Schnellschätzung im Dezember 2016 bei 1,1%, nach 0,6% im November. Sie liegt damit bereits zum siebenten Mal in Folge im positiven Bereich und zeigt zudem einen klaren Aufwärtstrend, der sich in den kommenden Monaten auch fortsetzen dürfte.

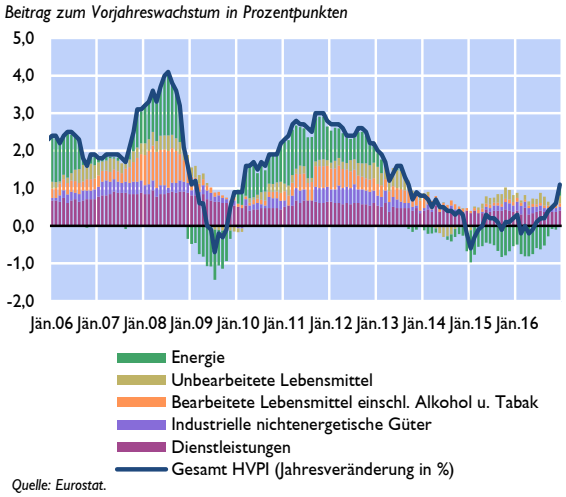
Hauptverursacher dieses Aufwärtstrends ist die Energiepreisentwicklung. So lag der Preisanstieg bei Energie im Dezember bei 2,5% (ggü. -1,1% im November), getrieben vor allem vom steigenden Ölpreis und den Bereichen Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak. Der Beitrag der Dienstleistungen war über die vergangenen Monate hingegen stabil. Die Kerninflationsrate (Inflation ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) ist folglich mit 0,9% (nach 0,8% im November) nach wie vor niedrig und zeigt noch keinen nachhaltigen Aufwärtstrend.

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation



Quelle: Eurostat.

Die HVPI-Inflationsrate und ihre Komponenten



Quelle: Eurostat.

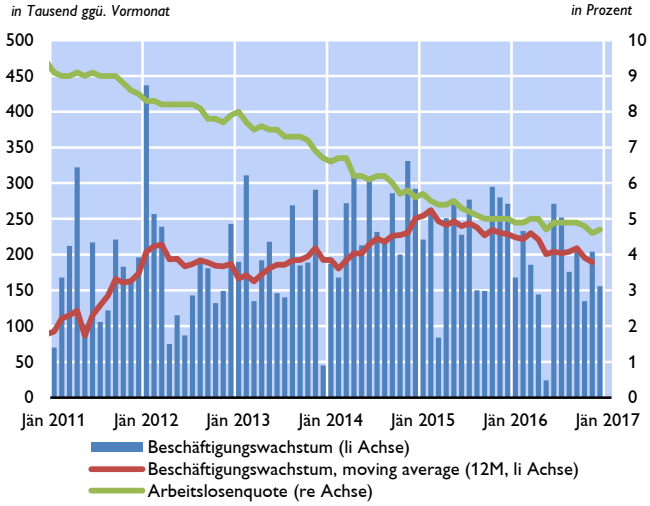
Die Europäische Kommission geht in ihrer aktuellen Prognose davon aus, dass die Inflationsrate sowohl im Jahresdurchschnitt 2017 als auch 2018 bei 1,4% liegen wird. In keinem Euroraumland wird die Jahresteuerung im negativen Bereich zu liegen kommen.

Unsicherheit vor Amtsantritt des neuen US-Präsidenten steigt

USA: Wachstumspfad weiterhin ungewiss

In den USA ist das Wachstum des realen BIP im dritten Quartal 2016 auf 3,2% (annualisiert) gestiegen, nach nur 1,4% im Quartal zuvor. Weiterhin dominiert der Wachstumsbeitrag der privaten Binnennachfrage, wird nun aber zunehmend vom Außenbeitrag unterstützt. Das Konsumentenvertrauen befindet sich auf dem höchsten Stand seit neun Jahren. Auch der Arbeitsmarkt zeigt sich weiter robust. Im Dezember lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bei 4,7%, der Beschäftigungszuwachs betrug in diesem Monat 156.000 neue Stellen (2016: 2,2 Millionen; 2015: 2,7 Millionen) und das Wachstum der durchschnittlichen Stundenlöhne bekief sich auf 2,9% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die im historischen Vergleich niedrige Beschäftigungsquote – sie liegt um ca. 4pp unter dem Wert den sie noch Mitte der 90iger Jahre hatte – und die weiterhin relativ hohe Unterauslastung der Arbeitskräfte deuten jedoch auf weiterhin vorhandene Friktionen am Arbeitsmarkt hin.

USA: Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquote



Quelle: Thomson Reuters.

Nachdem die FED im Dezember zum zweiten Mal seit der Finanz- und Wirtschaftskrise die Leitzinsen erhöht hat, gehen die FOMC-Mitglieder momentan von drei weiteren Zinserhöhungen 2017 aus. Der weitere Kurs der Geldpolitik wird jedoch auch von der künftigen Ausrichtung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung abhängen.

Bisher veröffentlichte Analysen (z.B. OECD im letzten Economic Outlook) gehen aufgrund der expansiveren Fiskalpolitik von einem höheren Wachstum in den USA aus. Die OECD erwartet in ihrer Herbstprognose ein zusätzliches Wachstum von 0,4 bzw. 0,8 Prozentpunkten in den Jahren 2017 und 2018. Allerdings sind diese Einschätzungen naturgemäß mit hoher Unsicherheit behaftet: Die angekündigten Steuersenkungen für Haushalte mit (sehr) hohen Einkommen werden die Ungleichheit erhöhen, mit den zu erwartenden negativen Effekten auf das Wirtschaftswachstum. Eine Wiederbelebung von Investitionen in Projekte der Energiegewinnung und –infrastruktur sollte das Wachstum stimulieren. Ein höherer Ölpreis hilft tendenziell der Fracking-Industrie in den USA, deren Investitionszurückhaltung letzthin für die allgemein schwache Entwicklung der Investitionen verantwortlich war. Eine striktere Immigrationspolitik in Verbindung mit einer protektionistischeren Handelspolitik könnte das Wachstum jedoch nachhaltig negativ beeinflussen.

Würden alle Vorhaben tatsächlich umgesetzt, sollte die expansive Fiskalpolitik kurzfristig Wachstum und Inflation anheben. Die wachstumsdämpfenden Effekte von Immigrations- und Handelspolitik wären hingegen erst mittelfristig spürbar. Weiters sind wichtige Maßnahmen, wie Deregulierung der Finanzmärkte oder die Rücknahme des Ausbaus der Krankenversicherung („Obamacare“) in diesen Analysen nicht enthalten.

UK: Prognostizierte Wachstumsdämpfer durch EU-Austritt noch nicht realisiert

Das reale BIP in Großbritannien ist im dritten Quartal 2016 um 0,5% gestiegen. Vor allem der private Konsum und die Investitionen haben das Wachstum gestützt, während der Außenbeitrag negativ zum Wachstum beitrug. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin äußerst robust, die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 4,8%. Bisher ist der prognostizierte Wachstumsdämpfer durch die EU-Austrittsbestrebungen noch nicht zu beobachten. Dazu trägt auch die Entwicklung des Pfund bei, das seit dem Referendum bis Anfang November deutlich abgewertet hat. Dies dürfte auch verstärkend auf das Leistungsbilanzdefizit des Landes wirken, das mittlerweile bei über 5% des BIP liegt. Derzeit wird damit gerechnet, dass das formale Austrittsverfahren nach Artikel 50 des EU-Vertrags im März 2017 eingeleitet wird.

Mittelfristig wird jedoch durch die erhöhte Unsicherheit ein deutlicher Wachstumseinbruch erwartet. Die Europäische Kommission hat in ihrer Herbstprognose für Großbritannien die Wachstumserwartung für 2017 um 0,9 Prozentpunkte zurückgenommen, sie rechnet nun nur mehr mit 1,0% bzw. 1,2% Wachstum in den Jahren 2017 und 2018. Die Bank of England hat in ihrer Sitzung Mitte Dezember die Bank Rate nicht weiter gesenkt und auch die unkonventionellen Maßnahmen unverändert beibehalten. Sie bleibt damit bei einem monatlichen Ankaufvolumen von bis zu 60 Mrd Pfund an Staatsanleihen und bis zu 10 Mrd Pfund an Unternehmensanleihen.

Japan: Lohnmoderation lässt Deflationsrisiken wieder aufleben

Anders als in USA und UK ist der private Konsum in Japan keine Konjunkturstütze. Triebfeder des realen Wachstums von 0,5% im dritten Quartal 2016 waren die Nettoexporte und der öffentliche Konsum. Die OECD rechnet nach 0,8% BIP-Wachstum im Jahr 2016 im Jahr 2017 nur mit 1%.

Die schwache inländische Nachfrage dürfte auch mit der nur äußerst moderaten Lohnentwicklung in Japan zu tun haben, die wiederum auf die Segregation des Arbeitsmarkts zurückgeht. Die in vielen Bereichen vorherrschende prekäre Beschäftigungslage wirkt sich dämpfend auf den gesamtwirtschaftlichen Lohndruck aus. In der Folge bleibt auch die Inflationsentwicklung schwach. Nach mehreren Monaten Deflation war der Preisanstieg im

Oktober mit +0,2% zwar erstmals wieder positiv, allerdings lag auch die Kerninflationsrate auf demselben Niveau. Dies deutet auf weiterhin schwachen allgemeinen Inflationsdruck hin.

Um ihr im September angekündigtes Ziel der Steuerung der langfristigen Zinsen (Zinsziel für 10-jährige Staatsanleihen bei etwa 0%) zu erreichen, hat die Bank of Japan in ihrer November-Sitzung zusätzliche Maßnahmen angekündigt. Sie wird nun in unbeschränktem Ausmaß Staatsanleihen kaufen und angesichts einer jahrelangen Unterschreitung ihres Preisstabilitätsziels von 2% explizit eine Überschreitung in den kommenden Jahren anstreben. Der Leitzinssatz bleibt vorerst bei -0,1%, könnte aber bei Bedarf weiter gesenkt werden.

China: Rebalancing kommt nur langsam voran

Im dritten Quartal 2016 lag das jährliche Wachstum des realen BIP in China unverändert bei 6,7%. Fiskalische Maßnahmen, insbesondere Investitionen in Infrastrukturprojekte, und die positive Entwicklung der Produzentenpreise trugen zum Wachstum bei. Allerdings hängt das zukünftige Wachstum entscheidend davon ab, ob der Prozess des *rebalancing* in China nachhaltig ist. Der IWF attestiert China gute Fortschritte bei der Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses und bei anderen Indikatoren für Ungleichgewichte, jedoch bemängelt der IWF, dass die Verschuldung weiterhin hoch ist, insbesondere im Bereich staatsnaher Unternehmen. Die Verschuldung des gesamten Unternehmenssektors ist mit etwa 160% des BIP extrem hoch und Haupttreiber der Gesamtverschuldung. Ein starker Einbruch der Verschuldung hätte voraussichtlich eine deutlich steigende Arbeitslosigkeit, insbesondere im Industriesektor, zur Folge. Die Auswirkungen auf die Stabilität des Landes wären nur schwer abzuschätzen, insbesondere im Kontext fehlender Risikoabsicherung für die betroffenen Haushalte. Eine Verbesserung des Sozialsystems in China könnte weiters helfen, die hohe Sparquote von etwa 45% des BIP zu senken, und dadurch den Konsum anzukurbeln und Überkapazitäten abzubauen.

Die steigende Verschuldung der privaten Haushalte erhöht zudem das Risiko eines folgenreichen Platzens der Hauspreisblase. Die Hauspreise steigen bislang weiterhin an, wenn auch zuletzt mit gedämpfter Dynamik. Anlass zur Sorge bietet auch die Entwicklung abseits der großen Banken. Insbesondere die Verschuldung lokaler Banken und die zunehmende Bedeutung der Schattenbanken lassen befürchten, dass die Verschuldung des privaten Sektors vom öffentlichen Sektor nicht aufgefangen werden kann, obwohl die fiskalpolitischen Spielräume nach offizieller Lesart ausreichend erscheinen. Ein „hard landing“ in China hätte nicht nur signifikante Auswirkungen auf das regionale Wachstum, sondern auch auf das Wachstum der Weltwirtschaft.

Der Renminbi wertete zum Jahreswechsel weiter stark ab. Um den Abfluss von Reserven zu vermindern, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, die zumindest vorerst erfolgreich zu sein scheinen. Der Abfluss von Reserven im Ausmaß von 41 Mrd US-Dollar im Dezember 2016 war deutlich geringer als erwartet. Ob die Zentralbank Chinas künftig die Abflüsse weiterer Mittel zu verhindern sucht, oder mit einer Einmalabwertung Druck von der Währung nehmen wird, ist weiterhin unklar.

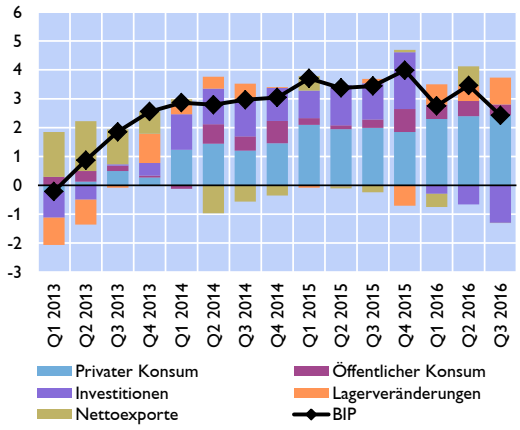
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Leichte Wachstumsabschwächung im dritten Quartal 2016[3]

Schwache Investitionen dämpfen die wirtschaftliche Dynamik

Eine weitere Abschwächung der Investitionstätigkeit dämpfte das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas im dritten Quartal 2016 auf 2,4% im regionalen Durchschnitt. Ausschlaggebend dafür war vor allem das Ende der Auszahlungen von EU-Mitteln aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2007-2013 mit Ende 2015. Dieses wirkte sich vor allem auf Bauinvestitionen negativ aus. Während die Nettoexporte die Konjunktur im zweiten Quartal noch etwas stützten, ging deren Wachstumsbeitrag im dritten Quartal auf null zurück. Hauptwachstumstreiber blieb der private Konsum, der im dritten Quartal so stark zunahm wie zuletzt vor Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Dabei profitierte er vor allem von günstigen Arbeitsmarktbedingungen. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der CESEE-Region sank im November 2016 auf 6,1% und damit auf einen langjährigen Tiefststand. In mehreren Ländern herrscht de facto Vollbeschäftigung. So weist etwa die Tschechische Republik mit einer Quote von 3,7% im November die niedrigste Arbeitslosigkeit in der EU aus. Die dynamische Entwicklung auf den Arbeitsmärkten wirkte sich positiv auf das Lohnwachstum aus. Im Zusammenspiel mit niedrigen (teils auch negativen) Inflationsraten, stiegen die Reallöhne deutlich.

Reales Wachstum in CESEE

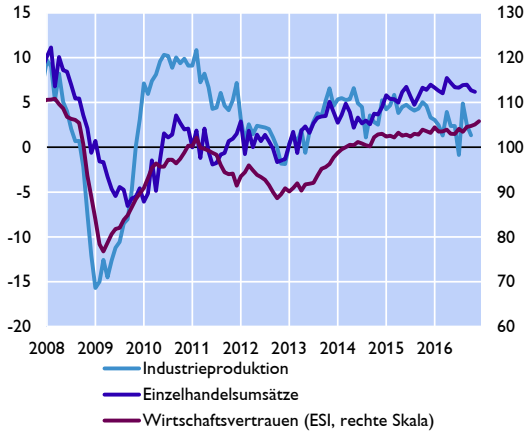
Beiträge in Prozentpunkten, BIP-Wachstum in % (ggü. Vorjahr)



Quelle: Eurostat.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Vorlaufindikatoren für das vierte Quartal deuten auf ein Anhalten der Trends vom dritten Quartal hin. Sowohl die Einzelhandelsumsätze als auch das Wirtschaftsvertrauen entwickelten sich im Oktober und November vor dem Hintergrund der guten Lage an den Arbeitsmärkten weiter positiv. Die Industrieproduktion wies im Jahresverlauf eine erhebliche Volatilität auf. Mit einem Wachstum von 1,3% im Oktober nahm sie allerdings weiter leicht zu. Negativ entwickelte sich vor allem die Bauwirtschaft, die besonders unter dem Ausbleiben öffentlicher Bauinvestitionen litt. Die Produktion im Baugewerbe nahm im Oktober um 12% im regionalen Durchschnitt ab.

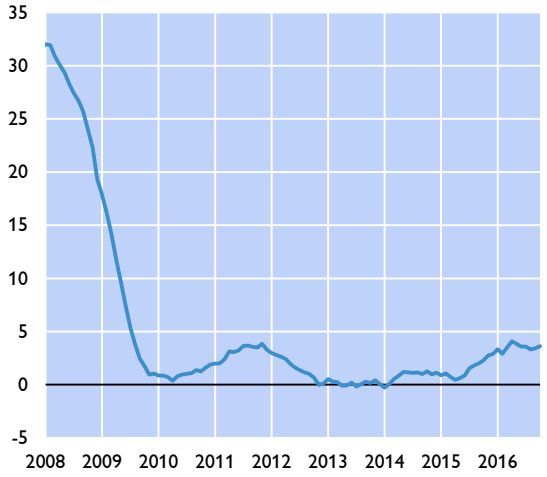
[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Weitere graduelle Erholung der CESEE-Bankensektoren

Die seit 2015 zu beobachtende graduelle Erholung der CESEE-Bankensektoren setzte sich auch im Jahr 2016 weiter fort. So pendelte sich das durchschnittliche Kreditwachstum an den Privatsektor bei etwa 3,5% im Jahresvergleich ein. Angetrieben wurde die Entwicklung vor allem von der Slowakei und der Tschechischen Republik, wo vor allem Wohnbaukredite stark wuchsen sowie von Polen. Allerdings berichteten auch Estland und Litauen eine deutlich überdurchschnittliche Dynamik. Einen rückläufigen Kreditbestand berichteten nur noch Ungarn, Slowenien und Kroatien. Die Kreditvergabe war allerdings teilweise durch Sonderfaktoren beeinflusst.

Kreditwachstum in CESEE

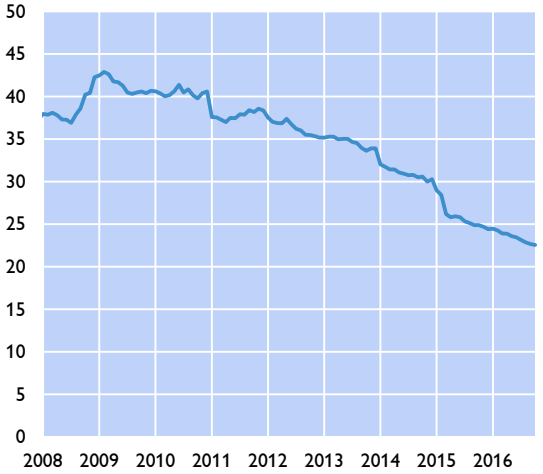
an den Privatsektor, yoy in %, wechselkursbereinigt



Quelle: NZBs.

Anteil ausstehender FX-Krediten

am gesamten Kreditvolumen, in %



Quelle: NZBs, EZB.

Dazu zählen unter anderem Programme zur Konvertierung von Fremdwährungskrediten. Die Vergabe von Fremdwährungskrediten in CESEE wurde im Verlauf der Finanzkrise immer stärker problematisiert, was in vielen Ländern zu regulatorischen Restriktionen bezüglich der Neuvergabe solcher Kredite führte. Insbesondere nach der Aufgabe der Wechselkursbindung des Schweizer Franken an den Euro Anfang 2015 und der damit einhergehenden deutlichen Aufwertung des Franken verfolgten mehrere Länder eine Politik der Konvertierung von Fremdwährungskrediten und adressierten damit nicht nur das Problem der Neuvergabe, sondern auch das Problem des Bestands solcher Kredite. Ungarn war diesbezüglich ein Vorreiter. Erste Maßnahmen zur Verringerung der Verschuldung in Fremdwährung wurden bereits 2011 gesetzt. Im Februar und Dezember 2015 wurde dann ein Großteil der Fremdwährungskredite an Haushalte konvertiert. Kroatien beschloss im September 2015 ein Gesetz zur Konvertierung, nachdem der Wechselkurs für die Tilgung von CHF-Krediten bereits zu Jahresbeginn im Zuge der allgemeinen Frankenaufwertung fixiert wurde. In Rumänien wurde im Oktober 2016 ebenfalls ein solches Gesetz beschlossen, welches allerdings noch nicht öffentlich kundgemacht wurde. In Polen ist die diesbezügliche Diskussion bereits weit fortgeschritten.

Diese Maßnahmen führten zu einem deutlich rückläufigen Anteil von Fremdwährungskrediten am gesamten Kreditvolumen. In der CESEE-Region sank deren Anteil von über 40% Anfang 2009 auf unter 25% Ende 2016. Dieser Rückgang ging mit einer Verbesserung der Portfolioqualität der CESEE-Bankensektoren einher. Die Gründung von Abbaugesellschaften, Abschreibungen sowie der Verkauf von notleidenden Kreditportfolios

trugen ebenfalls zur Kreditqualität bei: Der Anteil notleidender Kredite an der gesamten Kreditvergabe ging in den letzten Jahren deutlich zurück und betrug Mitte 2016 im Durchschnitt 7,4%. Ende 2013 lag er noch bei 10,9%. Innerhalb der CESEE-Region schwankt der Anteil notleidender Kredite aber erheblich.

Die Profitabilität der CESEE-Bankensektoren entwickelte sich in der jüngsten Vergangenheit positiv und in allen Ländern der Region konnten Mitte 2016 Gewinne verbucht werden. Die Gesamtkapitalrendite lag im Durchschnitt bei 1,5% und damit in etwa auf dem Niveau von Mitte 2008. Besonders hohe Profite wurden in Ungarn erwirtschaftet. Deutlich unterdurchschnittlich war das Ergebnis allerdings in Litauen und Polen. Gleichzeitig bleibt die Kapitalausstattung hoch (zwischen 16,3% in Polen und 24,9% in Litauen). Die Refinanzierungsstruktur verschob sich in den letzten Jahren zusehends hin zu lokalen Einlagen und wurde damit nachhaltiger. Mitte 2016 war in den meisten Ländern der Region die gesamte Kreditvergabe durch Einlagen gedeckt. Ausnahmen stellten nur die baltischen Länder und (in moderatem Ausmaß) Polen dar. In den Boom-Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise konnten nur die Tschechische Republik und die Slowakei ihre Kreditvergabe voll durch lokale Einlagen finanzieren.

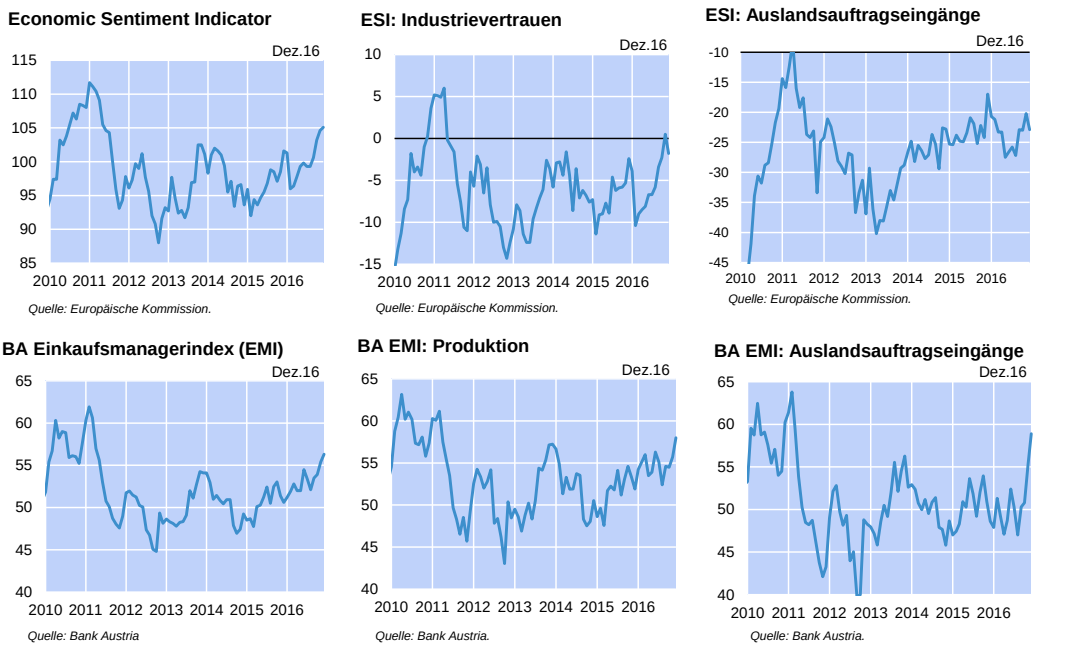
Österreich: Deutliche Verbesserung von Vertrauensindikatoren gegen Jahresende 2016[4]

Stimmungshoch spiegelt sich in Export- und Produktionsdaten nicht wider

Die Entwicklung der Vertrauensindikatoren seit Mitte 2016 signalisiert eine verstärkte Dynamik der österreichischen Wirtschaft, insbesondere der Industrie. Der Indikator des wirtschaftlichen Vertrauens der Europäischen Kommission hat sich nach einer temporären Verschlechterung im Februar in den Folgemonaten wieder verbessert. Im September wurde der langfristige Durchschnittswert von 100 Punkten überschritten, im Dezember lag der Indikator bei 105,1 Punkten. Die Entwicklung des Gesamtindikators wird insbesondere von der Entwicklung des Teilindikators für die Industrie getragen. Dieser legte im Laufe des Jahres 2016 stetig zu und überschritt ebenfalls im September seinen langfristigen Durchschnitt (-5,1 Punkte). Das Unternehmensvertrauen wurde im zweiten Halbjahr auch aufgrund der sich verbessernden Auftragslage, insbesondere der Auslandsaufträge, gestärkt.

Die Ergebnisse des Economic Sentiment Indicators (ESI) decken sich mit jenen des Bank Austria EinkaufsManagerIndex (EMI), der das Vertrauen der Industriebetriebe abbildet. Auch dieser hat im Herbst deutlich zugelegt und erreichte mit 56,3 Punkten ein 5-Jahreshoch. Der EMI wird vom starken Anstieg in der Produktion und bei den (Auslands-)Auftragseingängen getragen. Diese Teilindikatoren verzeichnen aktuell die höchsten Werte seit Ende 2010/Anfang 2011. Auch der Indikator des wirtschaftlichen Vertrauens und der Indikator des Industrievertrauens der Europäischen Kommission nähern sich nunmehr wieder jenem Niveau an, das Ende 2010/Anfang 2011 beobachtet wurde – der Periode der starken Erholung nach der durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schrumpfung des heimischen BIP im Jahr 2009.

Wichtige Vorlaufindikatoren für die österreichische Wirtschaft

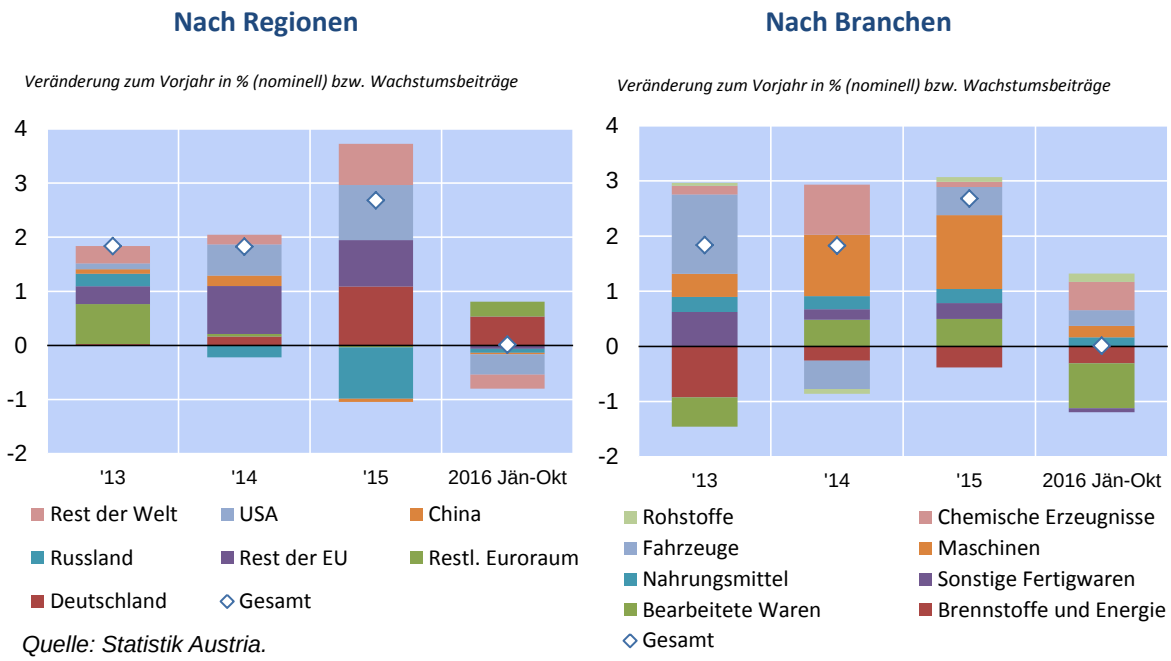


[4] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Exportdaten liegen nur bis inklusive Oktober 2016 vor. Diese spiegeln allerdings nicht die optimistische Stimmung der Unternehmen wider. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stagnierten die nominellen Exporte von Jänner bis Oktober 2016. Die Exportpreise sind im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2016 gesunken (Güter: -1,4%; Gesamtexporte: -0,7%), so dass die Exporte in realer Rechnung ein leichtes Plus verzeichneten.

Eine regionale Betrachtung der ersten zehn Monate 2016 zeigt, dass die Exportentwicklung vor allem durch die Ausfuhren in die EU, und hier in erster Linie nach Deutschland, gestützt wurde. Dämpfend wirkte hingegen der Rückgang der Ausfuhren in die USA, nach Russland und in die Türkei. Der Rückgang in die USA und in die Türkei ist vor dem Hintergrund des starken Wachstums im Jahr 2015 zu sehen (+17% bzw. +16%). Die Exporte nach Russland sind allerdings 2016 weniger stark geschrumpft als noch im Jahr 2015. Nach Gütergruppen zeigt sich, dass in den ersten zehn Monaten des Jahres 2016 in erster Linie die Exporte von Bearbeiteten Waren, aber auch von Brennstoffen und Energie das Exportwachstum dämpften. Die anderen Gütergruppen expandierten weiter, verloren jedoch an Dynamik.

Zusammensetzung des Wachstums der Güterexporte nach Regionen und Branchen

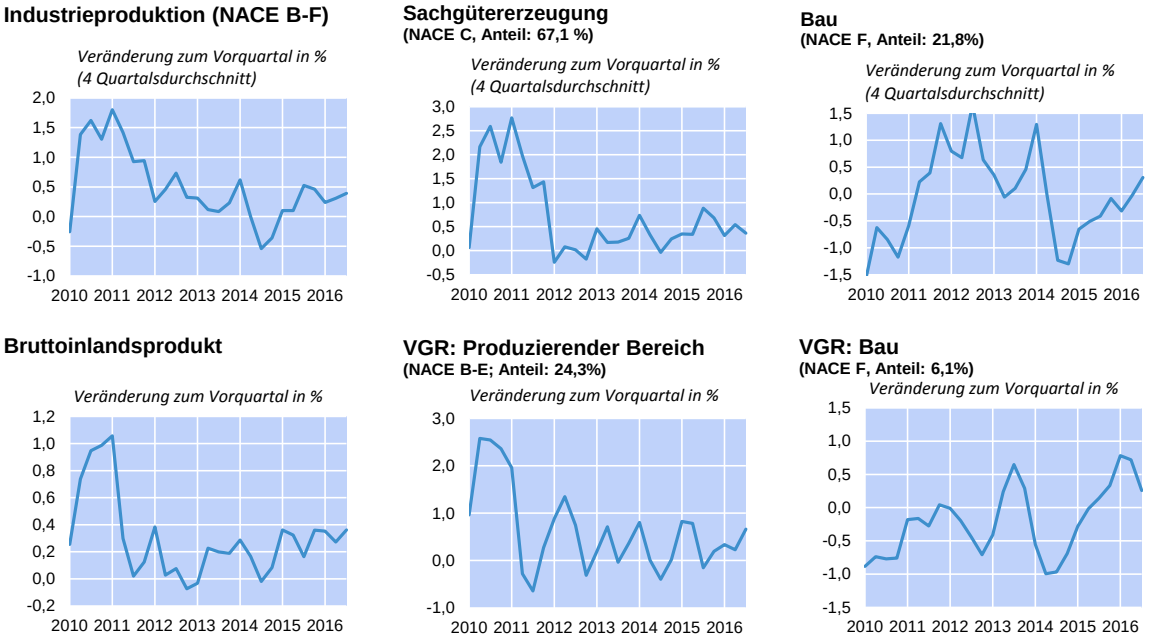


Quelle: Statistik Austria.

Auch die bis Oktober 2016 vorliegenden Produktionsdaten spiegeln die Verbesserung der Vertrauensindikatoren nicht - mit einem Wachstum von +0,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat stagnierte auch der produzierende Bereich (NACE B-F). Die Sachgüterproduktion schrumpfte sogar leicht (Oktober 2016 im Vergleich zum Vorjahr: -0,4%).

Ende Jänner 2017 wird die VGR-Schnellschätzung für das vierte Quartal 2016 verfügbar sein. Der Konjunkturindikator der OeNB vom November 2016 erwartet für das vierte Quartal 2016 und das erste Quartal 2017 ein Wachstum des realen BIP von 0,4% bzw. 0,5% (qoq).

Produzierender Bereich ohne Wachstumsbeschleunigung



Quelle: WIFO, Statistik Austria.

Die Industrieproduktion, insbesondere die Sachgütererzeugung wies seit Anfang 2011 eine vergleichsweise gedämpfte Entwicklung auf. Der Bausektor expandierte allerdings zwischen Mitte 2011 und Anfang 2014, brach dann stark ein und erholt sich erst seit Anfang 2015 wieder. Die Produktionsdaten von Statistik Austria decken sich im Wesentlichen mit jenen der VGR. Das BIP-Wachstum wird entstehungsseitig aber vor allem vom Produzierenden Bereich bestimmt. Unterstützt von expansiven fiskalpolitischen und geldpolitischen Maßnahmen zur Überwindung der durch die globale Krise hervorgerufenen Schrumpfung des BIP im Jahr 2009 erholte sich die österreichische Wirtschaft in den Folgejahren 2010 und 2011 vergleichsweise rasch und stark. Die Entwicklung der Stimmungsindikatoren lässt eine stärkere Erholung des produzierenden Bereichs in den kommenden Quartalen erwarten. Dies würde dann ebenso eine Beschleunigung des BIP-Wachstums implizieren und stellt somit ein Aufwärtsrisiko für die aktuellen BIP-Prognosen dar.

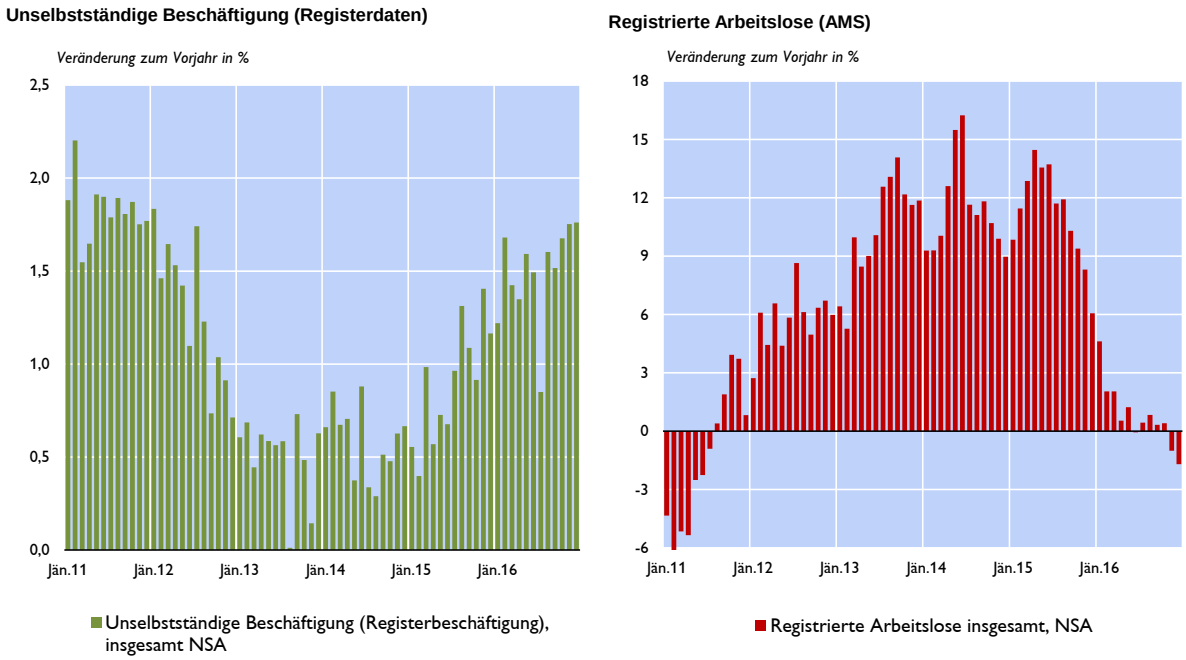
Beschäftigungswachstum beschleunigt sich, Arbeitslosigkeit sinkt geringfügig

Gegen Jahresende 2016 verstärkten sich die Arbeitsmarkttrends der vorhergehenden Monate. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten laut Arbeitskräfteerhebung stieg im vierten Quartal (im Vergleich zum Vorquartal) mit +0,5% stärker als in den Vorquartalen (Q2: +0,3%, Q3: +0,4%). Bereits seit dem zweiten Halbjahr 2015 geht die Beschäftigungszunahme mit einem Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden einher, d.h. es werden derzeit nicht nur Teilzeit-, sondern vermehrt Vollzeitarbeitsplätze geschaffen.

Das Wachstum der Zahl der Arbeitslosen hat sich bereits seit Jahresbeginn 2016 deutlich abgeschwächt, im November und Dezember 2016 konnte erstmals seit 2011 ein Rückgang verbucht werden. Selbst bei Hinzurechnung der Schulungsteilnehmer liegt ein Rückgang vor. Das AMS erklärt diesen Rückgang mit der günstigen Entwicklung der Bauwirtschaft, die vermutlich vom Schneemangel profitiert, sowie von einer merkbaren Verbesserung im Bereich der Herstellung von Waren; letzteres widerspricht zwar den Produktionsdaten, die positive

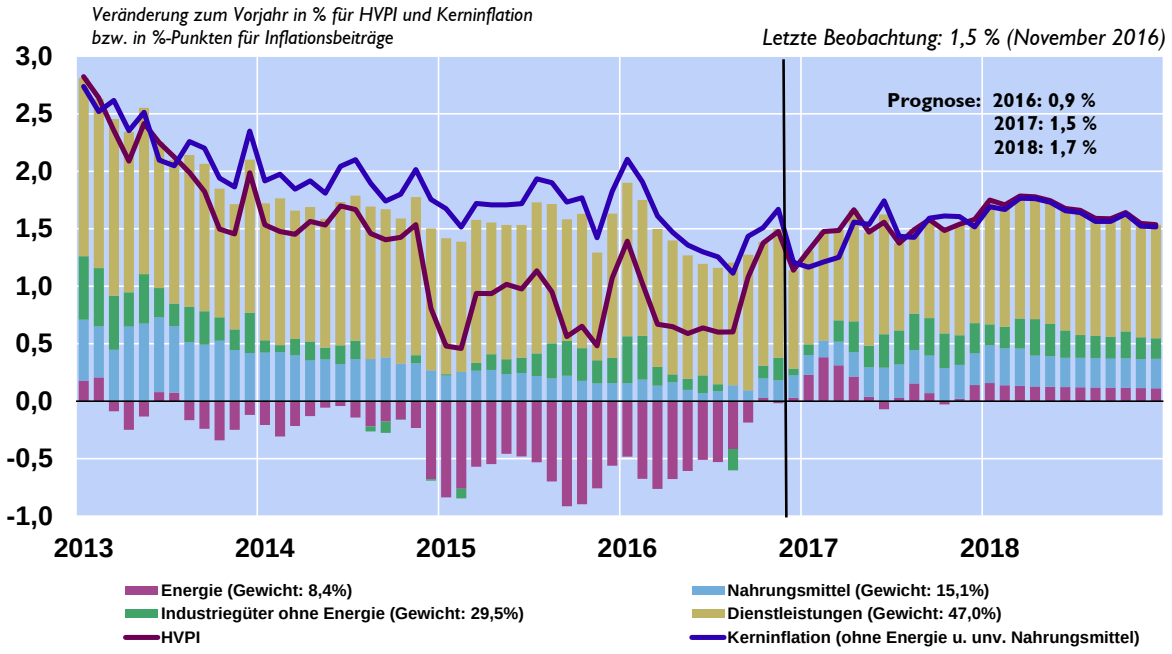
Entwicklung der Vertrauensindikatoren könnte hier jedoch ihren Niederschlag finden. Trotz des Rückgangs der Anzahl der Arbeitslosen in den letzten beiden Monaten des Jahres 2016 markiert das abgelaufene Jahr mit 357.300 Personen einen Höchststand der Arbeitslosen in Österreich im historischen Vergleich. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat ist im Oktober auf 5,9 % zurückgegangen (September: 6,1%), nachdem sie in den ersten 3 Quartalen 2016 bei über 6% lag. Die Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 wird daher ebenso die 6%-Marke überschreiten.

Trendwende am Arbeitsmarkt erreicht?



Quelle: Statistik Austria.

Österreichische HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

HVPI-Inflationsrate wird sich 2017 auf 1,5 % beschleunigen

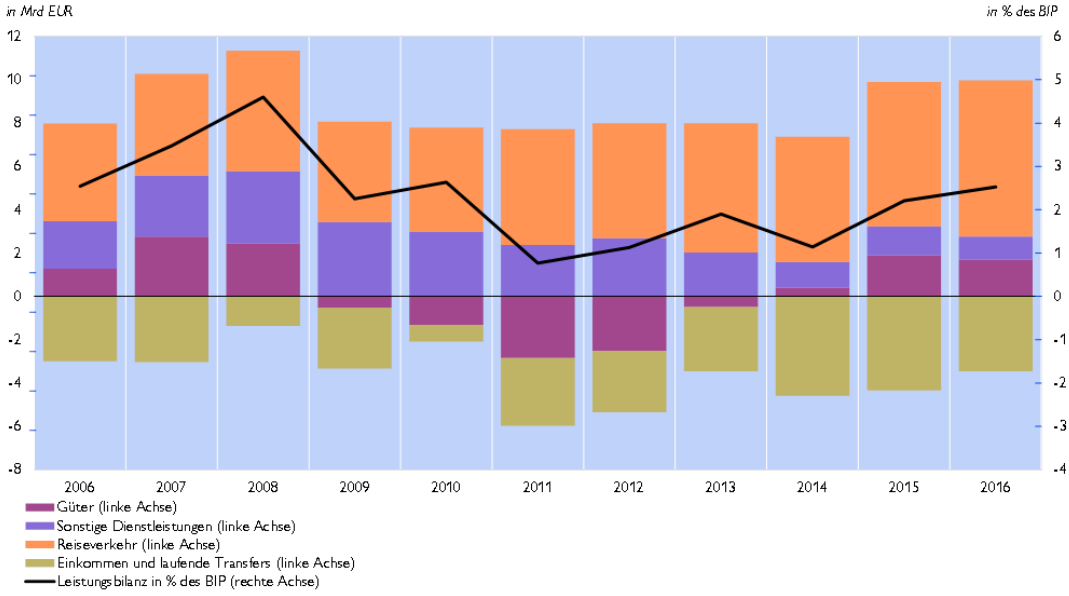
Seit September 2016 ist die HVPI-Inflationsrate in Österreich markant gestiegen. Im Sommer 2016 lag die Teuerung noch konstant bei 0,6%, bis November stieg sie aber auf 1,5%. Hauptverantwortlich hierfür waren die Entwicklung der Energiepreise sowie die Preissteigerungen bei Industriegütern. Laut Prognose der OeNB vom Dezember 2016 wird die HVPI-Inflationsrate für das Gesamtjahr 2016 mit 0,9% nur geringfügig höher als im Jahr 2015 (0,8%) ausfallen. In weiterer Folge wird sich die Inflation im Jahr 2017 aufgrund der Energiepreisentwicklung und von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln auf 1,5% beschleunigen.[5]

[5] Siehe hierzu https://oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/inflation-aktuell.html

Leistungsbilanzüberschuss Österreichs in den ersten drei Quartalen 2016: 6,5 Mrd EUR[6]

Von Jänner bis September 2016 wurde für Österreich laut vorläufigem Ergebnis ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 6,5 Mrd EUR oder 2,5% des BIP verzeichnet. Im Vergleich zum Jahr davor hat sich der Überschuss aus der Außenwirtschaftstätigkeit um rund 1 Mrd EUR erhöht. Auch in Relation zur gesamten österreichischen Wertschöpfung, dem BIP, handelt es sich um eine Verbesserung gegenüber den Vorjahren. Dazu hat insbesondere der Reiseverkehr beigetragen, der mit einem Einnahmenüberschuss in Höhe von 7,2 Mrd EUR ein Allzeithoch erreichte. Zwischen Jänner und September 2016 wurden 118,7 Mio Gästenächtigungen in Österreich verzeichnet, um 4,8% mehr als noch im Vergleichszeitraum 2015. Sowohl Zuwächse bei den ausländischen Gästen (um 4,9% auf 87,8 Mio Nächtigungen) als auch bei den inländischen Gästen (um 4,7% auf 31 Mio Nächtigungen) haben zu der positiven Entwicklung beigetragen. Die Güterentwicklung ist im gesamten Jahr 2016 bislang als verhalten zu bezeichnen. In den ersten drei Quartalen 2016 wuchsen die Exporte um 0,6%, die Importe um 0,9% (jeweils nominell gegenüber dem Vergleichszeitraum 2015). Dazu trägt auch der Rückgang der Außenhandelspreise bei, wodurch die nominelle im Unterschied zur realen Entwicklung zusätzlich gedämpft wird. Per saldo ergab der Güterhandel in den ersten drei Quartalen 2016 einen Handelsüberschuss von 1,7 Mrd EUR. Die Wirtschaftsdienstleistungen zeigten ein Plus von 1,1 Mrd EUR. Beide Ergebnisse lagen jedoch unter den Vergleichswerten des Vorjahres. Insgesamt entsprach der Außenbeitrag (Saldo aus Güter- und Dienstleistungsbilanz) in den ersten drei Quartalen 2016 dem Niveau des Vergleichszeitraums 2015 von rund 10 Mrd EUR (3,9% des BIP). Das Defizit aus einkommensrelevanten Außenwirtschaftsströmen (Löhne, Gehälter, Vermögenseinkommen, Steuern und Subventionen) verringerte sich im Jahresabstand um rund 0,9 auf 3,5 Mrd EUR.

Zusammensetzung der Leistungsbilanz, 1.-3. Quartal eines Jahres



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

[6] Autorin: Patricia Walter (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

In der Kapitalbilanz reduzierten sich transaktionsbedingt die grenzüberschreitenden Forderungen in den ersten drei Quartalen[7] um 18 Mrd EUR, die Verbindlichkeiten um 27 Mrd EUR.

Ausschlag dafür gab der Rückzug einer Zweckgesellschaft (Holding) im ersten Quartal 2016 (eine Verkürzung der grenzüberschreitenden Aktiva und Passiva um rund 27,7 Mrd EUR). Dem stand eine Expansion der Direktinvestitionen ohne Zweckgesellschaft (Holding) in allen drei Quartalen 2016 gegenüber. Wie bereits in der Vergangenheit mehrfach zu beobachten war, sind vor allem Firmen aktiv, die vom Ausland kontrolliert werden und in Österreich Konzernfinanzierung betreiben und ausländische Beteiligungen verwalten.

Portfolioinvestitionen im Ausland machten in den ersten drei Quartalen 2016 rund 2,6 Mrd EUR aus. Investmentfonds und Haushalte kauften per saldo ausländische Investmentfonds, Versicherungen investierten in ausländische verzinsliche Wertpapiere. Banken und Investmentfonds hingegen verkauften per saldo ausländische verzinsliche Wertpapiere. Die Portfolioinvestitionen ausländischer Gläubiger in österreichische Titel gingen deutlich zurück. In den ersten drei Quartalen 2016 betrug der transaktionsbedingte Abbau per saldo 16,1 Mrd EUR. Die Rückgänge sind vor allem auf die anhaltende Bilanzverkürzung der Banken, die Tilgung einer hauptsächlich im Auslandsbesitz befindlichen Anleihe im September sowie auf das laufende EZB-Ankaufsprogramm zurückzuführen.

Der Saldo aus grenzüberschreitenden sonstigen Investitionen (Kredite, Einlagen) und Finanzderivaten zeigte einen transaktionsbedingten Rückgang der Forderungsposition in Höhe von 14 Mrd EUR. Die Währungsreserven stiegen zwischen Jänner und September 2016 transaktionsbedingt um 1,2 Mrd EUR.

[7] In diesen Daten ist der Rückzug einer Großbank aus dem Auslandsgeschäft noch nicht enthalten.

Notwendige Anpassungsprozesse österreichischer Banken gewinnen in einem herausfordernden Umfeld an Fahrt

Empfehlungen zu Österreich und seinem Bankensektor aus der IWF Artikel IV Konsultation und dem OeNB Financial Stability Report 32[8]

Der Internationale Währungsfonds (IWF) führte von 2. bis 13. Dezember 2016 die jährliche Artikel IV Konsultation zu Österreich durch[9]: Um das Wachstum, das vom IWF für 2016 und 2017 in Höhe von 1,4% bzw. 1,3% prognostiziert wird, zu steigern und langfristig die Staatsausgaben zu senken, wird zu einem Reformpaket aus strukturellen Maßnahmen und defizitneutralen Fiskalmaßnahmen geraten. Die Staatsverschuldung würde zwar durch die jüngste Steuerreform, die positiven Effekte der HETA-Abwicklung und weitere Bankrestrukturierungen verringert werden, dennoch rechnet der IWF langfristig mit höheren Belastungen v.a. durch die alternde Bevölkerung. Der IWF rät somit zu Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung weiter vorantreiben, wie angepasste Regulierungen bei Frühpensionen oder die Anhebung des Pensionsantrittsalters. Zudem wird eine neutrale Umschichtung von Steuern auf Arbeit hin zu einer stärkeren Besteuerung von Eigentum, Umweltverschmutzung und Konsum vorgeschlagen.

Der Finanzsektor wird vom IWF als stabil eingeschätzt: Obwohl die Banken ihre Profitabilität durch geringere Kreditrisikovorsorgen und höhere Gewinne in CESEE steigern konnten, blieben die Kürzungen der operativen Kosten eher verhalten. Positiv wird die Erhöhung der Kapitalisierung der Banken hervorgehoben (u.a. durch Kapitalisierung von Gewinnen, Fokus auf Kerngeschäft im Ausland). Dennoch wird angemerkt, dass große Banken über geringere Kapitalpuffer als Vergleichsbanken verfügen und dieser Abstand abgebaut werden sollte. Die graduelle Einführung des Systemrisikopuffers in Höhe von bis zu 2% bis 2019 sieht der IWF als geeignete Maßnahme, um die Kapitalisierung der Banken weiter zu stärken.

Trotz des Niedrigzinsumfeldes bleibt die Nachfrage nach Unternehmenskrediten gedämpft wohingegen es vor dem Hintergrund steigender Immobilienpreise zu einem höheren Wachstum bei Haushaltskrediten (v.a. Hypothekarkredite) gekommen ist. Die Risiken in Verbindung mit der Immobilienfinanzierung sieht der IWF derzeit als begrenzt an. Um im Fall eines Anstiegs des Systemrisikos frühzeitig handlungsfähig zu sein, weist der IWF darauf hin, dass die Arbeiten an einer präventiven gesetzlichen Verankerung neuer makroprudenzieller Instrumente im Immobilienbereich, die vom Finanzmarktstabilitätsgremium im Juni 2016 empfohlen wurde, beschleunigt werden sollten.

Der IWF teilt somit die Einschätzungen der OeNB zum Bankensektor, die u.a. in ihrem jüngsten Financial Stability Report veröffentlicht wurden.[10] Der Rückgang des operativen

[8] Autorin: Daniela Widhalm (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[9] Für weiterführende Informationen siehe „Austria: Staff Concluding Statement of the 2016 Article IV Mission“: http://www.imf.org/en/News/Articles/2016/12/13/MCS12-13-2016-Austria-Staff-Concluding-Statement-of-the-2016-Article-IV-Mission

[10] Für weiterführende Informationen siehe „Financial Stability Report 32“: https://www.oenb.at/en/Publications/Financial-Market/Financial-Stability-Report/2016/financial-stability-report-32.html

Gewinns beschleunigt den von der OeNB als notwendig erachteten Restrukturierungs- und Anpassungsprozess im heimischen Bankensektor. Die OeNB sieht systemische Risiken aus der Immobilienfinanzierung in Österreich aktuell als begrenzt an, dennoch wird eine nachhaltige Immobilienfinanzierung empfohlen. Das Volumen notleidender Kredite, das vor allem bei den Tochterbanken in CESEE liegt, sollte zügig abgebaut werden, um die Neukreditvergabe zu erleichtern. Trotz eines weiteren Rückgangs des Volumens an Fremdwährungskrediten in Österreich existieren nach wie vor Risiken für Kreditnehmer, insbesondere wenn Kredite endfällig und mit Tilgungsträgern ausgestattet sind. Somit rät die OeNB zu einem rechtzeitigen Adressieren der Deckungslücken bei Tilgungsträgerkrediten und einer weiteren Einhaltung der aufsichtlichen Mindeststandards zu Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten. Die Fortführung der Stärkung der Eigenmittelausstattung wird ebenso als notwendig erachtet.

Finanzmarktstabilitätsgremium diskutiert Kriterien für die nachhaltige Immobilienfinanzierung[11]

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat in seiner 10. Sitzung am 1. Dezember 2016 Kriterien für die nachhaltige Immobilienfinanzierung vor dem Hintergrund eines Hinweises des Europäischen Rats für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) diskutiert. Dieser Hinweis zu mittelfristigen Risiken des Wohnimmobilienmarkts in Österreich und weiteren sieben EU-Mitgliedstaaten wurde am 28. November 2016 veröffentlicht[12]. Der ESRB sieht in Österreich mögliche Verwundbarkeiten vor allem aufgrund von starken Anstiegen bei den Immobilienpreisen, robustem Immobilienkreditwachstum sowie dem Risiko der Verschlechterung von Kreditvergabestandards, während er dem Bankensektor ausreichende Risikotragfähigkeit bescheinigt. Der Finanzminister hat eine mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht akkordierte Stellungnahme dazu veröffentlicht[13].

Das FMSG teilt die Einschätzung des ESRB nicht uneingeschränkt und erachtet die jüngst gesetzten Maßnahmen angesichts des aktuellen Immobilienpreis- und Kreditzyklus als adäquat. Zu den Maßnahmen zählen die Initiativen aus der 8. bzw. 9 Sitzung des Gremiums zur präventiven gesetzlichen Verankerung neuer makroprudenzieller Instrumente im Immobilienbereich[14] sowie die Kommunikation zu den Kriterien für eine nachhaltige Immobilienkreditvergabe[15]. Der ESRB vernachlässigt nach Ansicht der OeNB in seiner Analyse entscheidende Faktoren, wie die im Euroraum-Vergleich geringe Hypothekarkreditverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und in Relation zur Kapitalausstattung der Banken, geringe Ausfalls- und Verlustquoten, sowie die relativ große Bedeutung von sozialem Wohnbau und Miete (vor allem in Wien).

---

[11] Autor: Peter Strobl (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[12] http://www.esrb.europa.eu/mppa/warnings/html/index.en.html

[13] http://www.esrb.europa.eu/pub/pdf/warnings/2016/161128_ESRB_AT_response.en.pdf?88e057e7dda373f034b36e1a8dd09015

[14] https://www.fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/hinweis-2-2016.html

[15] https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/neunte-sitzung.html

Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite in Österreich weiterhin stark rückläufig, Risiken aus dem Altbestand bleiben bestehen[16]

Die im Bereich der Fremdwährungskredite gesetzten Maßnahmen der österreichischen Aufsicht wirken sich weiterhin positiv aus, wie das stark rückläufige Fremdwährungskreditvolumen gegenüber inländischen Nichtbanken verdeutlicht. Seit der Empfehlung der FMA vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne währungskongruente Einkommen zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen wechselkursbereinigt mehr als halbiert (-60%). Per Ende September 2016 betrug das ausstehende Kreditvolumen gegenüber privaten Haushalten 22,3 Mrd EUR und jenes gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen 4,7 Mrd EUR. Der Großteil der Fremdwährungskredite ist in Schweizer Franken denominiert.

Durch die starke Aufwertung des Schweizer Frankens erhöhte sich die individuelle Belastung für Fremdwährungskreditnehmer. Dies trifft insbesondere auf endfällige Kredite in Verbindung mit Tilgungsträgern zu, welche ca. 75% der in Österreich an private Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen vergebenen Fremdwährungskredite ausmachen. Aus der von der OeNB im Sommer 2016 durchgeführten Tilgungsträgerkreditumfrage geht hervor, dass die aggregierte Deckungslücke zwischen der aus dem Tilgungsträger erwarteten Ansparsumme am Laufzeitende und dem aushaftenden Kreditvolumen mit rund 6,2 Mrd EUR nach wie vor sehr bedeutend ist. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Banken gemeinsam mit ihren Kreditnehmern noch vor Ablauf dieser Kredite risikominimierende Maßnahmen zur Adressierung dieser Deckungslücke anstreben.

Längerfristige Betrachtung der Profitabilität österreichischer Tochterbanken in CESEE: Bedeutende Gewinne verbunden mit Risiken[17]

Das CESEE-Geschäft der österreichischen Banken liefert traditionell einen wichtigen Beitrag zu ihrer Profitabilität. Vor diesem Hintergrund wurde die Entwicklung der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE näher analysiert.[18] Ziel war es, die Treiber der Profitabilität im Zeitraum zwischen 2003 und 2015 zu identifizieren.

Die Analyse zeigt, dass die österreichischen Tochterbanken in dieser Zeit Gewinne in Höhe von etwas mehr als 25 Mrd EUR generieren konnten. Gleichzeitig ist allerdings auf die Buchwert-Abschreibungen auf Mutterbankenebene (8 Mrd EUR) hinzuweisen. Mehr als die Hälfte der Gewinne (56%) wurden in Tschechien (8,5 Mrd EUR) und in Russland (5,9 Mrd EUR) erwirtschaftet.

Trotz erhöhtem Kreditrisiko in einigen Ländern war über die letzten Jahre eine positive Entwicklung erkennbar und die Abdeckung notleidender Kredite durch Wertberichtigungen hat sich verbessert. Zudem zeigte sich, dass rasches Kreditwachstum vor der Finanzkrise 2008 häufig zu schlechterer Kreditqualität nach der Krise führte und die Kreditvergabe bei einzelnen Tochterbanken eingeschränkt wurde.

---

[16] Autor: Manuel Gruber (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[17] Autoren: Stefan Kavan, Daniela Widhalm (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[18] Kavan et al. 2016. The profitability of Austrian banking subsidiaries in CESEE: driving forces, current challenges and opportunities. In: Financial Stability Report 32. 64–79. https://oenb.at/dam/jcr:86e74325-311c-4ef9-ba79-b04d6bca9c18/fsr_32_special%20topics_01.pdf

Der Ausblick für die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE wird durch fallende Nettozinsmargen belastet. Durch den Transfer der CESEE-Tochterbanken der UniCredit Bank Austria an die italienische UniCredit Group reduziert sich das Exposure der österreichischen Banken nach CESEE um rund ein Drittel, was sich voraussichtlich in ähnlichem Ausmaß auf die Profitabilität auswirken wird. Legistische Interventionen im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten könnten zu Herausforderungen für die Banken führen. Um die Nachhaltigkeit der Profitabilität auch weiterhin zu gewährleisten, erfordert dies u.a. eine Ertragsdiversifikation, die Beibehaltung der operativen Kostendisziplin, einen Fokus auf risikoadäquat bepreiste Produkte und den weiteren Abbau von notleidenden Krediten.

Kreditinstitute: Leichter Anstieg des Periodenergebnisses im 3. Quartal 2016[19]

Konsolidiertes Periodenergebnis im September bei 4,5 Mrd EUR

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde zum 3. Quartal 2016 in Höhe von insgesamt 4,5 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 65,5 Mio EUR (+1,5%) im Vergleich zum 3. Quartal 2015. Die im Rahmen des SSM[20] direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 996,1 Mio EUR (+47,2%) auf 3,1 Mrd EUR gestiegenes Periodenergebnis aus.

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	Q3/2016	Q3/2015	Differenz		Differenz bereinigt [3]
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %	in %
Zinsergebnis	10.981,5	13.835,9	-2.854,4	-20,6%	-4,1%
+ Provisionsergebnis	4.839,6	5.686,9	-847,3	-14,9%	-1,6%
+ Handelserfolg [1]	838,3	1.102,7	-264,4	-24,0%	1,5%
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	324,3	447,2	-122,9	-27,5%	-27,7%
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-222,1	-178,7	-43,4	-24,3%	-35,0%
= Betriebserträge netto	**16.761,5**	**20.893,9**	**-4.132,4**	**-19,8%**	**-4,3%**
- Verwaltungsaufwendungen	10.629,0	11.796,0	-1.167,0	-9,9%	2,1%
- Abschreibungen von immat. und mat. Vermögen, Wertminderungen nicht finanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	1.307,3	1.103,4	203,9	18,5%	30,8%
= Betriebsergebnis	**4.825,2**	**7.994,6**	**-3.169,4**	**-39,6%**	**-19,6%**
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	526,7	2.920,8	-2.394,1	-82,0%	-70,7%
- Sonstige Rückstellungen [2]	0,7	255,3	-254,6	-99,7%	-104,5%
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-47,9	-23,7	-24,2	-102,1%	-106,1%
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen [2]	707,3	719,8	-12,5	-1,7%	6,6%
+ Sonstiger Saldo in Summe	8,8	1.157,9	-1.149,1	-99,2%	-99,4%
= Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**5.061,9**	**6.719,8**	**-1.657,9**	**-24,7%**	**-11,6%**
- Ertragssteuern	1.069,3	1.230,8	-161,5	-13,1%	3,2%
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen [2]	1.126,5	-218,4	1.344,9	615,8%	-
- Minderheitenanteile [2]	601,0	818,1	-217,1	-26,5%	-35,8%
= Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**4.518,1**	**4.452,6**	**65,5**	**1,5%**	**-9,5%**

Quelle:OeNB

[1] Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften

[2] Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

[3] Bereinigte Darstellung ohne jene Großbank, die aufgrund ihrer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (Abspaltung Teilgeschäftsbereich) zu wesentlichen Verzerrungen im Vergleich der Ergebnisse per 3. Quartal führt.

Aufgrund der Abspaltung des Osteuropageschäftes einer österreichischen Großbank und der damit zusammenhängenden geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung[21] sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen zum 3. Quartal 2016 nur stark eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgend angeführten Veränderungen auf eine um diese Großbank bereinigte Datenbasis. Auf Basis der derzeit

[19] Autoren: Birgit Hebesberger und Stefan Kinschner (Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

[20] SSM (Single Supervisory Mechanism): Bedeutende Banken werden seit 4. November 2014 direkt von der Europäischen Zentralbank – unter Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden – beaufsichtigt.

[21] Im Gegensatz zum Meldetermin 30. September 2015 wurden zum 30. September 2016 die Erträge und Aufwendungen der abzuspaltenden, vollkonsolidierten Tochterbanken nicht mehr in den einzelnen Aufwands- und Ertragspositionen der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, sondern saldiert in der Position „Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern“.

vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, dass das Periodenergebnis per 3. Quartal 2016 durch die Abspaltung um rund 1,1 Mrd EUR geringer ausfallen würde. Das bereinigte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen beträgt 3,4 Mrd EUR und liegt damit um 360,6 Mio EUR unter dem Vorjahr.

Der Rückgang des bereinigten konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern und Minderheitenanteilen in Höhe von 9,5% ist vor allem auf eine im Vorjahr erfolgte Verbuchung eines die Anschaffungskosten übersteigenden Werts des Nettovermögens in Höhe von 1,1 Mrd EUR zurückzuführen. Negativ auf das Periodenergebnis wirkten sich zudem um 4,3% geringere Betriebserträge, beeinflusst von einem rückläufigen Zinsergebnis sowie die um 30,8% gestiegenen Abschreibungen aus. Ergebnisverbessernd zeigten sich hingegen die um 70,7% gesunkenen Risikovorsorgen im Kreditgeschäft, die um 35,8% geringeren Minderheitenanteile sowie die geringeren Dotierungen der sonstigen Rückstellungen.

Konsolidierte Bilanzsumme im September 2017 bei 1.055 Mrd EUR

Die Bilanzsumme aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute betrug zum 30. September 2016 1.054,6 Mrd EUR und lag damit um 1,5 Mrd EUR unter dem Vergleichswert zum 31. Dezember 2015 von 1.056,1 Mrd EUR. Auch bei der Betrachtung der Vermögenslage ist ein Vergleich mit den Vorjahreswerten aufgrund der Abspaltung des Osteuropa-Geschäfts einer österreichischen Großbank nur eingeschränkt möglich.

Deshalb basieren die folgenden Veränderungen auf einer um diese Großbank bereinigten Datenbasis: Die Bilanzsumme der übrigen österreichischen Kreditinstitute ging im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um 0,3% zurück. Aktivseitig gab es den größten absoluten Rückgang bei den Krediten und Forderungen gegenüber Kreditinstituten (-6,0%). Ein größerer Anstieg wurde hingegen bei den Krediten und Forderungen gegenüber Nichtbanken (+0,7%) verzeichnet. Passivseitig gab es den größten absoluten Rückgang bei den Schuldverschreibungen und anderen finanziellen Verbindlichkeiten (-7,6%). Ein wesentlicher Anstieg wurde hingegen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (+2,8%) verzeichnet.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik der EU und international vom 30. November 2016 - 12. Jänner 2017[22]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
5. Dezember 2016	Eurogruppe	Die Euroraumfinanzminister diskutieren zu folgenden Themen: I. Haushaltsplanentwürfe der MS des Euro-Währungsgebietes für 2017: Beratung über die budgetäre Situation und den Ausblick für das Euro-Währungsgebiet und Annahme der EK-Empfehlungen zu den Haushaltsentwürfen der Mitgliedstaaten. Die außergewöhnlichen Aufwendungen für Flüchtlinge bei Abweichungen vom SWP werden entsprechend berücksichtigt (betrifft die Haushaltspläne von AT, BE, IT, SI ,FI). II. Griechenland – Aktueller Stand der 2. Überprüfung des makro-ökonomischen Anpassungsprogrammes: Annahme der kurzfristigen Maßnahmen. Eurogruppe fordert jedoch weitere Maßnahmen zur Erreichung des fiskalischen Ziels für 2018 (Primärüberschuss in Höhe von 3,5% des BIP), insbesondere Reformen zur Verbesserung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit einschließlich Arbeitsmarktreformen, Öffnung von geschützten Berufen und Beseitigung von Investitionshindernissen. III. Verabschiedung des Arbeitsprogramms der Eurogruppe für das erste Halbjahr 2017 mit folgenden Prioritäten: • Wirtschaftspolitische Koordinierung: Insbesondere regelmäßiger Austausch zur Umsetzung der Strukturreformen • Überprüfungen im Programmland GR und in den Ländern, deren Anpassungsprogramme abgeschlossen sind (IE, CY, PT, ES) • Vollendung der Bankenunion • Beitrag zu den Beratungen über die Vertiefung der WWU und zur Vorbereitung internationaler Treffen
6. Dezember 2016	ECOFIN Rat	Hauptthemen beim Treffen der EU-Finanzminister: I. Investitionsoffensive für Europa - Änderung der Verordnung betreffend den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI): Annahme von Schlussfolgerungen zur Beseitigung von im Rahmen der dritten Säule der Investitionsoffensive ermittelten Engpässen für

[22] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer und Andrea Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		Investitionen. II. Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Finanztransaktionssteuer (FTT): Im Oktobertreffen der FTT-10-Finanzminister erfolgte die Einigung über Anwendungsbereich, Bemessungsgrundlage für Derivate sowie Ausnahmen für sog. „Market Maker" im Bereich des Aktienhandels. Einigkeit besteht für eine breite Steuerbasis verbunden mit einem sehr niedrigen Steuersatz. Offene Fragen betreffen die Besteuerung u.a. von Pensionsfonds. Die nächste Sitzung der FTT-10-Finanzminister wird im Jänner 2017 stattfinden. Eine Einigung soll im Jahr 2017 erzielt werden. III. Stärkung der Bankenunion: Der Vizepräsident der Europäischen Kommission V. Dombrovskis veröffentlicht ein Legislativpaket über Maßnahmen zur Risikoreduzierung. IV. Vertiefung der WWU - Folgemaßnahmen zum Bericht der fünf Präsidenten: V. Dombrovskis informiert über den Umsetzungsstand und bisher erzielte Fortschritte (u.a. die Schaffung des Europäischen Fiskalboards). J.-C. Juncker wird ein Weißbuch im Frühjahr 2017 vorlegen.
15./16. Dezember 2016	Europäischer Rat	Europäischer Rat (EU 28) steht im Zeichen von Migration, Ukraine, Syrien, Sicherheitspolitik, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der EU unter Beisein von EZB-Chef Draghi: • EZB-Chef Draghi begrüßt die im Rat erzielte Einigung über die Laufzeitverlängerung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), die von den beiden Gesetzgebern im ersten Halbjahr 2017 angenommen werden sollte. • Bankenunion muss im Sinne einer Risikominderung und Risiko-teilung im Finanzsektor vollendet werden. Die Vorschläge der Kommission zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit im Finanzsektor sind rasch zu prüfen. • Damit die Niederlande das Assoziierungsabkommen EU/Ukraine ratifizieren kann, wurde ein zusätzlicher Beschluss der 28 Staats- und Regierungschefs erforderlich. Dieser Beschluss hält fest, dass die Ukraine durch dieses Assoziierungsabkommen KEINEN EU-Kandidaten-Status erhält! Dieser Beschluss ist rechtlich bindend. Informelles Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs zu UK im Anschluss an den Europäischen Rat: • Es wird eine Erklärung über die Vorbereitungen auf die Austrittsverhandlungen von UK verabschiedet. • Der Rat wird ersucht, die Kommission als Verhandlungsführer der Union (Kommissar Michel Barnier) zu benennen. • Der Zugang zum Binnenmarkt ist für UK an die Voraussetzung geknüpft ist, dass alle vier Grundfreiheiten akzeptiert werden.
21. Dezember	EUGH	Keine ausschließliche EU-Zuständigkeit bei Freihandelsabkommen mit

2016		Singapur Nach Auffassung von Generalanwältin Sharpston des EUGH kann das Freihandelsabkommen zwischen EU und Singapur nur von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gemeinsam abgeschlossen werden, da nicht alle Teile des Abkommens in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen. Die endgültige Entscheidung hierzu wird im Frühjahr 2017 erwartet.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
1. Dezember 2016	IWF	Jihad Azour wird Direktor des Middle East and Central Asia Department: Die IWF Managing Director Christine Lagarde ernennt den libanesischen und französischen Doppelstaatsbürger und ehemaligen Finanzminister des Libanon, Jihad Azour, zum Direktor des Middle East and Central Asia Department per 1. März 2017 anstelle von Masood Ahmed, der den Fonds im Oktober 2016 verlassen hat.
2. - 13. Dezember 2016	IWF / Österreich	Erste Ergebnisse der IWF-Art. IV-Konsultationen mit Österreich: Der IWF führt seine jährliche Überprüfung der österreichischen Volkswirtschaft in Wien durch. Das IWF-Team unter der Leitung von Nikolay Gueorguiev (IWF Mission Chief für Österreich) bearbeitet folgende Themenschwerpunkte: • Erhöhung des Potential-Outputs • Beibehaltung der fiskalischen Nachhaltigkeit • Aufrechterhaltung der Finanzsektorstabilität Der IWF führt Gespräche mit Vertretern von OeNB, BMF, FMA, BKA, Fiskalrat, WIFO, IHS, Kommerzbanken sowie weiteren Institutionen. Unter anderem trifft die Delegation auch die Minister Stöger und Schelling, sowie Gouverneur Nowotny, Vizegouverneur Ittner und Direktor Mooslechner. Im Rahmen des SSM (Single Supervisory Mechanism) findet eine einstündige Telekonferenz mit der EZB statt, um gemeinsam das österreichische Bankenwesen, insbesondere die SI (Significant Institutions), zu diskutieren. Am 13.12.2016 wurden die in der Schlusskonferenz abgestimmten „Concluding Remarks“ von Gouverneur Nowotny und IWF Mission Chief Gueorguiev bei einer Pressekonferenz den Medien präsentiert. Wichtigste Ergebnisse: Österreich ist stabil und erfolgreich. Dennoch kann das Land seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch verbessern, um einen Anstieg bei den Einkommen und der Beschäftigung in einem stabilen makroökonomischen Umfeld sicherzustellen. Der IWF erwartet für Österreich ein BIP-Wachstum von 1,6% im Jahr 2016 und von 1,3% im

		Jahr 2017, da der Fiskalstimulus durch die am 1. Jänner 2016 in Kraft getretene Steuerreform allmählich ausläuft. Der IWF empfiehlt ein umfassendes Paket an strukturellen und fiskalischen Reformen, um das niedrige BIP zu erhöhen und gleichzeitig eine dauerhafte Reduktion der staatlichen Verschuldung herbeizuführen. Die Finanzmarktstabilität muss in dem herausfordernden Umfeld aufrecht erhalten bleiben. Vorgeschlagene Strukturreformen umfassen: • Abbau der Hindernisse für das Unternehmertum und der Hindernisse für Investitionen in den Netzwerksektoren • Erhöhung des Arbeitsmarktteilnahme durch ältere Arbeitnehmer und Frauen • Erhöhung des Eigenkapitals der Banken • Stärkung der makroprudenziellen Instrumente Vorgeschlagene Fiskalmaßnahmen beinhalten: • Öffentliche Investitionen • Verschiebung der Steuerzusammensetzung (einkommensneutrale Verschiebung der Steuer weg von der Arbeit und hin zu Besitz, Umweltverschmutzung und Konsum) • Sicherstellung der fiskalischen Nachhaltigkeit • Verbesserung der Geldwäsche- und Korruptionsbekämpfung
12. Dezember 2016	OECD / IBA	Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung: Die OECD und die IBA (International Bar Association) gründen eine gemeinsame Arbeitsgruppe um professionelle Verhaltensstandards und Anwendungspraxis für Juristen festzulegen, die in die Gründung und Beratung von internationalen Wirtschaftsstrukturen und Handlungsempfehlungen für Regierungen involviert sind. Die neue Arbeitsgruppe (Task Force on The Role of Lawyers and International Commercial Structures) soll eine Schlüsselkomponente im globalen Kampf gegen die Korruption sein und versteht sich auch als Antwort auf die Panama Papers-Affäre, bei der Juristen wissentlich oder unwissentlich Klienten bei der Unterschlagung von Vermögen und Geldwäsche unterstützt haben, legale Geschäfte abzuschließen.
13. – 14. Dezember 2016	IWF	Michaela Erbenová in Wien: Die neue IWF-Exekutivdirektorin der CEE-Stimmrechtsgruppe Michaela Erbenová ist anlässlich der Art. IV-Konsultationen zu Besuch in Wien und trifft hochrangige Vertreter von OeNB, BMF, FMA, JVI und wiiw. Themen sind IWF- und Stimmrechtsgruppen-Angelegenheiten sowie IWF-Überwachung.
15. Dezember 2016	IWF	IWF publiziert Bedingungen für die Einschätzung des Fiskalspielraums: Das IWF-Dokument beschreibt einen umfassenden und multidimensionalen Mix aus Instrumenten zur Beurteilung eines vorhandenen fiskalischen Spielraums, der weitgehend vergleichbar zwischen den Ländern ist und der es dem IWF-Stab und Politikern ermöglicht, konsistente fiskalpolitische Entscheidungen abzuleiten. Die Bedingungen werden anfänglich bei den Art. IV-Konsultationen der 40

		wichtigsten Volkswirtschaften zur Anwendung gelangen.
20. Dezember 2016	IWF / EK	Neue strategische partnerschaftliche Rahmenbedingungen von EK und IWF für Entwicklungsländer: Die EK (Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung) und der IWF vereinbaren neue strategische partnerschaftliche Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs) der Agenda 2030 zu erreichen. EK und IWF unterstützen damit die Erhöhung des Wirtschaftswachstums und der Stabilität in Entwicklungsländern weltweit. Der Fokus der Zusammenarbeit liegt auf der Unterstützung beim Aufbau von wirtschaftlichen Institutionen inklusive dem Design und der Umsetzung makroökonomischer Politiken und Strukturreformen. Der neue Mechanismus baut auf drei Säulen auf: 1. „Africa Flagship Initiative" um das Wirtschaftswachstum in Afrika zu unterstützen, 2. „Collect More Initiative" um die Einnahmenmobilisierung zu unterstützen, 3. „Spend Better Initiative" um konkrete Resultate der Aufwendungen zu erzielen.
20. Dezember 2016	IWF	Kapitalverkehrsliberalisierung und -management: Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert die Überprüfung der Erfahrungen aus institutioneller Sicht hinsichtlich Kapitalverkehrsliberalisierung und –management. Der Trend in Richtung größerer Kapitalverkehrsoffenheit setzt sich fort. Die Herausforderung für die politischen Entscheidungsträger hat sich verschoben. Während der Fokus früher auf dem Umgang mit starken Anstiegen bei den Kapitalzuflüssen lag, müssen Politiker nunmehr mit einer Umkehr der Kapitalzuflüsse fertig werden und weiterhin die Volatilität bewältigen. IWF-Position zu Kapitalflüssen (im Hinblick auf Politikempfehlungen z.B. Art. IV-Konsultationen) – Institutional View: „Integrated Approach": Die Exekutivdirektoren betonen, dass Kapitalflüsse signifikante Vorteile bringen, aber auch Risiken bergen, wenn die Kapitalflüsse hoch und volatil sind. Die Direktoren empfehlen daher die Umsetzung gesunder makroökonomischer und finanzsektorspezifischer Politiken inklusive Wechselkursflexibilität. Kapitalverkehrsmaßnahmen (capital flow management measures - CFMs) seien kein Substitut für notwendige makroökonomische Anpassungen, sondern sollen lediglich in Krisenzeiten oder bei drohenden Krisen eingesetzt werden. Die Direktoren stellen fest, dass die volle Kapitalverkehrsliberalisierung nicht für alle Länder und nicht zu jeder Zeit ein geeignetes Ziel sein könne, obwohl die meisten Direktoren der Auffassung sind, dass Kapitalverkehrsliberalisierung ein wichtiges langfristiges Ziel sei.

31. Dezember 2016	IWF	Beitritt Österreichs zum Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus): Österreich tritt dem SDDS Plus bei, dies ist eine umfassende, zeitnahe, öffentlich zugängliche und verlässliche Wirtschafts- und Finanzdatenbank des IWF. Für Österreich werden ab Jahresanfang 2017 über SDDS Plus 30 zentrale Wirtschaftsindikatoren (statt wie bisher über SDDS 21) auf der National Summary Data Page (NSDP) des IWF veröffentlicht. OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny betont, dass Österreich damit die hohe Qualität und Transparenz seines nationalen statistischen Systems bestätige, was ein wichtiger Faktor sei, um Österreichs Attraktivität als Wirtschafts- und Finanzstandort sicherzustellen. Weblinks: www.dsbb.imf.org; http://www.dsbb.imf.org/Pages/SDDS/CtyCtgList.aspx?ctycode=AUT
12. Jänner 2017	G20 / OECD	G20/OECD-Digital-Konferenz: Die deutsche G20-Präsidentschaft und die OECD veranstalten gemeinsam in Berlin eine Konferenz zum Thema „Schwerpunkte der digitalen Transformation in den G20“:und geben damit den Startschuss für den G20-Digitalisierungsprozess. Gabriela Ramos, G20-Sherpa und Chief of Staff der OECD, präsentiert die zentralen Ergebnisse des von der OECD im Auftrag des deutschen Wirtschaftsministeriums erstellten Berichts "Key Issues for Digital Transformation in the G20". Ziel der G20-Digitalisierungsprozesses ist es, die Weichenstellungen vorzunehmen, damit möglichst alle am digitalen Fortschritt teilhaben können, und damit die Chancen nutzen, die digitale Technologien für nachhaltiges Wirtschaftswachstum bieten.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 17. Jänner 2017

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	1,6	2,1	1,9	1,2	2,0	2,1	4,9	4,7	4,7	-4,6	-4,2	-4,0	108,1	108,5	108,4	-2,5	-2,6	-2,7
Japan	0,7	0,8	0,4	-0,3	0,0	0,1	3,2	3,2	3,2	-5,0	-5,1	-5,0	250,7	254,7	257,7	3,7	3,7	3,7
China	6,6	6,2	6,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	3,0	2,6	2,3
Euroraum	1,7	1,5	1,7	0,3	1,4	1,4	10,1	9,7	9,2	-1,8	-1,5	-1,5	91,6	90,6	89,4	3,7	3,5	3,3
EU	1,8	1,6	1,8	0,3	1,6	1,7	8,6	8,3	7,9	-2,0	-1,7	-1,6	86,0	85,1	83,9	2,1	2,1	2,2
Österreich	1,5	1,6	1,6	1,0	1,8	1,6	5,9	6,1	6,1	-1,5	-1,3	-1,1	83,5	81,1	79,2	2,8	2,9	3,3
Deutschland	1,9	1,5	1,7	0,4	1,5	1,5	4,4	4,3	4,2	0,6	0,4	0,3	68,1	65,7	63,1	9,0	8,7	8,5
Vereinigtes Königreich	1,9	1,0	1,2	0,7	2,5	2,6	4,9	5,2	5,6	-3,5	-2,8	-2,3	89,2	88,9	87,5	-5,6	-4,9	-3,3
Polen	3,1	3,4	3,2	-0,2	1,3	1,8	6,2	5,6	4,7	-2,4	-3,0	-3,1	53,4	55,0	55,5	0,8	0,2	-0,1
Ungarn	2,1	2,6	2,8	0,4	2,3	2,7	5,1	4,7	4,1	-1,5	-2,3	-2,3	73,4	72,5	71,8	4,1	3,1	4,1
Tschechische Republik	2,2	2,6	2,7	0,5	1,2	1,6	4,2	4,1	4,0	-0,2	-0,6	-0,7	39,7	39,1	38,5	-0,8	-0,7	-0,7

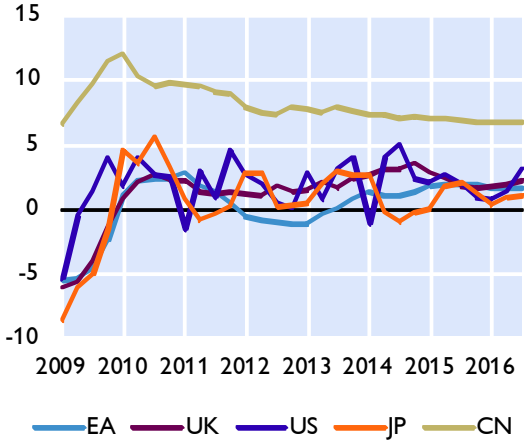
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Herbst 2016.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

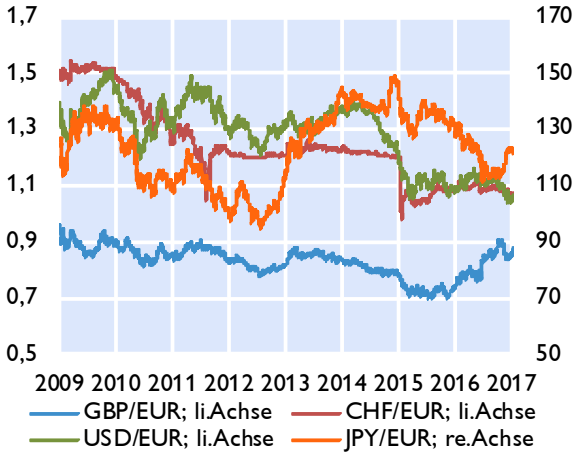
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

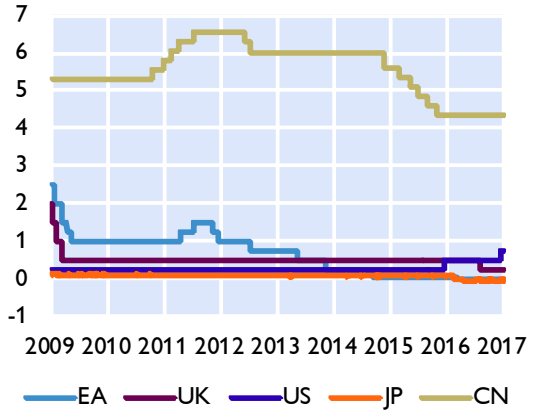


Wechselkurse zum Euro



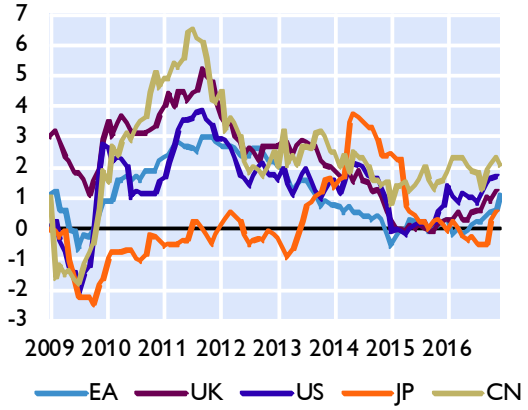
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



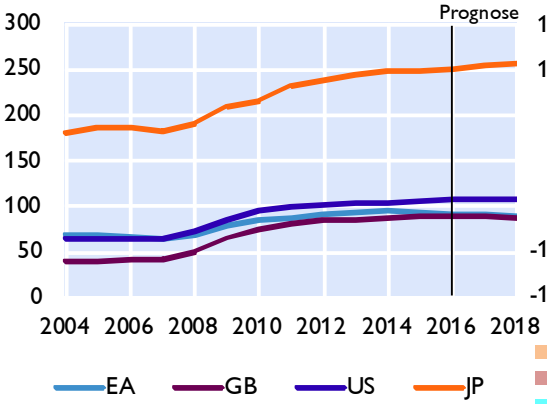
Verbraucherpreisindizes

in %



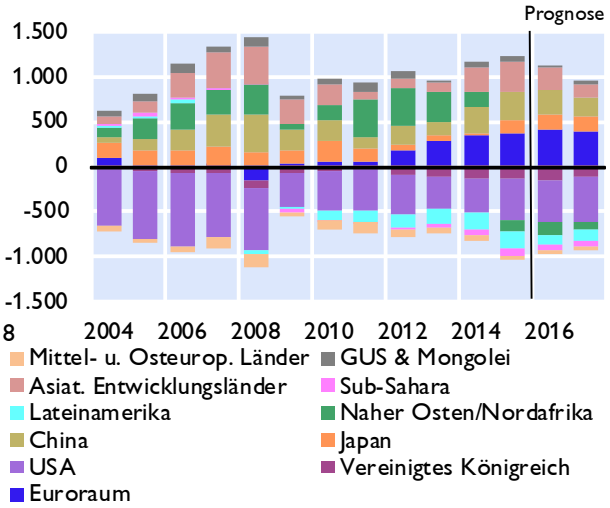
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

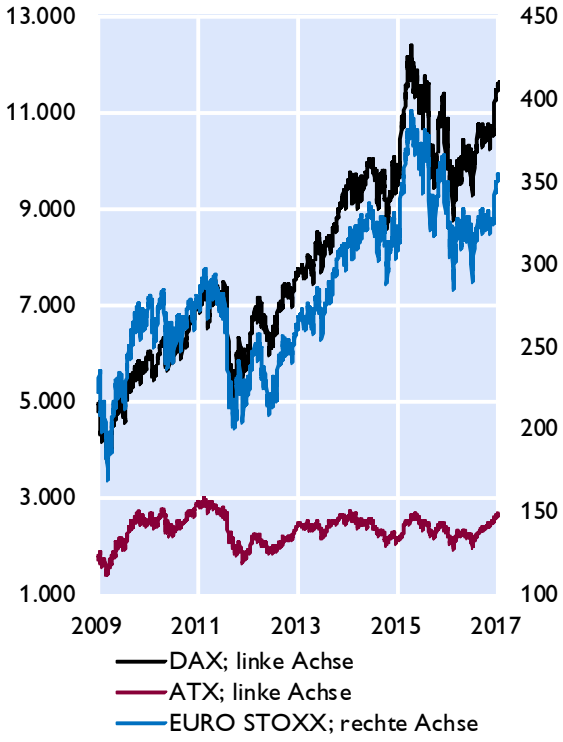


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2016 und IWF WEO Oktober 2016.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

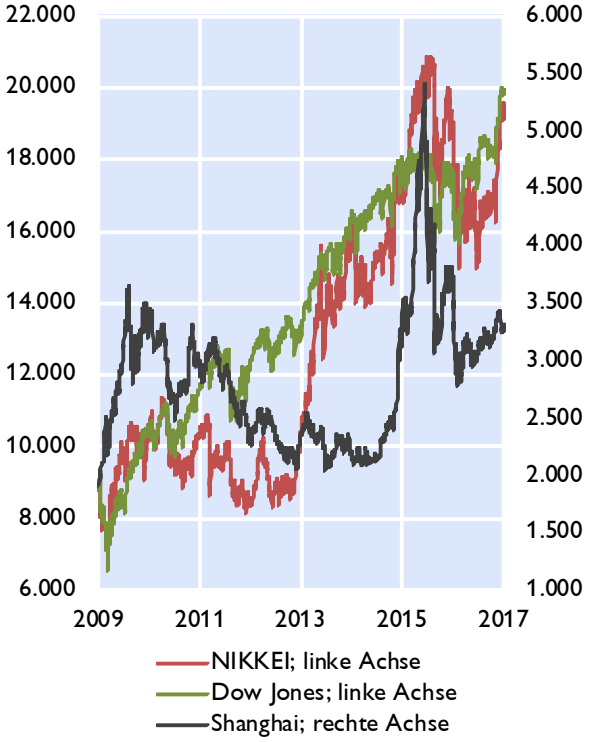
Aktienkurse - Europa

in Punkten



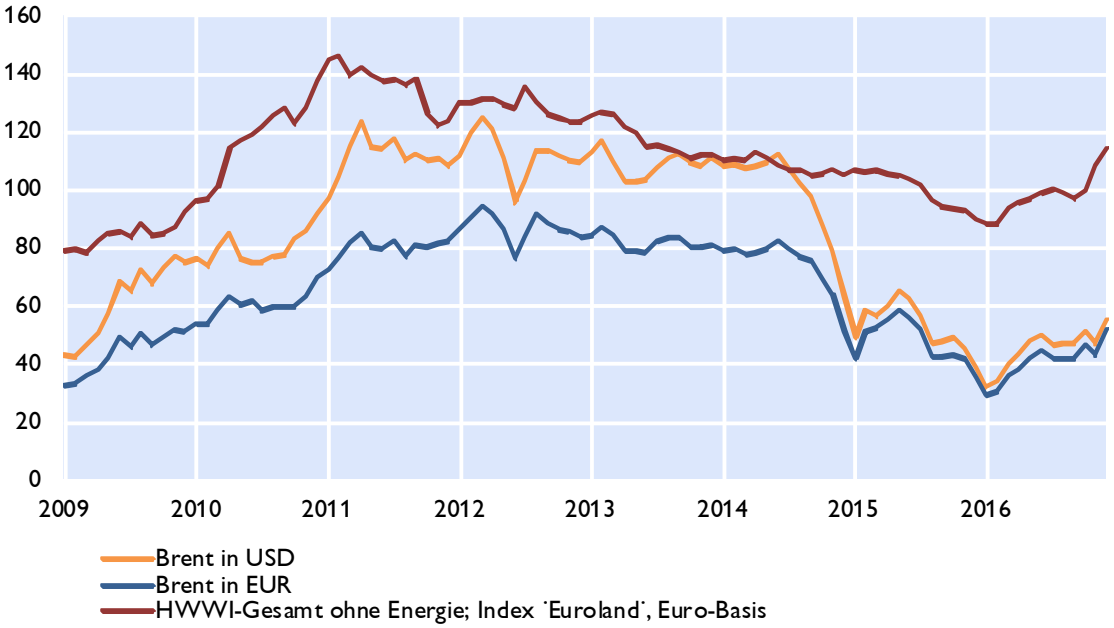
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem Dezember 2016				OECD November 2016			IWF*) Oktober 2016 / Update Jänner 2017			EU-Kommission November 2016		
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,5	1,7
Privater Konsum, real	1,7	1,5	1,5	1,4	1,6	1,4	1,5	1,6	1,5	..	1,7	1,4	1,5
Öffentlicher Konsum, real	2,0	1,3	1,1	1,1	1,8	1,3	1,2	1,7	1,1	..	1,9	1,3	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,0	3,1	3,1	2,7	3,0	2,5	3,0	2,9	2,5	..	3,3	3,1	3,5
Exporte, real	2,7	3,7	3,9	4,0	x	x	x	3,0	3,4	..	2,7	3,3	4,1
Importe, real	3,3	4,1	4,3	4,1	x	x	x	3,4	4,0	..	3,2	4,0	4,7
BIP Deflator	x	x	x	x	1,0	1,1	1,3	1,0	1,0	..	1,0	1,2	1,5
HVPI	0,2	1,3	1,5	1,7	0,2	1,2	1,4	0,3	1,1	..	0,3	1,4	1,4
Lohnstückkosten	0,8	1,0	1,3	1,5	1,1	1,2	1,2	0,5	0,9	..	1,0	1,2	1,2
Beschäftigte	1,4	1,1	0,8	0,8	1,8	1,2	1,0	1,5	0,8	..	1,4	1,0	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	10,0	9,5	9,1	8,7	10,0	9,5	9,1	10,0	9,7	..	10,1	9,7	9,2
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	3,2	3,1	3,0	3,1	4,1	4,0	4,0	3,4	3,1	..	3,7	3,5	3,3
Öffentliches Defizit	-1,8	-1,6	-1,5	-1,2	-1,8	-1,5	-1,3	-2,0	-1,7	..	-1,8	-1,5	-1,5
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	43,1	49,3	52,6	54,6	42,9	45,0	45,0	42,7	51,2	53,0	45,2	54,7	56,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3
USD/EUR	1,11	1,09	1,09	1,09	1,11	1,09	1,09	1,12	1,13	..	1,11	1,10	1,10
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real USA	x	x	x	x	1,5	2,3	3,0	1,6	2,3	2,5	1,6	2,1	1,9
BIP, real Welt	x	x	x	x	2,9	3,3	3,6	3,1	3,4	3,6	3,0	3,4	3,5
Welthandel	x	x	x	x	1,9	2,9	3,2	1,9	3,8	4,1	1,9	3,2	3,6

*) IWF: Indikatoren mit Daten bis 2018: IWF-Update Jänner 2017; restliche Daten WEO Okt.2016.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2015	2016	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Q4	2016 Sept.	2016 Okt.	2016 Nov.	2016 Dez.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,0	..	0,2	0,0	-0,1	0,3	..	0,4	0,5	0,6	1,1 *)
Kerninflation	0,8	..	1,0	1,0	0,8	0,8	..	0,8	0,8	0,8	0,9 *)
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,1	..	0,3	0,3	0,1	0,3	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	0,3	..	0,2	1,0	0,2	0,9	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,3	..	1,3	1,3	1,2	1,2	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	1,0	..	1,1	0,3	0,9	0,3	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-2,7	..	-3,1	-3,7	-3,8	-2,0	..	-1,5	-0,4	0,1	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	100,1	98,3	91,8	90,1	97,2	98,6	107,4	97,0	99,8	108,5	114,0
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	47,8	40,8	40,3	31,9	41,6	42,1	47,5	42,3	46,7	43,6	52,19
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	53,0	45,1	44,2	35,2	47,0	47,0	51,1	47,4	51,4	46,9	55
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,7	..	0,5	0,5	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,8	..	0,4	0,7	0,2	0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,4	..	0,6	0,6	0,4	0,5	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	..	1,3	0,4	1,2	0,2	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,8	..	0,8	0,4	0,3	0,4	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,2	..	-0,3	0,2	0,0	-0,1	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,3	..	0,0	0,0	0,0	-0,1	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	238,6	..	70,4	52,3	81,3	70,1	..	26,5	20,1	25,9	..
Leistungsbilanz	329,5	..	102,7	59,5	88,1	93,7	..	27,7	28,4	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,6	..	3,9	2,3	3,3	3,2	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	104,2	104,9	106,3	104,0	104,3	104,3	106,9	104,9	106,4	106,6	107,8
Industrievertrauen (Saldo)	-3,1	-2,6	-2,4	-3,8	-3,4	-2,9	-0,5	-1,8	-0,6	-1,1	0,1
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	52,2	52,5	52,8	51,7	52,0	52,1	54,0	52,6	53,5	53,7	54,9
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,1	108,3	108,6	106,8	107,8	108,0	110,6	109,5	110,4	110,4	111
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	1,6	..	1,5	1,4	1,0	1,2	..	1,4	0,8	3,0	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-6,2	-7,7	-6,4	-8,3	-7,9	-8,2	-6,4	-8,2	-8	-6,2	-5,1
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	2,7	..	2,4	2,2	1,8	1,4	..	1,1	2,7	2,2	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,3	81,8	81,6	81,9	81,5	81,6	82,3	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	10,9	..	10,5	10,3	10,1	10,0	..	9,9	9,8	9,8	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,0	..	0,3	0,4	0,4	..	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,7	..	4,7	5,1	5,0	5,0	..	5,1	4,4	4,8	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,8	4,8	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	1,9	..	1,9	2,2	1,9	2,1	..	2,1	1,9	2,1	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,05	0,00	0,05	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,02	-0,26	-0,09	-0,19	-0,26	-0,30	-0,3	-0,30	-0,31	-0,31	-0,32
10-Jahres Zinssatz (%)	1,27	0,93	1,18	1,03	0,94	0,66	1,1	0,74	0,78	1,23	1,29
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,29	1,19	1,27	1,21	1,19	0,96	1,4	1,04	1,09	1,54	1,61
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	133,3	148,0	163,8	178,3	154,5	133,7	126,2	128,8	128,2	122,2	128,2
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	356,2	321,7	348,8	316,0	318,4	320,5	331,8	325,5	327,9	324,5	342,9
Wechselkurs USD je EUR	1,11	1,11	1,10	1,10	1,13	-0,12	1,1	1,12	1,10	1,08	1,05
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	92,4	94,8	92,4	94,1	94,9	95,1	94,8	95,4	95,4	94,9	94,2
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	88,4	90,1	88,4	89,5	90,3	90,5	90,1	90,7	90,8	90,2	89,3
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-2,1	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	92,6	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

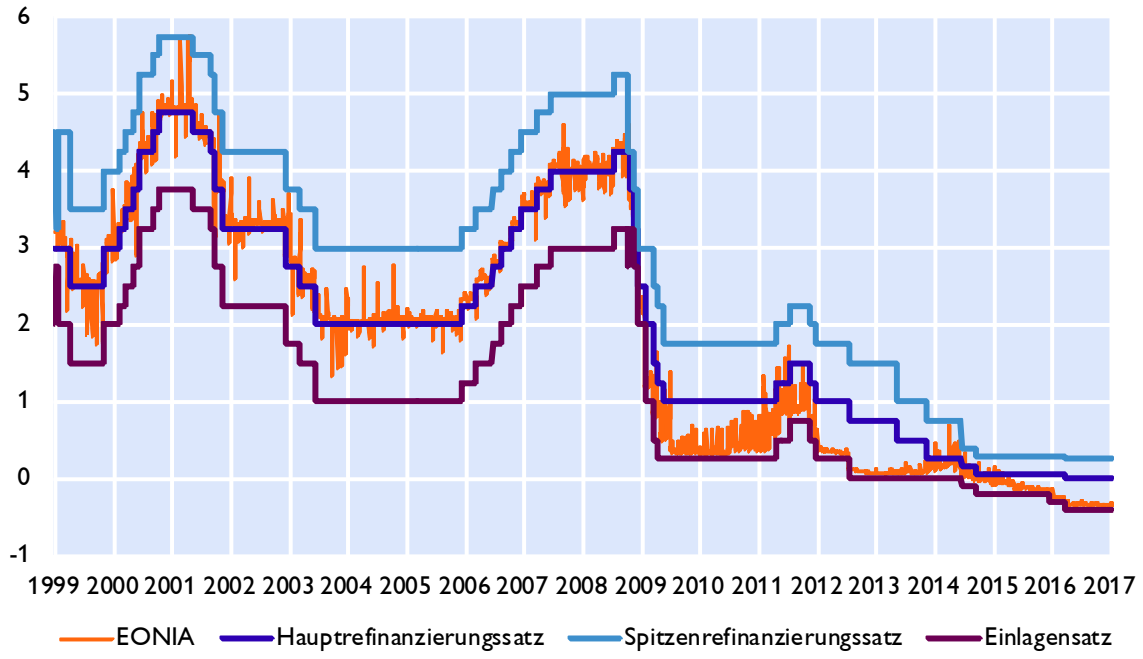
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

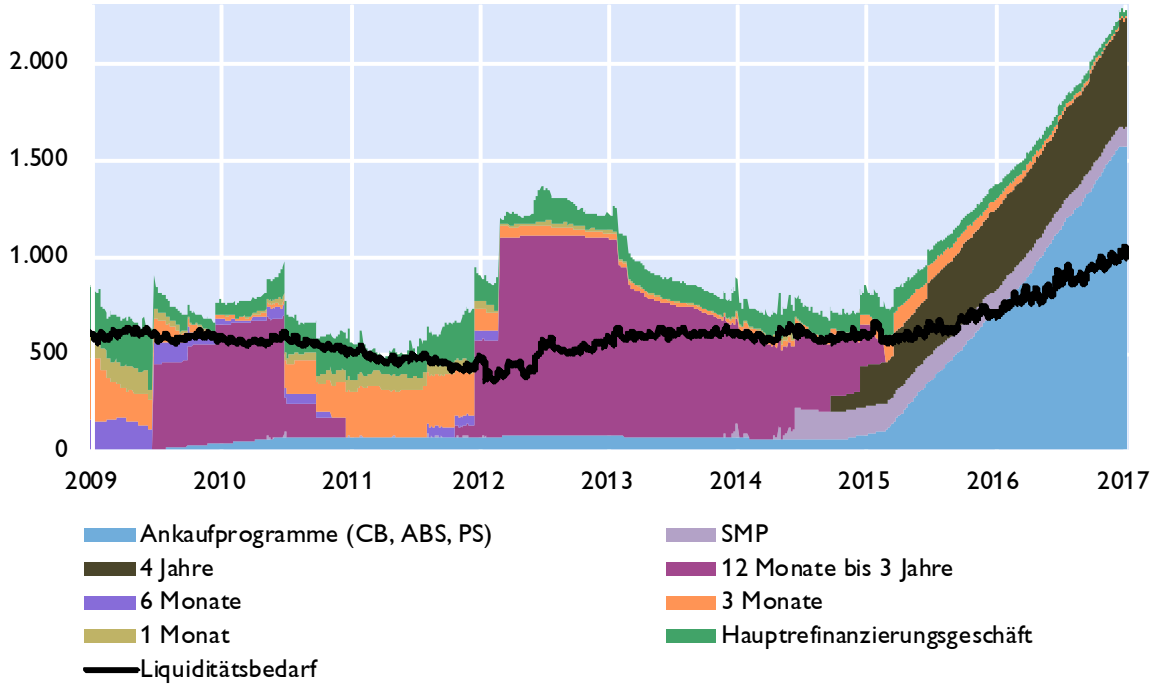
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

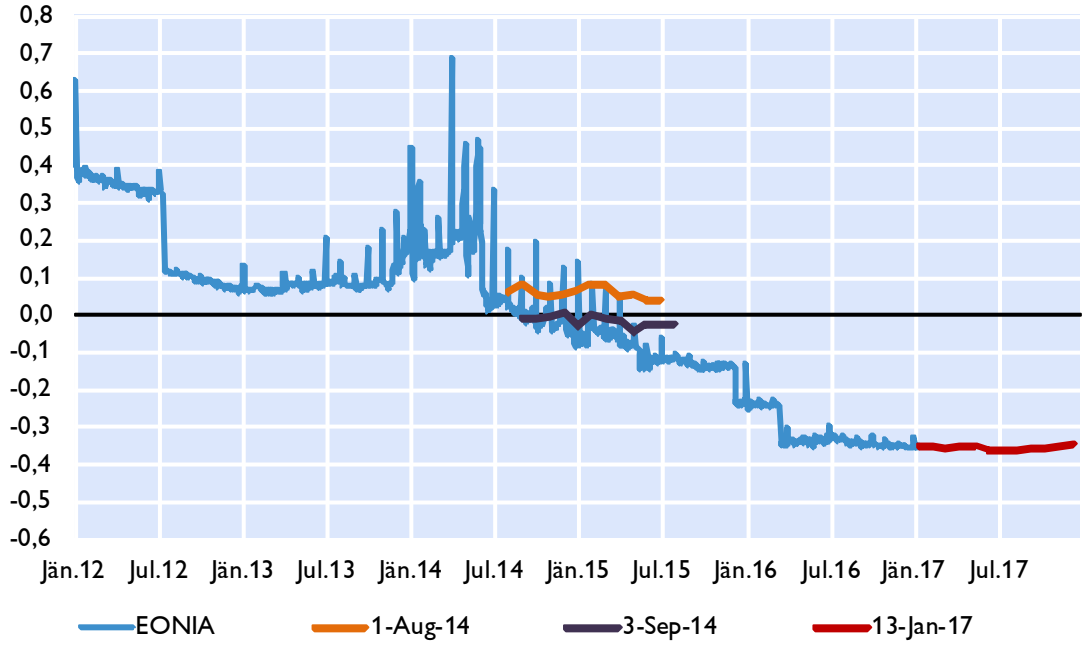


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

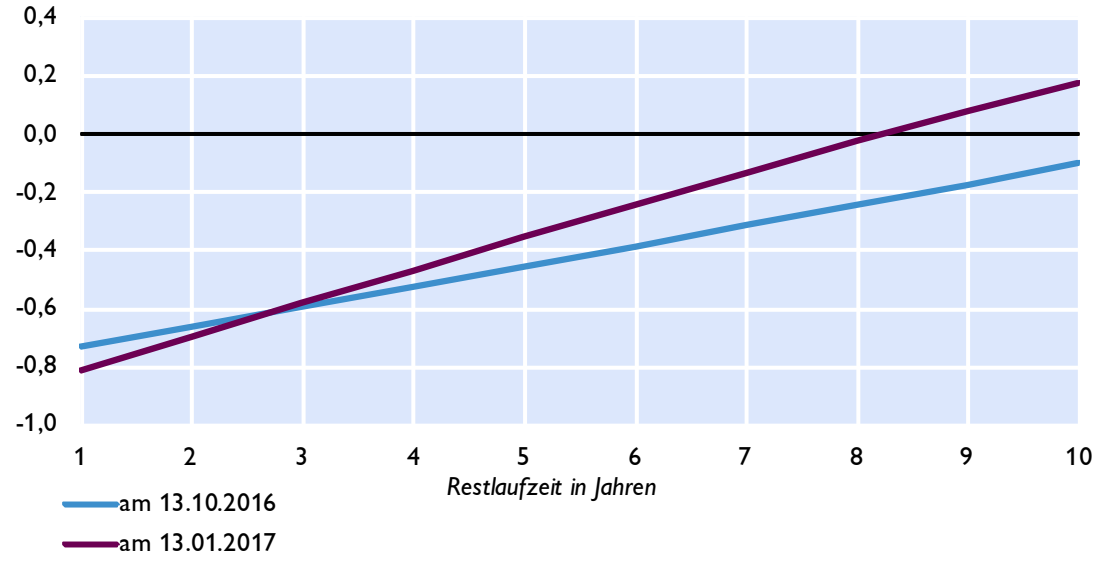
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

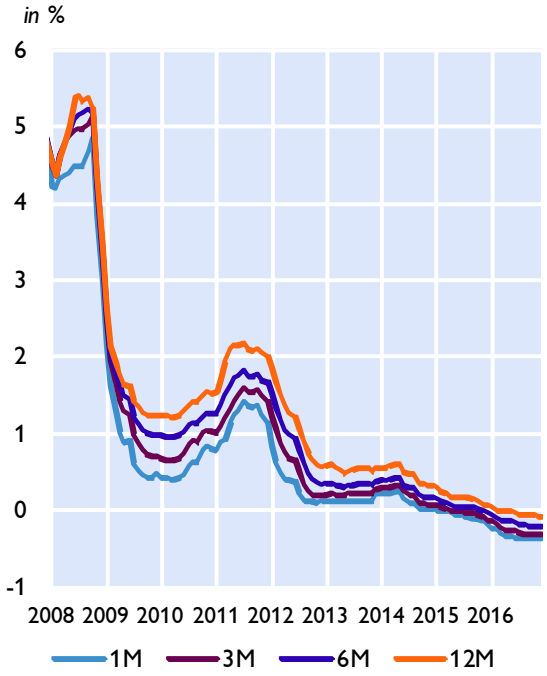
in %



Quelle: Thomson Reuters.

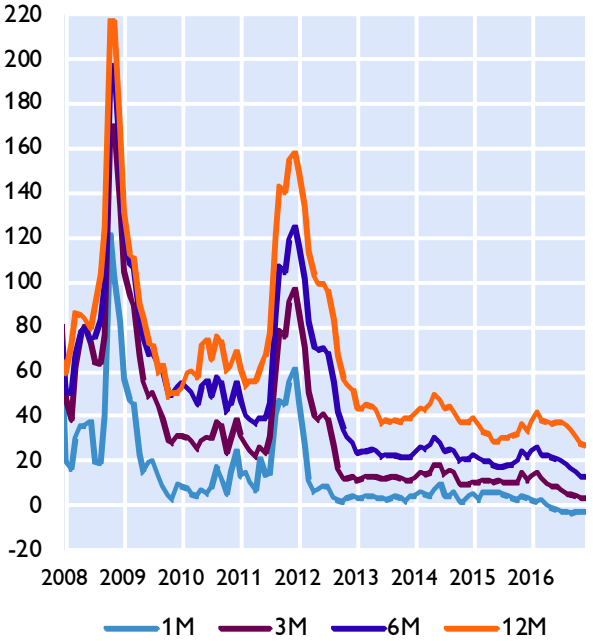
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



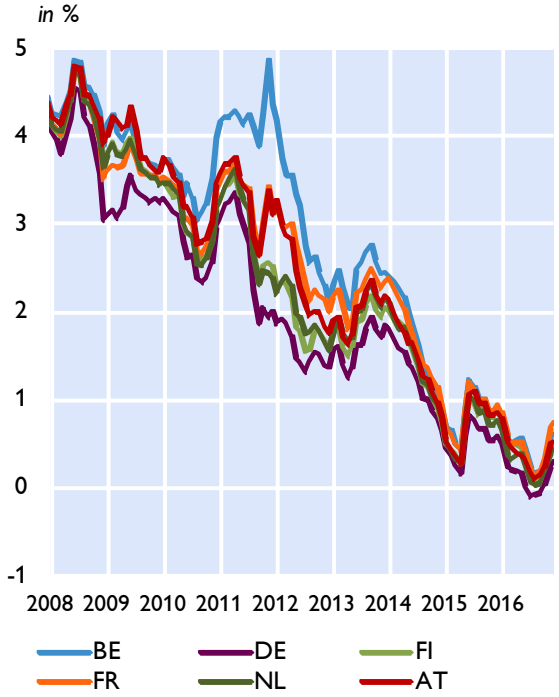
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

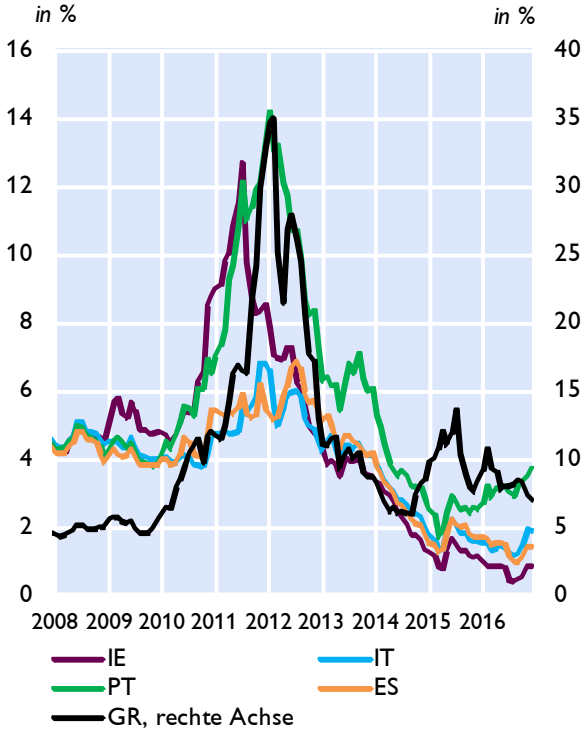


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

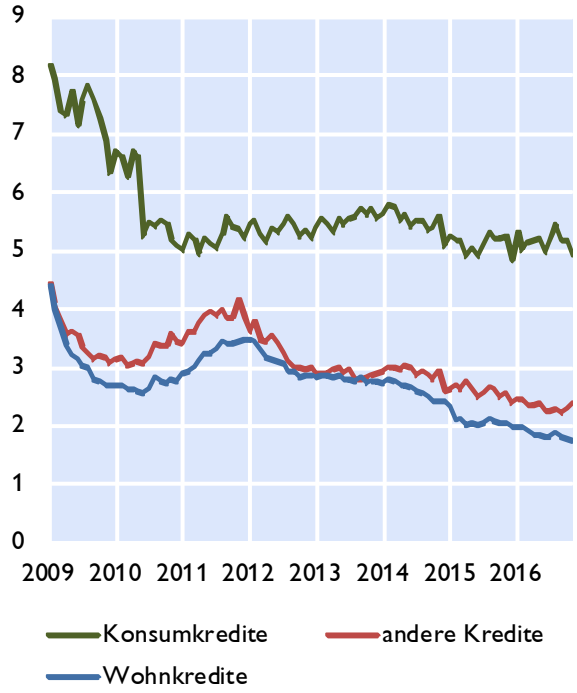


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

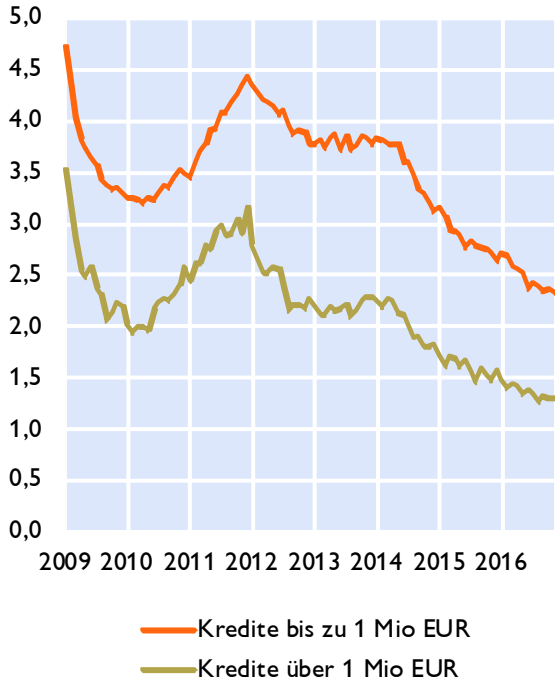
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



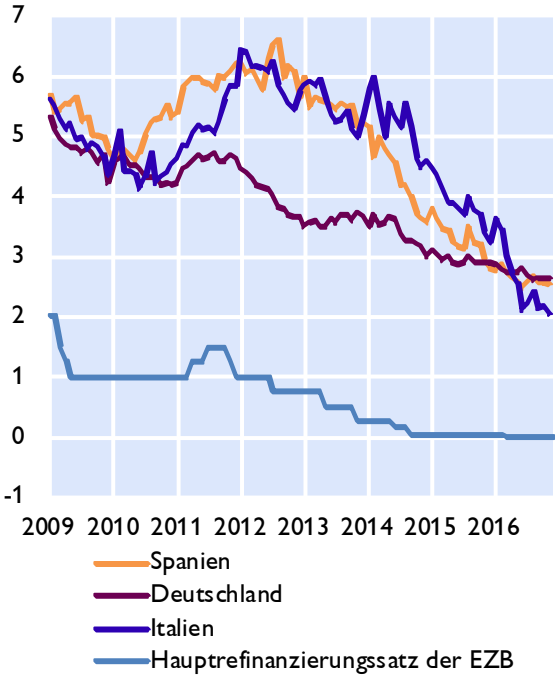
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



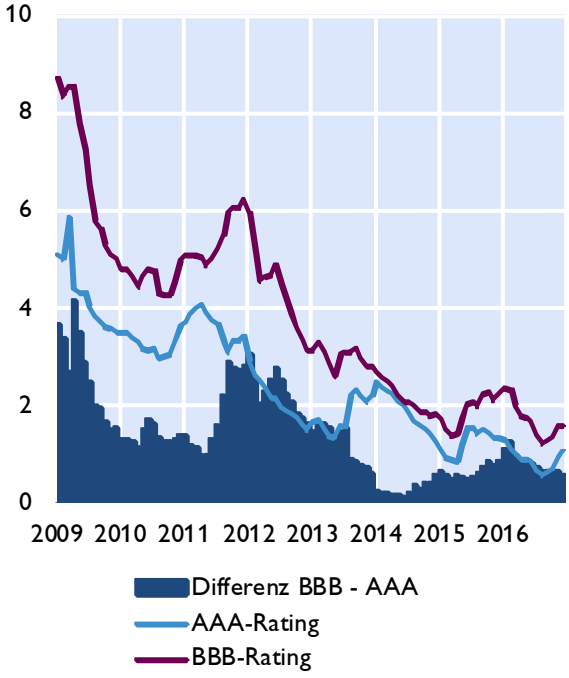
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

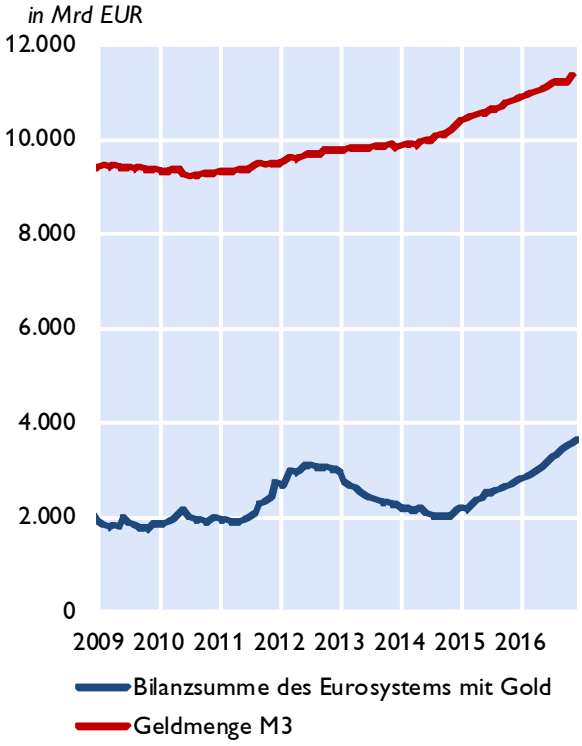
in %



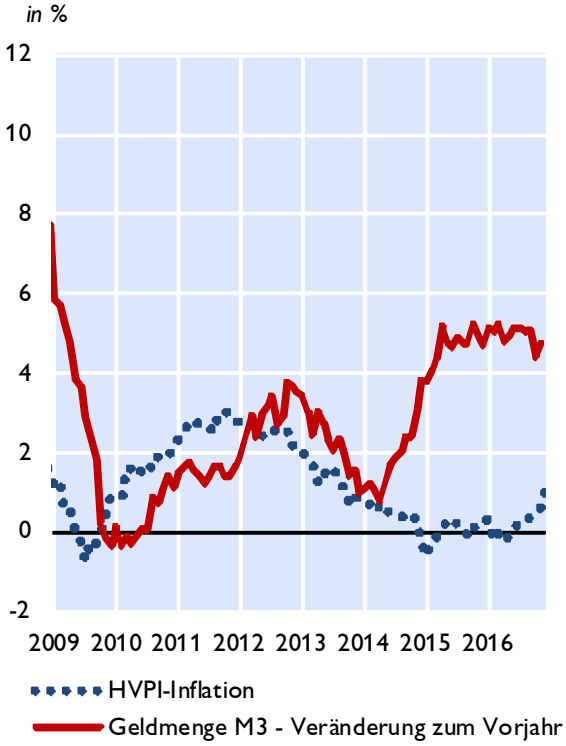
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

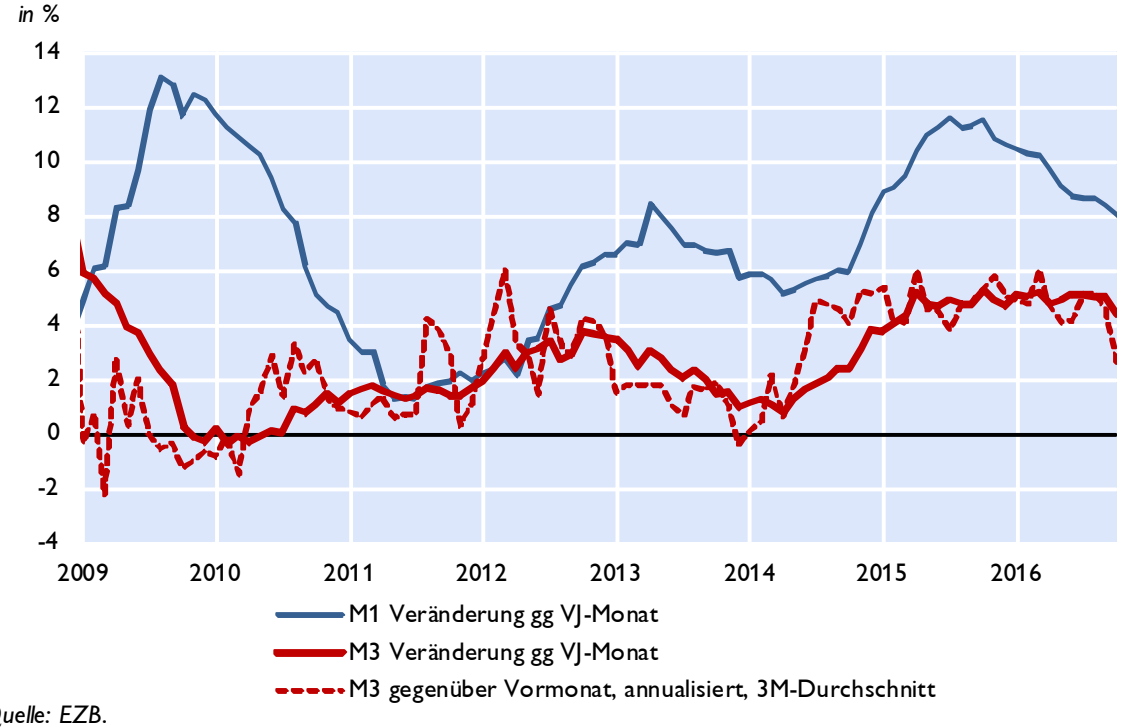
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

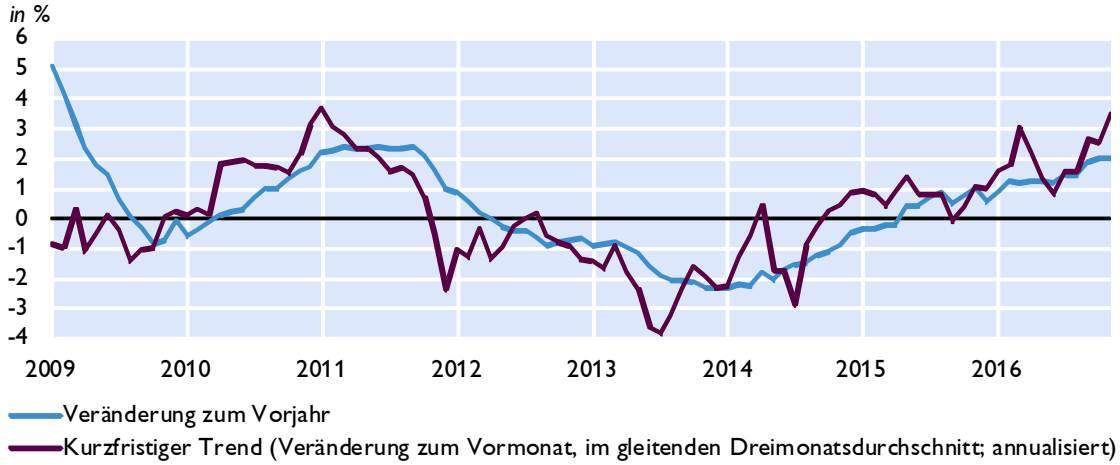
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

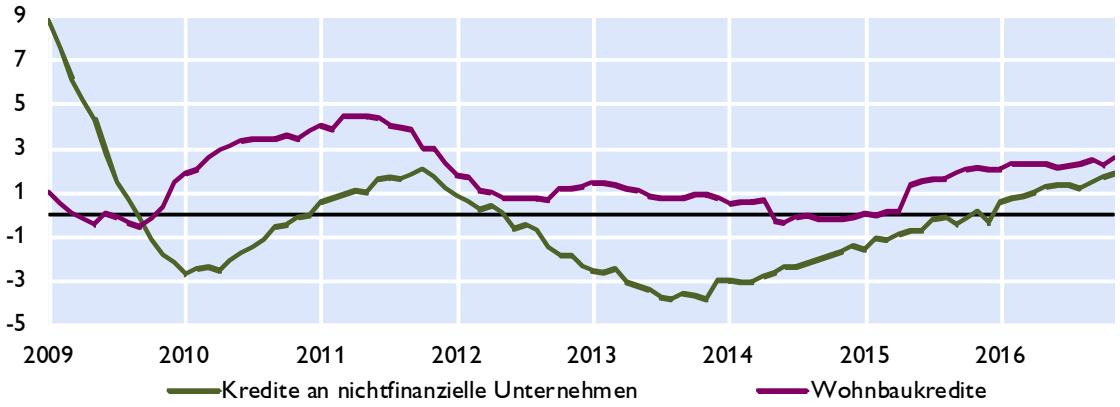
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2014	2015	Jun.16	Jul.16	Aug.16	Sep.16	Okt.16	Nov.16
Aktiva	Kredite	-0,2	2,3	3,9	3,9	3,8	3,9	4,2	4,4
	Kredite an öffentliche Haushalte	2,1	7,9	11,7	12,2	10,9	10,1	10,6	10,7
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	0,7	1,5	1,4	1,6	2,0	2,3	2,4
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,4	0,5	1,2	1,4	1,4	1,9	2,0	2,1
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,6	-4,1	-0,8	0,2	0,2	0,8	3,1	2,9
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-0,7	-3,1	5,2	7,0	7,3	8,6	13,5	13,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-2,2	-3,1	-2,3	-2,6	-2,5	-2,5	-2,1	-1,9

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



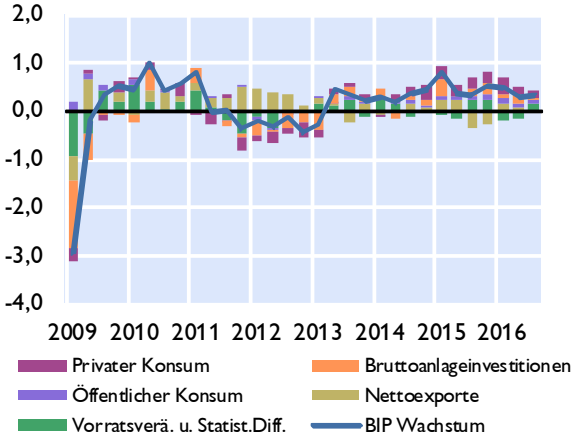
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

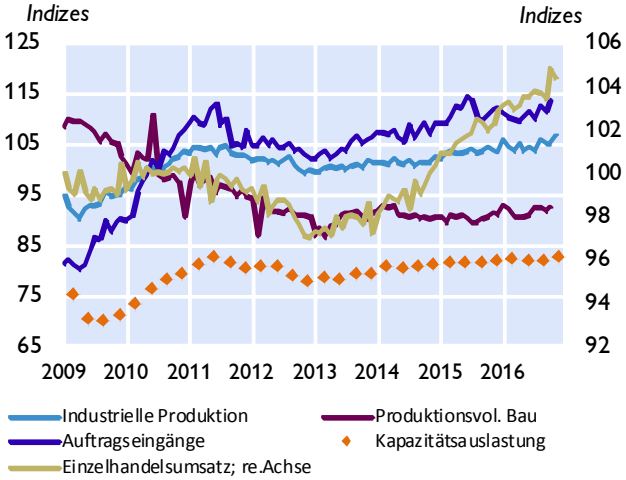
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

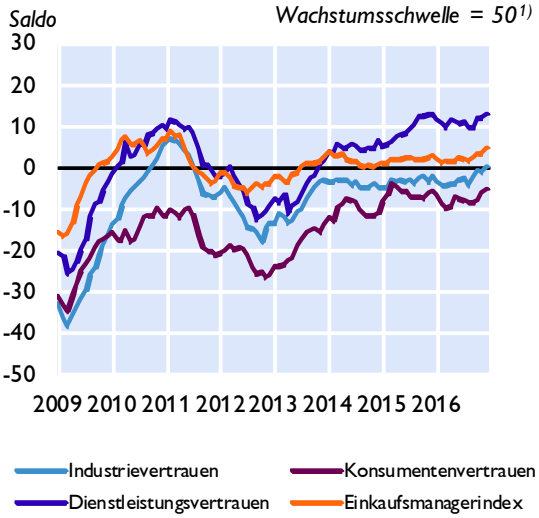
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



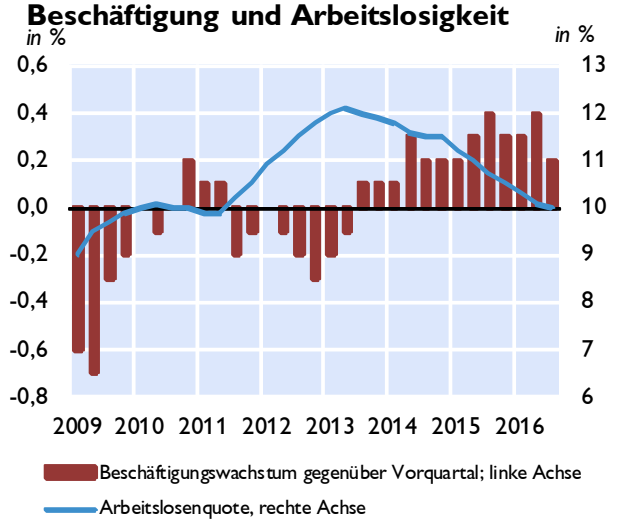
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2013	2014	2015	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16	3Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	215,99	241,25	316,65	94,70	102,66	59,52	88,07	93,72
Güter	210,17	241,35	350,64	88,84	96,80	80,43	107,06	93,12
Dienstleistungen	70,55	77,46	58,67	18,93	12,53	9,62	15,59	25,29
Einkommen	79,82	64,20	41,15	9,58	23,29	13,91	-12,84	7,46
Laufende Transfers	-144,56	-141,76	-133,81	-22,65	-29,96	-44,45	-21,74	-32,15
Vermögensübertragungen	19,34	13,05	-12,40	5,02	8,95	-1,32	0,45	0,77
Kapitalbilanz	423,35	329,30	296,93	94,26	156,41	4,60	62,26	165,72
Direktinvestitionen	27,13	62,69	243,37	15,82	20,54	39,00	-38,11	125,23
Portfolioinvestitionen	-27,15	68,96	106,36	120,07	122,83	93,55	156,55	167,82
Finanzderivate	31,80	45,48	85,83	-0,76	55,65	27,33	-44,61	26,02
Sonstige Investiitionen	386,92	147,80	-149,21	-43,54	-47,19	-156,24	-13,77	-161,09
Währungsreserven	4,65	4,36	10,57	2,67	4,58	0,97	2,19	7,74
Statistische Differenz	188,03	75,00	-7,32	-5,45	44,81	-53,59	-26,27	71,23
Leistungsbilanz in % des BIP 2)	2,4	2,6	3,3	3,7	3,9	2,3	3,3	3,2

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

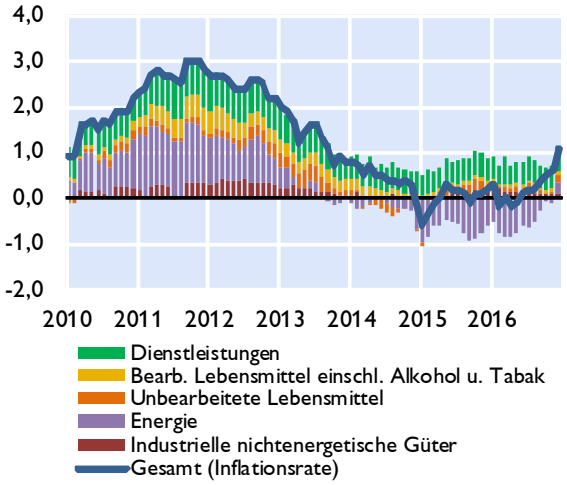
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2016	2014	2015	Sep.16	Okt.16	Nov.16	Dez.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,4	0,0	0,4	0,5	0,6	1,1*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,4	-0,1	0,7	0,4	0,0	0,4	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,7	2,1	1,7	1,8	1,7	..
Bekleidung und Schuhe	6,1	0,3	0,1	0,0	0,4	0,5	..
Wohnung, Wasser, Energie	16,0	0,8	-0,7	-0,6	-0,2	-0,1	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,3	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	..
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,8	0,8	0,9	..
Verkehr	14,8	0,0	-2,4	-0,1	0,8	0,7	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	-2,8	-0,8	0,0	0,0	-0,1	..
Freizeit und Kultur	9,4	0,1	0,3	0,6	0,2	0,0	..
Bildungswesen	1,1	0,5	0,9	1,8	0,5	0,6	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,5	1,5	1,7	1,7	1,6	1,7	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,8	0,9	1,1	1,0	1,1	..

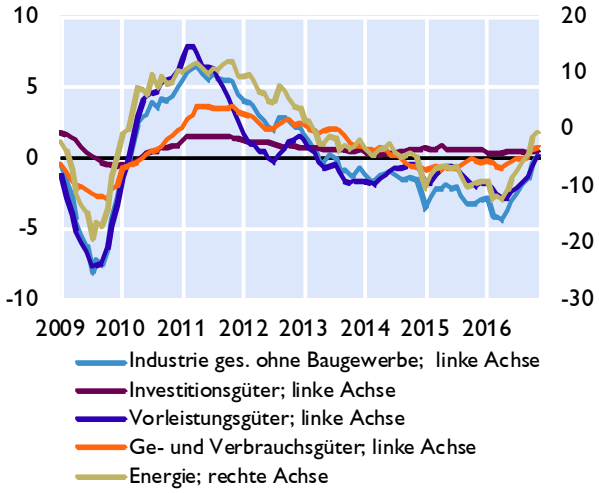
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



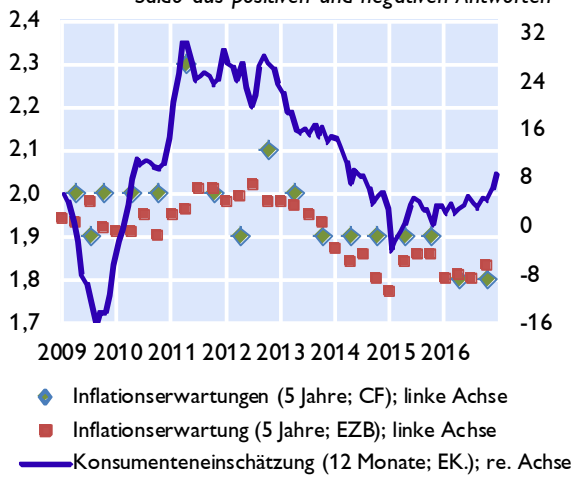
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



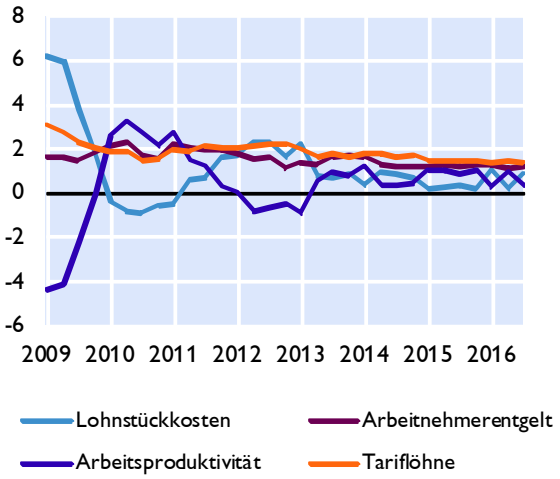
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

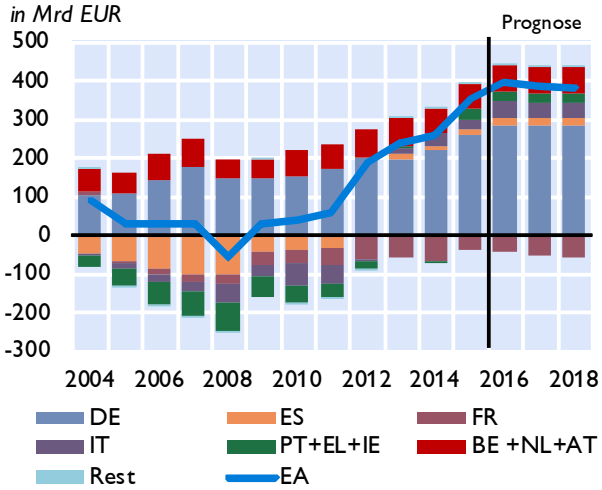


*Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts. *) Vorabschätzung; Wert für 2016 noch nicht verfügbar.*

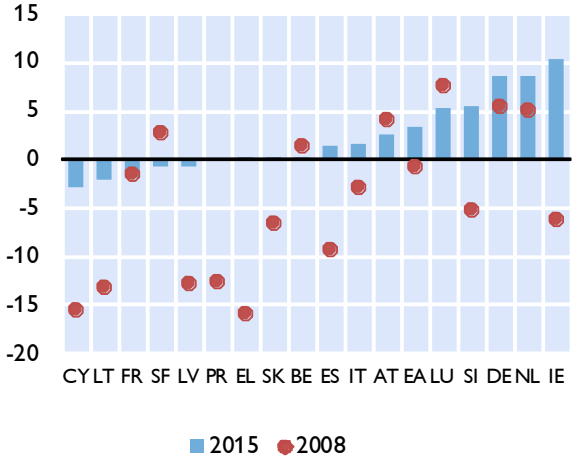
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

in Mrd EUR

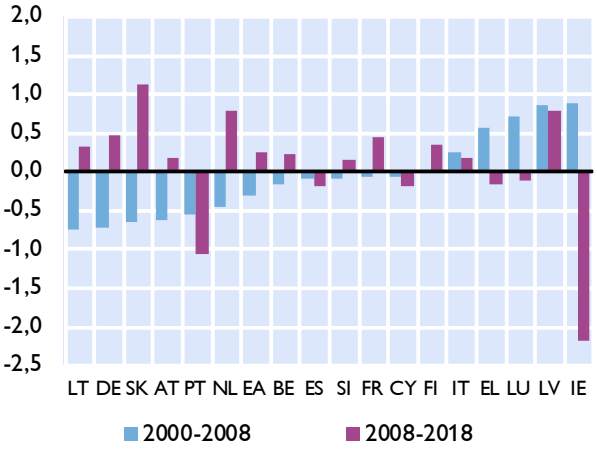


in % des BIP



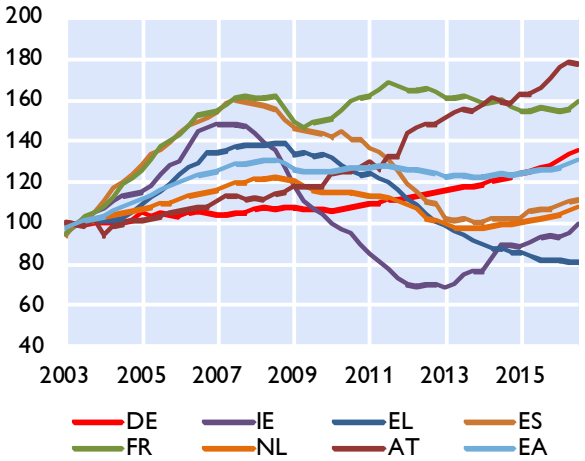
Lohnstückkosten [1)]

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



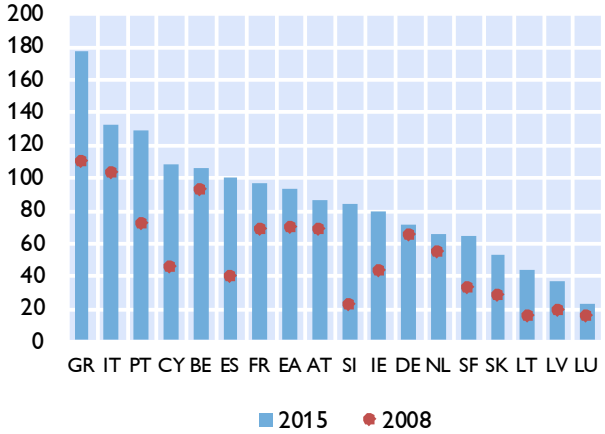
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



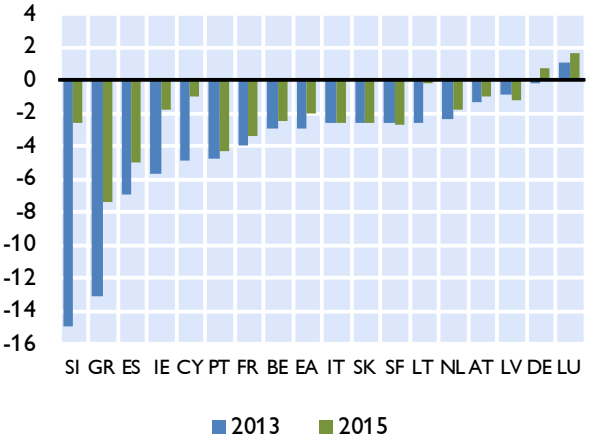
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates [1)]

in % des BIP



Quelle: EZB, Europäische Kommission.

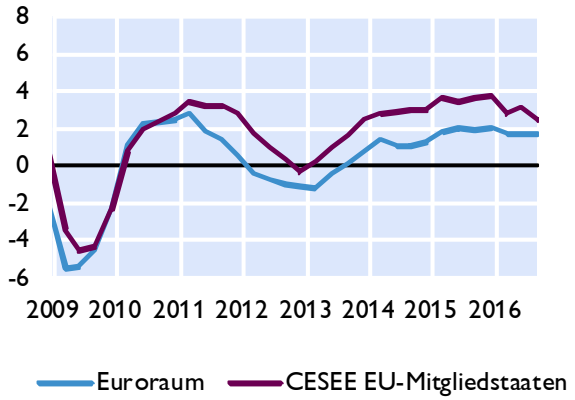
1) Prognose: EK-Prognose November 2016.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

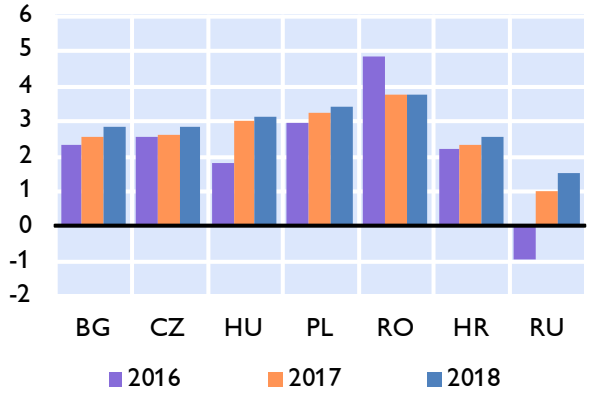
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



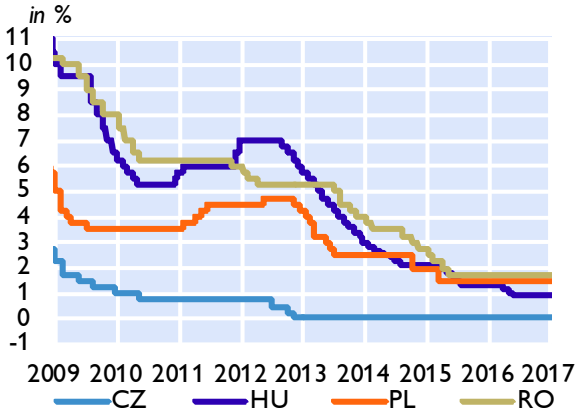
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2016

reales BIP-Wachstum in %



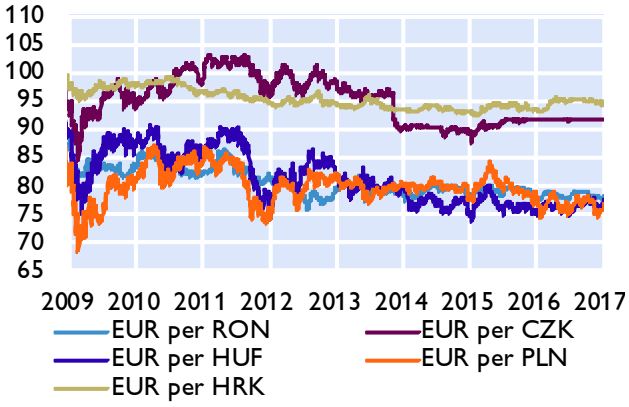
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2016		EU-Kommission November 2016		IWF Oktober 2016		wiiw November 2016	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Bulgarien	2,3	2,5	3,1	2,9	3,0	2,8	3,0	3,0
Estland	x	x	1,1	2,3	1,5	2,5	1,6	2,2
Kroatien	2,2	2,3	2,6	2,5	1,9	2,1	2,5	2,7
Lettland	x	x	1,9	2,8	2,5	3,4	2,4	2,6
Litauen	x	x	2,0	2,7	2,6	3,0	2,3	2,6
Polen	2,9	3,2	3,1	3,4	3,1	3,4	3,2	3,5
Rumänien	4,8	3,7	5,2	3,9	5,0	3,8	4,7	3,5
Russland	-1,0	1,0	-1,0	0,6	-0,8	1,1	-0,8	0,8
Slowakei	x	x	3,4	3,2	3,4	3,3	3,2	3,1
Slowenien	x	x	2,2	2,6	2,3	1,8	2,4	2,6
Tschechische Republik	2,5	2,6	2,2	2,6	2,5	2,7	2,2	2,4
Ungarn	1,8	3,0	2,1	2,6	2,0	2,5	2,0	2,6

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2015	2016	2017	2015Q3	2015Q4	2016Q1	2016Q2	2016Q3
		Prognose[1)]						
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,5	1,2	1,3	1,4	1,6	1,3	1,2	1,3
Deutschland	1,7	1,9	1,5	1,7	1,3	1,8	1,7	1,7
Estland	1,4	1,1	2,3	1,7	0,9	1,5	0,6	1,3
Irland	26,3	4,1	3,6	24,0	27,9	4,0	3,7	6,6
Griechenland	-0,2	-0,3	2,7	-2,2	0,4	-0,8	-0,5	1,8
Spanien	3,2	3,2	2,3	3,4	3,6	3,4	3,4	3,2
Frankreich	1,3	1,3	1,4	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0
Italien	0,7	0,7	0,9	0,6	0,9	1,0	0,8	1,0
Zypern	1,7	2,8	2,5	2,2	2,9	2,9	2,8	2,9
Lettland	2,7	1,9	2,8	3,3	2,3	1,2	0,8	0,3
Litauen	1,8	2,0	2,7	1,8	2,0	2,5	2,1	1,7
Luxemburg	3,5	3,6	3,8	1,7	3,0	3,5	5,1	4,8
Malta	6,2	4,1	3,7	7,9	6,9	5,2	3,5	3,3
Niederlande	2,0	1,7	1,7	1,9	1,1	1,2	1,9	2,5
Österreich	1,0	1,5	1,6	0,9	1,3	1,5	1,3	1,5
Portugal	1,6	0,9	1,2	1,6	1,4	0,9	0,9	1,6
Slowenien	2,3	2,2	2,6	1,5	2,1	2,1	2,2	3,0
Slowakische Republik	3,8	3,4	3,2	4,1	4,2	3,7	3,6	3,2
Finnland	0,2	0,8	0,8	0,1	0,7	2,0	0,9	1,6
Euroraum	2,0	1,7	1,5	1,9	2,0	1,7	1,7	1,7
Bulgarien	3,6	3,1	2,9	3,8	3,7	3,4	3,6	3,4
Tschechische Republik	4,5	2,2	2,6	4,8	4,0	3,0	2,6	1,9
Dänemark	1,6	1,0	1,7	1,5	0,6	0,8	0,4	1,2
Kroatien	1,6	2,6	2,5	2,5	1,9	2,3	2,0	2,7
Ungarn	3,1	2,1	2,6	2,7	3,0	0,9	1,9	1,6
Polen	3,9	3,1	3,4	3,8	4,4	2,8	3,1	2,2
Rumänien	3,7	5,2	3,9	3,7	3,8	4,1	5,8	4,5
Schweden	4,1	3,4	2,4	4,3	4,5	4,2	3,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,2	1,9	1,0	1,8	1,7	1,8	2,0	2,2
EU	2,2	1,8	1,6	2,1	2,1	1,9	1,9	1,9
Türkei	4,0	2,7	3,0	3,9	5,7	4,7	3,1	-1,8
USA	2,6	1,6	2,1	2,0	0,9	0,8	1,4	3,5
Japan	1,2	0,7	0,8	2,1	1,2	0,3	0,9	1,0
Schweiz	0,8	1,2	1,5	0,6	0,4	1,1	1,6	1,4
Russland	-3,7	-1,0	0,6	-3,7	-3,8	-1,2	-0,6	-0,4
Brasilien	-3,8	-3,3	0,5	-4,5	-5,9	-4,9	-3,1	-2,4
China	6,9	6,6	6,2	6,9	6,8	6,7	6,7	6,7
Indien	7,6	7,6	7,6	7,6	7,2	7,9	7,1	7,3

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, EK, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose November 2016; Brasilien, Indien: IWF WEO Oktober 2016.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Aug.16	Sep.16	Okt.16	Nov.16	Dez.16
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,6	1,7	1,7	2,0	1,8	1,9	1,7	..
Deutschland	0,1	0,4	1,5	0,3	0,5	0,7	0,7	..
Estland	0,1	0,8	2,6	1,1	1,7	1,0	1,4	..
Irland	0,0	-0,2	1,2	-0,4	-0,3	-0,4	-0,2	..
Griechenland	-1,1	0,1	1,1	0,4	-0,1	0,6	-0,2	..
Spanien	-0,6	-0,4	1,6	-0,3	0,0	0,5	0,5	..
Frankreich	0,1	0,3	1,3	0,4	0,5	0,5	0,7	..
Italien	0,1	0,0	1,2	-0,1	0,1	-0,1	0,1	..
Zypern	-1,5	-1,1	0,7	-0,6	-0,4	-1,0	-0,8	..
Lettland	0,2	-0,1	1,8	-0,1	0,5	1,1	1,2	..
Litauen	-0,7	0,7	1,7	0,5	0,6	0,7	1,1	..
Luxemburg	0,1	0,0	1,6	-0,2	0,3	0,7	0,6	..
Malta	1,2	1,0	1,6	1,0	0,9	0,5	0,8	..
Niederlande	0,2	0,1	1,0	0,1	-0,1	0,3	0,4	..
Österreich	0,8	1,0	1,8	0,6	1,1	1,4	1,5	..
Portugal	0,5	0,7	1,2	0,8	0,7	1,1	0,5	..
Slowenien	-0,8	0,1	1,5	-0,2	0,2	0,7	0,7	..
Slowakische Republik	-0,3	-0,5	0,8	-0,8	-0,5	-0,3	-0,2	..
Finnland	-0,2	0,3	1,1	0,5	0,5	0,6	0,6	..
Euroraum	0,0	0,3	1,4	0,2	0,4	0,5	0,6	1,1 *)
Bulgarien	-1,1	-0,9	1,0	-1,1	-1,1	-1,0	-0,8	..
Tschechische Republik	0,3	0,5	1,2	0,6	0,5	0,8	1,6	..
Dänemark	0,2	0,0	1,2	0,0	-0,3	0,1	0,1	..
Kroatien	-0,3	-0,9	0,8	-1,5	-0,7	-0,3	0,2	..
Ungarn	0,1	0,4	2,3	-0,1	0,7	1,1	1,1	..
Polen	-0,7	-0,2	1,3	-0,5	-0,2	0,1	0,2	..
Rumänien	-0,4	-1,0	1,8	0,3	-0,1	0,1	-0,2	..
Schweden	0,7	1,1	1,6	1,2	0,8	1,1	1,3	..
Vereinigtes Königreich	0,0	0,7	2,5	0,6	1,0	0,9	1,2	..
EU	0,0	0,3	1,6	0,3	0,4	0,5	0,6	..
Türkei	7,7	7,8	8,0	7,9	7,3	7,2	7,0	..
USA	0,1	1,2	2,0	1,1	1,5	1,6	1,7	..
Japan	0,8	-0,3	0,0	-0,5	-0,5	0,2	0,5	..
Schweiz	-0,8	-0,8	-0,4	0,0	-0,3	-0,3	-0,2	..
Russland	15,6	7,3	5,2	6,8	6,4	6,1	5,7	..
Brasilien	9,3	9,0	5,4	9,6	9,2	8,5	7,4	..
China[3)]	1,4	1,0	1,0	1,3	1,9	2,1	2,3	..
Indien	4,9	5,5	5,2	5,1	4,4	4,2	3,6	..

*Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. *) Schnellschätzung; Jahreswert für 2016 noch nicht verfügbar.*

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) Prognose: EK Prognose November 2016; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Oktober 2016.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2015	Prognose [2)] 2016	2017	Jul.16	Aug.16	Sep.16	Okt.16	Nov.16
Belgien	8,5	8,0	7,8	8,0	7,9	7,6	7,6	7,6
Deutschland	4,6	4,4	4,3	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1
Estland	6,2	6,5	7,4	7,0	7,6	7,2	7,4	..
Irland	9,4	8,3	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
Griechenland	24,9	23,5	22,2	23,3	23,3	23,1	23,0	..
Spanien	22,1	19,7	18,0	19,5	19,4	19,3	19,2	19,2
Frankreich	10,4	10,0	9,9	10,1	10,2	9,9	9,7	9,5
Italien	11,9	11,5	11,4	11,6	11,5	11,8	11,8	11,9
Zypern	15,1	12,5	11,1	12,9	13,1	13,5	13,8	14,2
Lettland	9,9	9,6	9,2	9,9	9,8	9,7	9,6	9,6
Litauen	9,1	7,6	7,4	7,8	7,6	7,6	7,6	7,9
Luxemburg	6,4	6,2	6,1	6,3	6,3	6,3	6,3	6,2
Malta	5,4	5,0	5,2	4,9	4,8	4,8	5,0	4,8
Niederlande	6,9	6,1	5,8	6,0	5,8	5,7	5,6	5,6
Österreich	5,7	5,9	6,1	6,2	6,2	6,0	5,8	5,8
Portugal	12,6	11,1	10,0	10,9	10,9	10,9	10,6	10,5
Slowenien	9,0	8,4	7,7	7,8	7,8	7,7	7,6	7,6
Slowakische Republik	11,5	9,7	8,7	9,7	9,6	9,4	9,2	9,0
Finnland	9,4	9,0	8,8	8,8	8,7	8,7	8,7	8,8
Euroraum	10,9	10,1	9,7	10,0	10,0	9,9	9,8	9,8
Bulgarien	9,2	8,1	7,1	7,6	7,5	7,3	7,2	7,1
Tschechische Republik	5,1	4,2	4,1	4,1	3,9	3,9	3,8	3,7
Dänemark	6,2	6,1	5,9	6,3	6,3	6,5	6,5	6,5
Kroatien	16,3	13,4	11,7	12,4	11,9	11,5	11,5	11,4
Ungarn	6,8	5,1	4,7	5,0	5,0	4,8	4,6	..
Polen	7,5	6,2	5,6	6,2	6,2	6,2	6,1	6,0
Rumänien	6,8	6,5	6,4	6,0	5,8	5,8	5,8	5,7
Schweden	7,4	6,8	6,4	7,0	7,2	6,7	6,9	6,8
Vereinigtes Königreich	5,3	4,9	5,2	4,8	4,7	4,8	..	..
EU	9,4	8,6	8,3	8,5	8,5	8,4	8,4	8,3
Türkei	10,3	10,7	11,2	11,1	11,4	11,4	..	..
USA	5,3	4,9	4,7	4,9	4,9	5,0	4,9	4,6
Japan	3,4	3,2	3,2	3,0	3,1	3,0	3,0	3,1
Schweiz	3,3	4,6	4,5	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
Russland	5,6	5,7	5,7	5,3	5,2	5,2	5,4	5,4
Brasilien	8,3	11,2	11,5	11,6	11,8	11,8	11,8	11,9
China	4,1	4,1	4,1	x	x	4,0	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose November 2016; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2016.

Leistungsbilanzsalden

						Prognose[1)]		
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in % des BIP							
Belgien	0,2	1,5	1,1	-0,1	0,2	0,6	0,6	0,6
Deutschland	6,2	7,1	6,9	7,5	8,5	9,0	8,7	8,5
Estland	1,5	-1,9	-0,2	1,0	2,1	1,8	1,6	1,5
Irland	-1,6	-2,6	2,1	1,7	10,2	7,9	7,8	7,4
Griechenland	-10,3	-4,2	-2,2	-2,6	0,0	0,0	0,2	0,3
Spanien	-3,3	-0,5	1,5	1,0	1,3	1,7	1,5	1,5
Frankreich	-2,2	-2,9	-2,9	-3,2	-2,0	-2,1	-2,3	-2,6
Italien	-3,0	-0,4	1,0	1,9	1,6	2,8	2,5	2,1
Zypern	-4,1	-5,9	-4,9	-4,4	-3,0	-2,8	-3,3	-3,4
Lettland	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-0,8	0,0	-1,2	-1,9
Litauen	-3,8	-1,0	1,4	3,8	-2,2	0,1	-1,2	-0,7
Luxemburg	6,1	5,9	5,6	5,1	5,2	5,6	5,6	5,8
Malta	-0,2	1,4	2,8	7,1	2,6	2,0	1,7	3,7
Niederlande	8,9	10,2	10,2	8,5	8,5	8,5	8,0	7,7
Österreich	1,9	1,7	1,6	2,6	2,5	2,8	2,9	3,3
Portugal	-5,5	-2,0	0,7	-0,3	-0,3	0,5	0,8	1,2
Slowenien	-0,1	2,1	3,6	6,2	5,4	7,4	7,0	6,4
Slowakische Republik	-5,5	0,4	1,5	0,6	0,2	0,6	0,1	0,6
Finnland	-1,5	-1,9	-1,9	-1,3	-0,9	-0,8	-0,9	-0,7
Euroraum	0,6	1,9	2,4	2,6	3,3	3,7	3,5	3,3
Bulgarien	0,4	-0,9	1,2	0,0	0,4	2,0	1,0	0,6
Tschechische Republik	-4,6	-2,2	-1,1	-1,2	-1,2	-0,8	-0,7	-0,7
Dänemark	5,7	5,7	7,1	7,7	7,0	6,5	6,4	6,3
Kroatien	-0,6	0,5	1,6	1,1	5,3	3,0	2,4	1,8
Ungarn	0,9	1,8	3,8	2,0	3,1	4,1	3,1	4,1
Polen	-4,7	-3,3	-0,5	-1,1	0,9	0,8	0,2	-0,1
Rumänien	-4,4	-4,3	-0,6	0,0	-1,1	-2,2	-2,6	-2,8
Schweden	5,3	5,7	5,1	4,8	5,4	5,0	4,9	5,0
Vereinigtes Königreich	-1,8	-3,7	-4,4	-4,7	-5,4	-5,6	-4,9	-3,3
EU	0,2	0,9	1,4	1,4	1,8	2,1	2,1	2,2
Türkei	-9,6	-6,1	-7,7	-5,5	-4,5	-4,9	-5,4	-5,7
USA	-3,1	-2,9	-2,3	-2,3	-2,7	-2,5	-2,6	-2,7
Japan	2,1	1,1	0,7	0,5	3,2	3,7	3,7	3,8
Schweiz	8,2	11,0	12,4	9,8	11,7	12,4	12,6	12,9
Russland	0,0	0,0	1,6	3,2	5,5	5,0	5,6	5,9
Brasilien	-2,9	-3,0	-3,0	-4,3	-3,3	-0,8	-1,3	..
China	0,0	0,0	1,5	2,6	3,0	3,0	2,6	2,3
Indien	-4,3	-4,8	-1,7	-1,3	-1,1	-1,4	-2,0	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose November 2016; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2016.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
			Prognose[1)]				Prognose[1)]	
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
	in % des BIP							
Belgien	-2,5	-3,0	-2,3	-2,4	105,8	107,0	107,1	106,5
Deutschland	0,7	0,6	0,4	0,3	71,2	68,2	65,7	63,1
Estland	0,1	0,5	-0,4	-0,2	10,1	9,4	9,5	9,4
Irland	-1,9	-0,9	-0,5	-0,4	78,6	75,4	73,6	71,9
Griechenland	-7,5	-2,5	-1,0	0,9	177,4	181,6	179,1	172,4
Spanien	-5,1	-4,6	-3,8	-3,2	99,8	99,5	99,9	100,0
Frankreich	-3,5	-3,3	-2,9	-3,1	96,2	96,4	96,8	97,1
Italien	-2,6	-2,4	-2,4	-2,5	132,3	133,0	133,1	133,1
Zypern	-1,1	-0,3	-0,4	0,0	107,5	107,1	103,7	100,6
Lettland	-1,3	-0,8	-1,1	-1,2	36,3	40,0	37,2	36,0
Litauen	-0,2	-0,5	-0,6	-0,5	42,7	40,8	43,3	40,2
Luxemburg	1,6	1,3	0,0	0,1	22,1	23,2	23,3	23,5
Malta	-1,4	-0,7	-0,6	-0,6	64,0	62,1	59,9	57,2
Niederlande	-1,9	-0,8	-0,3	-0,1	65,1	63,0	61,3	59,3
Österreich	-1,0	-1,5	-1,3	-1,1	85,5	83,5	81,1	79,3
Portugal	-4,4	-2,7	-2,2	-2,4	129,0	130,3	129,6	127,8
Slowenien	-2,7	-2,4	-2,0	-1,5	83,2	80,2	78,3	76,6
Slowakische Republik	-2,7	-2,2	-1,5	-0,5	52,5	53,3	52,8	51,5
Finnland	-2,8	-2,4	-2,5	-2,0	63,6	65,4	67,1	68,1
Euroraum	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5	92,6	91,6	90,6	89,4
Bulgarien	-1,7	-0,8	-0,8	-0,7	26,0	29,4	26,3	25,9
Tschechische Republik	-0,6	-0,2	-0,6	-0,7	40,3	39,7	39,1	38,5
Dänemark	-1,7	-0,9	-2,0	-1,4	40,4	38,9	38,4	38,2
Kroatien	-3,3	-2,1	-1,8	-1,4	86,7	85,0	84,3	82,8
Ungarn	-1,6	-1,5	-2,3	-2,3	74,7	73,4	72,5	71,8
Polen	-2,6	-2,4	-3,0	-3,1	51,1	53,4	55,0	55,5
Rumänien	-0,8	-2,8	-3,2	-3,2	37,9	38,9	40,2	41,5
Schweden	0,2	0,0	-0,1	0,1	43,9	41,6	39,9	38,2
Vereinigtes Königreich	-4,3	-3,5	-2,8	-2,4	89,1	89,2	88,9	87,5
EU	-2,4	-2,0	-1,7	-1,6	86,6	86,0	85,1	83,9
Türkei	-1,0	-2,5	-2,0	-1,7	32,9	32,9	32,6	32,2
USA	-4,4	-4,6	-4,2	-4,0	105,2	108,1	108,5	108,4
Japan	-5,3	-5,0	-5,1	-5,0	248,3	250,7	254,7	257,7
Schweiz	-0,6	-0,4	0,0	0,2	35,3	35,4	34,9	34,0
Russland	-1,3	-2,3	-2,1	-1,6	18,7	21,4	23,3	24,5
Brasilien	-10,3	-10,4	-9,1	..	73,7	78,3	82,4	..
China	-2,7	-3,0	-3,3	..	42,9	46,3	49,9	..
Indien	-6,9	-6,7	-6,6	..	69,1	68,5	67,2	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose November 2016; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2016.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB				WIFO			IHS			OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2016				Dezember 2016			Dezember 2016			November 2016			Oktober 2016		November 2016		
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2016	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,3	1,4	1,2	1,5	1,6	1,6
Privater Konsum, real	1,1	1,1	1,1	1,1	1,5	1,2	1,1	1,5	1,1	0,9	1,1	1,1	0,9	x	x	1,3	1,2	1,1
Öffentlicher Konsum, real	1,5	0,9	1,3	1,1	1,8	1,0	0,6	1,8	0,8	0,5	1,8	0,5	0,8	x	x	1,2	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,6	1,8	1,5	1,6	3,7	2,6	2,0	3,6	2,4	2,3	3,8	3,4	3,0	x	x	3,1	2,3	1,7
Exporte, real	2,3	3,5	3,9	4,1	2,8	3,0	3,1	2,4	3,1	3,2	1,8	3,1	3,6	2,6	1,3	2,7	2,9	3,2
Importe, real	3,8	3,1	3,6	3,6	3,7	2,8	2,9	3,5	3,4	2,9	3,6	3,8	3,9	2,8	1,6	3,3	2,7	2,5
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,1	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	-0,1	0,3	0,5	0,3	-0,1	0,0	x	x	0,7	0,8	0,7
BIP Deflator	1,3	1,4	1,6	1,7	1,5	1,4	1,6	1,6	1,4	1,7	1,4	1,9	2,2	1,5	1,4	1,9	1,7	1,7
VPI	x	x	x	x	0,9	1,7	1,7	0,9	1,8	1,8	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	0,9	1,5	1,7	1,8	0,9	1,7	1,7	1,0	1,9	1,8	0,9	1,7	1,8	0,9	1,5	1,0	1,8	1,6
Lohnstückkosten	1,1	0,8	1,1	1,1	1,2	1,3	1,5	1,4	1,1	1,3	1,3	1,7	1,3	x	x	0,8	0,8	0,9
Beschäftigte	1,3	0,9	0,8	0,8	1,5	1,2	1,0	1,5	1,1	1,0	1,8	1,6	1,3	1,1	0,7	0,8	0,8	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition																	
Arbeitslosenquote	6,1	6,3	6,3	6,2	6,1	6,2	6,2	6,1	6,3	6,3	6,3	6,6	6,6	6,2	6,4	5,9	6,1	6,1
	in % des nominellen BIP																	
Leistungsbilanz	2,1	2,5	2,7	3,0	2,4	2,3	2,3	x	x	x	2,7	2,2	2,2	2,6	2,7	2,8	2,9	3,3
Finanzierungssaldo des Staates	-1,6	-1,2	-0,9	-0,6	-1,6	-1,5	-1,1	-1,6	-1,4	-1,0	-1,5	-1,0	-0,6	-1,6	-1,5	-1,5	-1,3	-1,1
	Prognoseannahmen																	
Erdölpreis in USD/Barrel	43,1	49,3	52,6	54,6	45,0	57,0	59,0	45,0	57,0	60,0	42,9	45,0	45,0	43,0	50,6	45,2	54,7	56,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	-0,3	-0,3	0,1	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3
USD/EUR	1,11	1,09	1,09	1,09	1,11	1,10	1,10	1,11	1,06	1,06	1,11	1,09	1,09	1,12	1,13	1,11	1,10	1,10
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real Euroraum	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5	1,7	1,5	1,6	1,7	1,6	1,7	1,7	1,5	1,7	1,5	1,7
BIP, real USA	1,5	2,0	2,0	2,0	1,5	2,2	2,1	1,6	2,3	2,5	1,5	2,3	3,0	1,6	2,2	1,6	2,1	1,9
BIP, real Welt	2,9	3,3	3,4	3,5	x	x	x	2,9	3,2	3,4	2,9	3,3	3,6	3,1	3,4	3,0	3,4	3,5
Welthandel	1,5	3,2	3,9	4,0	x	x	x	1,0	2,8	3,3	1,9	2,9	3,2	2,3	3,8	1,9	3,2	3,6

1) WIFO - Stundenproduktivität.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

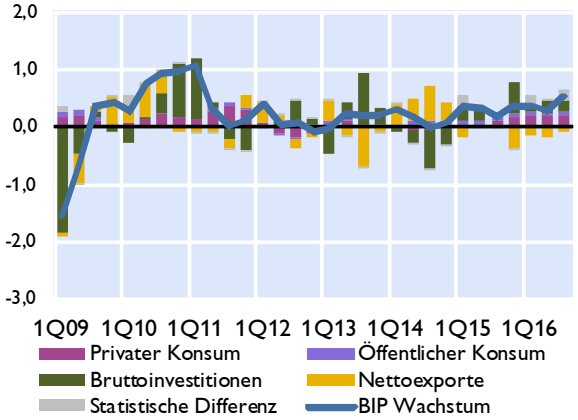
	2015	2016	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2	2016 Q3	2016 Q4	2016 Sep.	2016 Okt.	2016 Nov.	2016 Dez.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	0,8	..	0,7	1,0	0,6	0,8	..	1,1	1,4	1,5	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,7	..	1,7	1,9	1,4	1,3	..	1,4	1,5	1,7	..
Nationaler VPI	0,9	..	0,8	1,0	0,6	0,7	..	0,9	1,3	1,3	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	1,4	..	1,1	1,2	1,0	1,3	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,9	..	1,6	1,6	1,1	1,2	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,5	..	-2,0	-2,8	-2,8	-1,8	..	-1,4	-0,6	-0,2	..
Großhandelspreisindex	-3,5	-2,3	-5,5	-4,2	-4,1	-2,3	1,3	-1,5	-0,1	-0,2	4,3
Tariflohnindex	2,2	1,6	2,1	2,0	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
BIP je Erwerbstätigen	2,1	..	2,0	2,3	1,3	1,1	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	1,4	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,2	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,9	..	0,4	0,4	0,3	0,5	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,0	..	0,3	0,3	0,3	0,4	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,8	..	0,4	0,4	0,3	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	..	0,8	1,3	1,2	0,7	..	x	x	x	x
Exporte	3,6	..	0,6	0,3	0,6	0,2	..	x	x	x	x
Importe	3,0	..	1,4	0,7	1,0	0,3	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,0	..	1,1	1,6	1,2	1,2	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,7	..	1,1	1,6	2,0	1,5	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,2	..	-1,3	0,1	-1,2	-0,1	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,1	..	1,3	0,0	0,4	-0,2	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	2,7	..	2,9	1,2	2,7	-2,3	..	-1,3	-4,2	..	..
Importe	2,8	..	5,0	1,4	3,3	-1,8	..	-3,6	-1,4	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	11,5	..	1,6	6,2	1,6	2,2	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	8,2	..	1,6	5,4	0,4	1,4	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,3	..	0,7	5,2	0,4	0,9	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,8	..	0,8	6,2	0,5	1,0	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	96,5	100,2	99,1	97,9	99,0	99,7	104,3	100,6	103,2	104,6	105,1
Industrievertrauen (%-Saldo)	-7,0	-5,5	-4,5	-7,8	-7,8	-5,3	-1,2	-3,4	-2,3	0,5	-1,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	2,0	..	2,4	1,7	1,6	1,7	..	2,6	0,1	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,0	84,3	83,4	85,0	84,0	83,2	85,1	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-14,9	-4,0	-12,0	-6,9	-5,5	-4,5	1,0	0,8	1,9	0,6	0,6
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,1	14,0	13,6	13,0	13,7	11,9	17,5	11,8	16,0	17,3	19,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-12,4	-10,2	-15,2	-13,5	-11,3	-9,1	-7,0	-10,6	-9,0	-8,6	-3,5
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,8	-2,0	-5,2	-5,8	-1,2	-1,1	-0,1	1,1	-1,6	1,3	0,1
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	..	8,3	0,9	1,4	0,9	..	0,3	-1,1	1,6	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,9	1,5	1,2	1,4	2,0	1,3	1,6	1,5	1,7	1,8	1,5
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,0	0,8	7,8	2,9	0,6	0,5	-0,8	0,3	0,4	-1,0	-1,7
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	9,1	9,5	10,2	8,6	8,2	9,3	8,1	8,6	9,0	10,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,7	..	5,9	6,0	6,1	6,1	..	6,0	5,8	5,8	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,4	..	4,3	4,5	5,9	5,4	..	6,4	4,4	5,6	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	5,4	5,3	5,4	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,1	..	2,1	1,4	3,6	4,3	..	4,3	..	..	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,0	-0,3	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,8	0,4	0,8	0,6	0,4	0,1	0,4	0,1	0,2	0,5	0,5
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.428	2.299	2.406	2.184	2.229	2.269	2.512	2.374	2.443	2.485	2.606
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-1,2	-1,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-1,0	-1,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	85,5	83,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

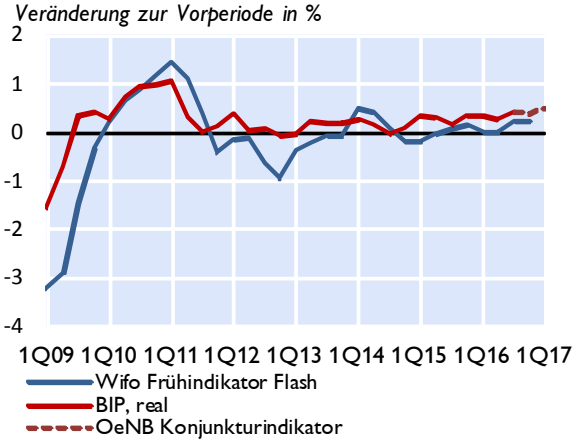
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



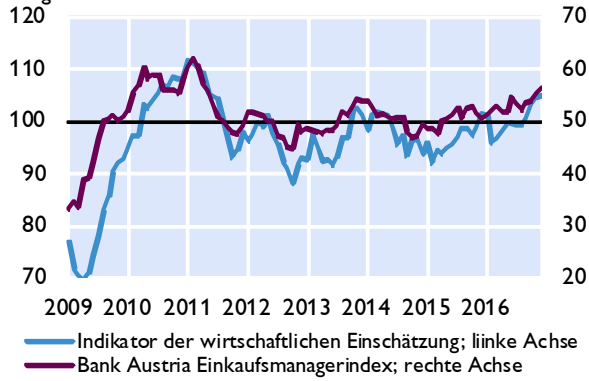
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



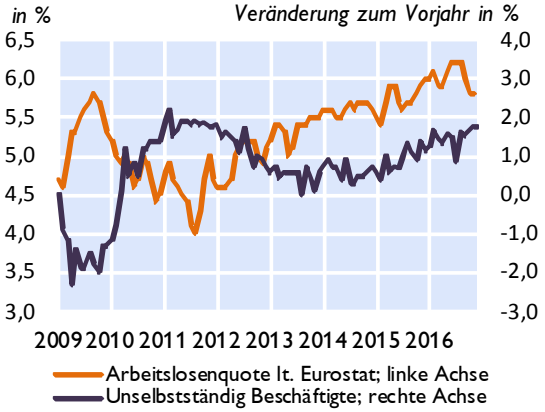
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2013	2014	2015	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16	3Q16
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	6,3	7,9	6,3	1,1	0,7	5,2	0,4	0,9
Güter	-1,0	1,0	1,5	0,0	-0,4	0,4	0,9	0,4
Dienstleistungen	10,2	9,4	10,0	1,9	2,0	5,8	0,7	1,8
Primäreinkommen	1,0	0,7	-1,9	-0,5	-0,3	-0,1	-0,4	-0,5
Sekundäreinkommen	-3,9	-3,3	-3,4	-0,4	-0,6	-1,0	-0,8	-0,8
Vermögensübertragungen	-0,5	-0,4	-1,7	-1,6	-0,2	-0,3	-0,6	0,0
Kapitalbilanz	10,9	2,6	5,3	2,6	1,1	6,7	-0,6	3,1
Direktinvestitionen	7,9	-2,0	6,5	2,5	1,8	3,8	-2,7	2,1
Portfolioinvestitionen	-2,2	12,5	13,4	4,9	2,7	-0,4	9,2	10,0
Finanzderivate	-3,8	-1,4	-0,5	-1,0	-1,4	0,1	-0,5	-0,2
Sonstige Investiitionen	8,6	-8,6	-13,8	-3,6	-1,9	2,7	-7,4	-8,7
Währungsreserven[3)]	0,4	2,1	-0,3	-0,2	-0,1	0,5	0,8	-0,1
Statistische Differenz	5,1	-4,9	0,7	3,1	0,5	1,8	-0,3	2,1
Leistungsbilanz in % des BIP	2,0	2,4	1,8	1,2	0,8	6,2	0,5	1,0

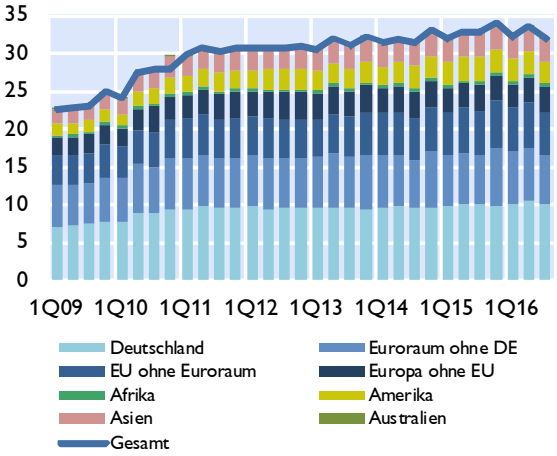
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in%	
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
2015	131.538	133.529	-1.991	2,7	2,8
Jän.-Okt. 15	109.148	110.972	-1.824	2,1	1,7
Jän.-Okt. 16	109.162	111.735	-2.573	0,0	0,7
Mai 16	10.557	10.640	-83	3,9	5,1
Juni 16	11.782	11.658	125	1,6	3,2
Juli 16	10.656	10.805	-149	-8,5	-7,5
Aug. 16	9.927	10.713	-785	3,9	7,2
Sep. 16	11.489	11.580	-91	-1,3	-3,6
Okt. 16	11.102	11.566	-465	-4,2	-1,4

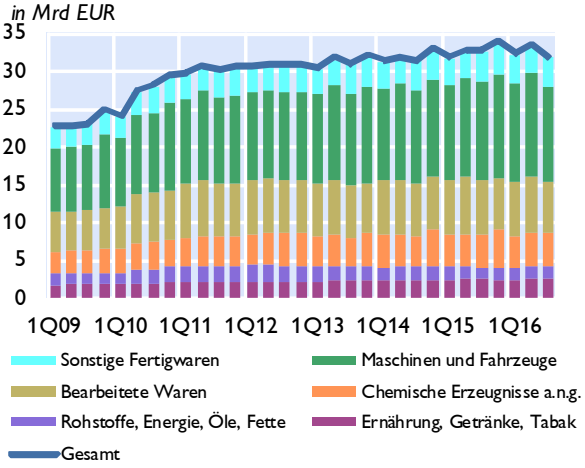
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

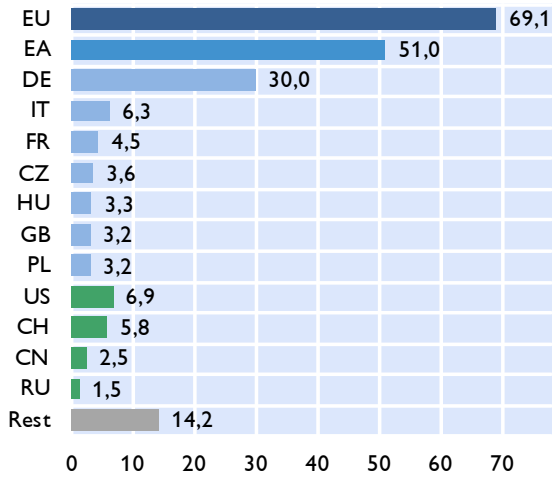
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2015

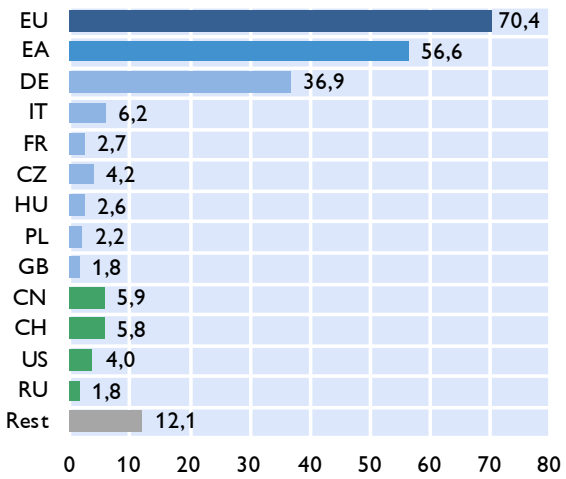
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



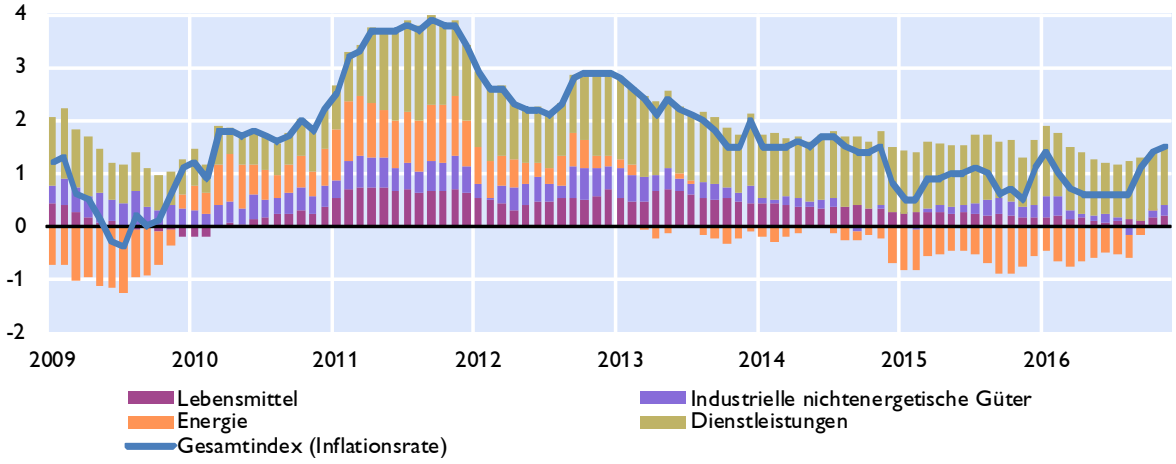
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2016	2014	2015	Jul.16	Aug.16	Sep.16	Okt.16	Nov.16
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	0,8	0,6	0,6	1,1	1,4	1,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,3	1,8	0,8	0,5	0,8	0,4	1,1	1,1
Alkoholische Getränke und Tabak	3,7	3,9	3,2	0,7	1,3	1,2	1,2	1,6
Bekleidung und Schuhe	7,2	-0,9	0,1	1,8	-2,7	-0,2	0,4	1,3
Wohnung, Wasser, Energie	14,1	1,7	1,2	0,7	1,1	1,3	1,6	1,6
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,0	1,3	0,9	1,2	1,0	1,6	1,3
Gesundheitspflege	5,2	2,4	1,8	2,1	2,2	2,3	1,9	1,8
Verkehr	14,4	-0,7	-3,5	-2,8	-2,9	-0,9	0,1	0,3
Nachrichtenübermittlung	2,1	6,3	0,6	-6,5	-0,6	-0,8	-0,8	-0,8
Freizeit und Kultur	11,0	1,6	1,7	0,6	1,0	1,5	0,9	1,2
Bildungswesen	1,1	2,7	2,5	1,2	1,1	1,5	1,3	1,3
Hotels, Cafes und Restaurants	15,1	2,9	2,9	3,4	3,3	3,4	3,5	3,6
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,2	1,2	1,8	1,4	1,4	1,4	1,4	1,0

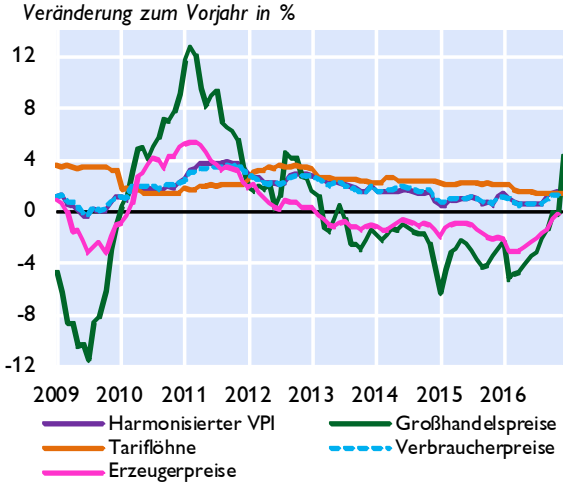
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2015	2016[1)]	2017[1)]	2018[1)]
Stunden-produktivität	1,6	0,8	0,8	0,8
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,4	1,6	1,8
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	-2,7	1,2	-0,3	-0,2
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	1,7	1,2	1,3	1,5
Sachgüter-erzeugung	1,2	1,0	0,2	0,1

1) WIFO-Prognose Dezember 2016.
2) Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2013	2014	2015	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16	3Q16
Gesamt	**132.629**	**131.901**	**135.201**	**45.355**	**45.355**	**47.608**	**23.162**	**48.016**
Inländer	35.755	35.668	36.423	12.564	12.564	9.194	8.372	13.435
Ausländer	96.874	96.233	98.778	32.792	32.792	38.415	14.790	34.581
darunter								
Deutschland	50.823	49.491	50.169	17.065	17.065	19.581	7.490	18.243
Osteuropa	10.544	10.669	10.423	2.354	2.354	4.831	1.465	2.570
Niederlande	9.140	9.007	9.172	2.950	2.950	4.746	742	3.197
Schweiz	4.577	4.640	4.911	1.570	1.570	1.636	849	1.595
Vereinigtes Königreich	3.345	3.365	3.549	847	847	1.672	615	857
Italien	2.778	2.777	2.927	1.406	1.406	494	411	1.374
Belgien	2.606	2.649	2.603	928	928	1.204	307	997
Frankreich	1.808	1.776	1.752	715	715	483	314	714
Dänemark	1.449	1.436	1.478	361	361	958	85	394
USA	1.367	1.490	1.675	634	634	257	458	583
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**1,2**	**-0,5**	**2,5**	**4,6**	**104,0**	**9,2**	**-4,6**	**5,9**
Inländer	-0,6	-0,2	2,1	4,3	88,2	3,4	3,1	6,9
Ausländer	1,9	-0,7	2,6	4,7	110,7	10,7	-8,4	5,5

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16	3Q16
Deutschland	7.489	7.486	7.798	2.292	1.381	3.139	1.182	2.384
Niederlande	1.068	1.079	1.155	296	169	671	84	314
Schweiz	853	958	1.061	279	212	488	168	320
Italien	584	694	739	247	174	180	162	275
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.212	2.359	2.244	509	499	904	394	581
Restl. Europa	1.990	2.025	2.101	503	331	1.063	293	523
Rest der Welt	1.041	1.075	1.323	480	271	296	307	486
Gesamt	**15.237**	**15.676**	**16.421**	**4.606**	**3.037**	**6.741**	**2.590**	**4.883**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2013	2014	2015	3Q15	4Q15	1Q16	2Q16	3Q16
Deutschland	2.036	2.049	2.062	669	391	434	631	649
Italien	1.193	1.324	1.283	661	159	137	404	702
Kroatien	618	677	691	496	37	31	175	553
Europäische Mittelmeerländer[1)]	909	982	1.014	473	130	116	262	456
Restl. Europa	1.993	2.041	2.022	701	407	337	537	786
Rest der Welt	988	1.076	1.133	283	362	298	186	312
Gesamt	**7.737**	**8.149**	**8.205**	**3.283**	**1.486**	**1.353**	**2.195**	**3.458**

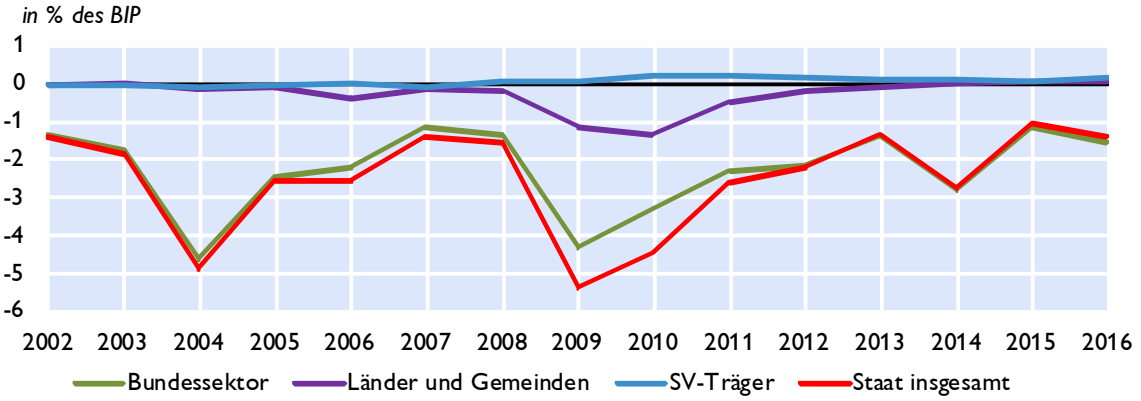
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	-6,9	-0,7	0,5	-7,0	-2,2	-0,2	0,2	-2,2
2013	-4,6	-0,2	0,4	-4,4	-1,4	-0,1	0,1	-1,4
2014	-9,3	0,0	0,3	-9,1	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015	-4,0	0,2	0,3	-3,5	-1,2	0,1	0,1	-1,0
2016[1)]	-5,5	0,2	0,5	-4,9	-1,6	0,0	0,1	-1,4

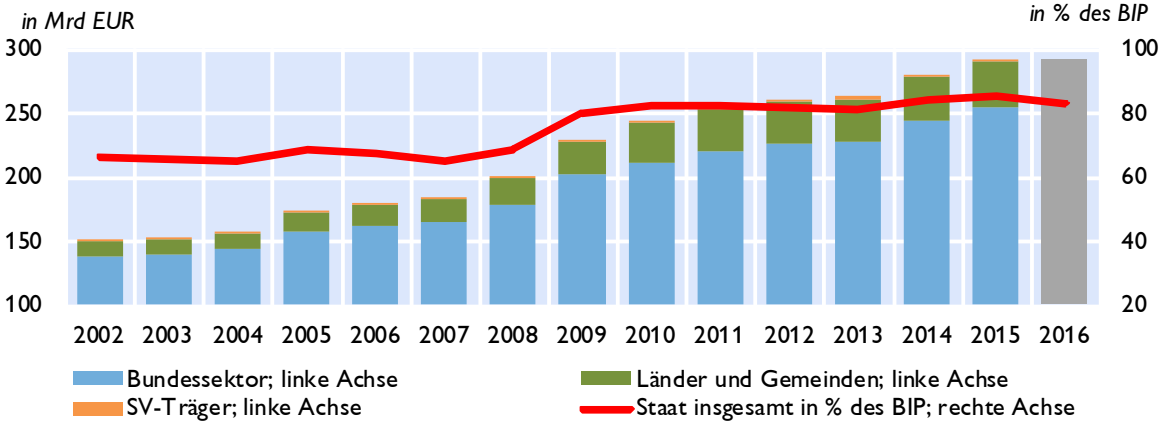
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2012	225,1	33,2	1,8	260,1	71,0	10,5	0,6	82,0
2013	227,9	32,7	1,7	262,3	70,7	10,1	0,5	81,3
2014	244,2	33,4	1,3	278,9	73,9	10,1	0,4	84,4
2015	254,7	34,4	1,7	290,8	74,9	10,1	0,5	85,5
2016[1)]	x	x	x	293,1	x	x	x	83,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) Prognose (BMF).

Quelle: Statistik Austria, BMF (Oktober 2016).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

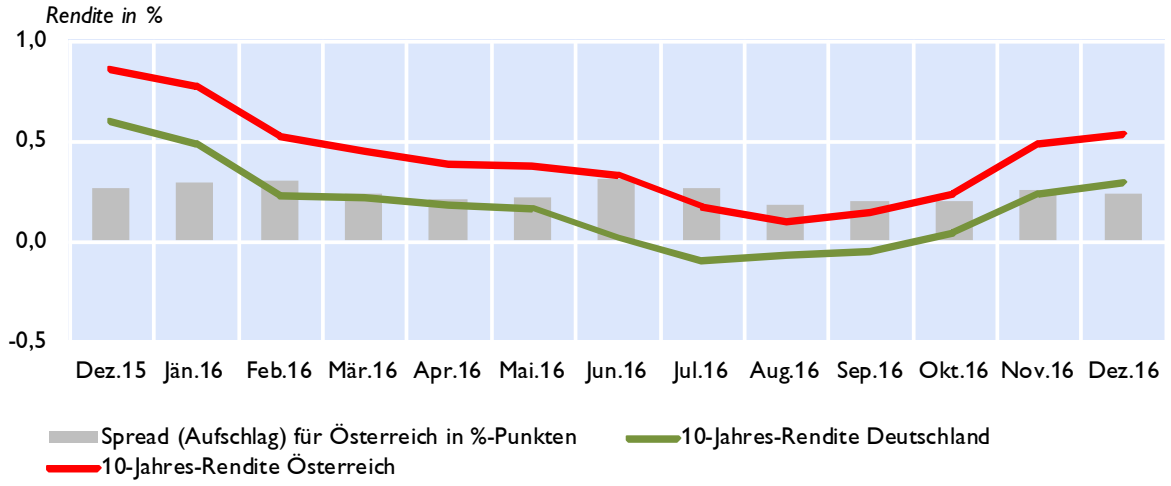
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis November		BRA	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	67.538	68.191	74.589	76.452	2,5
Einzahlungen	65.016	64.492	72.728	71.828	-1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-2.523**	**-3.699**	**-1.861**	**-4.624**	**148,5**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis November		BRA	Voranschlag	*Veränderung*
	2015	2016	2015	2016	*2016/2015*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	38.612	36.795	42.797	39.908	-6,7
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	3.489	3.733	3.617	4.150	14,7
Körperschaftsteuer	6.256	7.370	6.320	6.300	-0,3
Lohnsteuer	24.533	22.167	27.272	24.800	-9,1
Kapitalertragsteuern	2.694	1.891	3.863	3.000	-22,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	35.124	36.457	38.900	41.307	6,2
davon: Umsatzsteuer	23.722	24.672	26.013	28.200	8,4
Öffentliche Abgaben brutto	**74.429**	**73.957**	**82.427**	**81.850**	**-0,7**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	26.643	27.328	29.603	29.472	-0,4
Überweisungen an die Europäische Union	2.353	2.133	2.452	3.000	22,3
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**45.433**	**44.496**	**50.372**	**49.378**	**-2,0**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

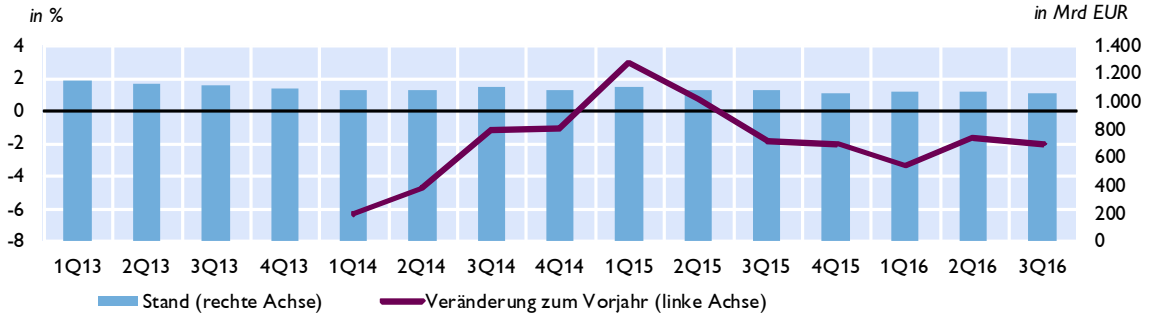
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	3. Quartal 2016	4. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	58.745	58.639	106	0,2
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	632.255	734.897	-102.642	-14,0
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	*95.276*	*112.116*	*-16.840*	*-15,0*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	*536.979*	*622.781*	*-85.802*	*-13,8*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	153.305	171.108	-17.803	-10,4
hiev. Schuldverschreibungen	*144.554*	*161.865*	*-17.311*	*-10,7*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	*8.751*	*9.243*	*-492*	*-5,3*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	32.792	33.893	-1.102	-3,3
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	18.903	19.965	-1.062	-5,3
Materielle Vermögenswerte	139.966	15.943	124.023	777,9
Immaterielle Vermögenswerte	2.629	3.011	-382	-12,7
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	15.991	18.620	-2.629	-14,1
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.054.584**	**1.056.075**	**-1.491**	**-0,1**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	9.087	16.423	-7.336	-44,7
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	113.088	129.211	-16.123	-12,5
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	520.579	575.113	-54.533	-9,5
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	137.715	165.583	-27.868	-16,8
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	24.721	26.208	-1.486	-5,7
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	814	870	-56	-6,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.661	21.738	923	4,2
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	107.058	5.216	101.842	1.952,6
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	21.355	24.373	-3.018	-12,4
Rueckstellungen	12.723	13.086	-363	-2,8
Eigenkapital und Fremdanteile	84.782	78.256	6.527	8,3
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	*-4.308*	*-4.562*	*255*	*5,6*
hievon Fremdanteile	*9.819*	*10.231*	*-412*	*-4,0*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**1.054.584**	**1.056.075**	**-1.491**	**-0,1**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	20.846	18.129	2.716	15,0

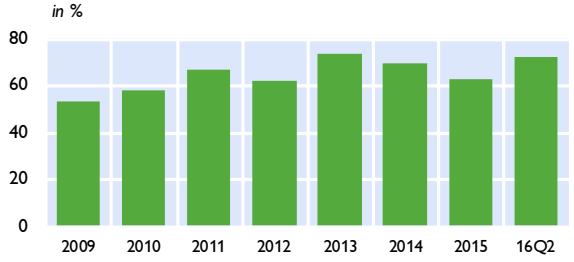
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

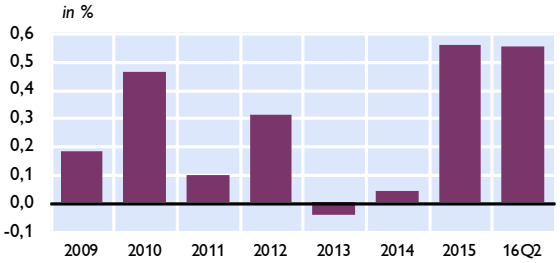
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB.

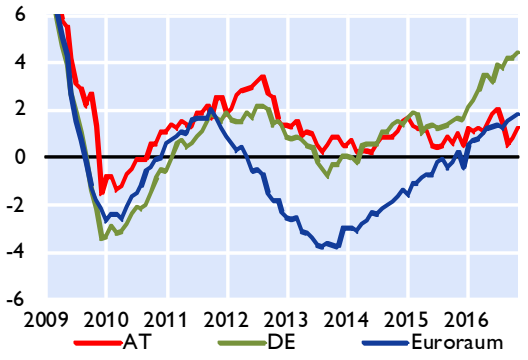
Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.

Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

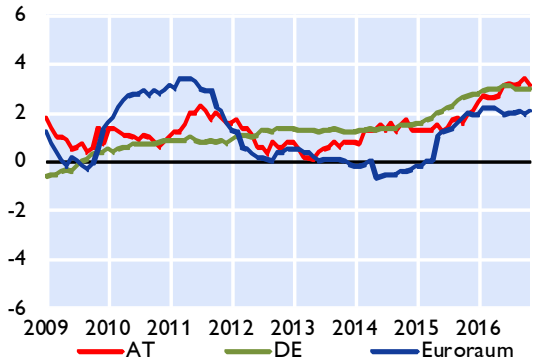
Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.207	1,3	-0,3	137	4.292	1,5	-1,4
2015	146	5.314	2,1	1,9	137	4.265	0,5	-0,4
Feb.16	146	5.319	2,7	2,2	137	4.303	1,1	0,7
Mär.16	147	5.329	2,6	2,2	138	4.290	1,2	0,8
Apr.16	146	5.336	2,6	2,2	136	4.294	1,1	1,0
Mai.16	147	5.339	2,7	2,1	137	4.309	1,4	1,2
Jun.16	148	5.352	3,1	1,9	137	4.311	1,8	1,3
Jul.16	148	5.358	3,2	2,0	138	4.312	2,0	1,4
Aug.16	149	5.365	3,1	2,0	137	4.287	1,4	1,2
Sep.16	150	5.384	3,2	2,1	137	4.285	0,5	1,5
Okt.16	153	5.393	3,4	1,9	136	4.298	0,8	1,7
Nov.16	153	5.417	3,1	2,1	138	4.324	1,2	1,8

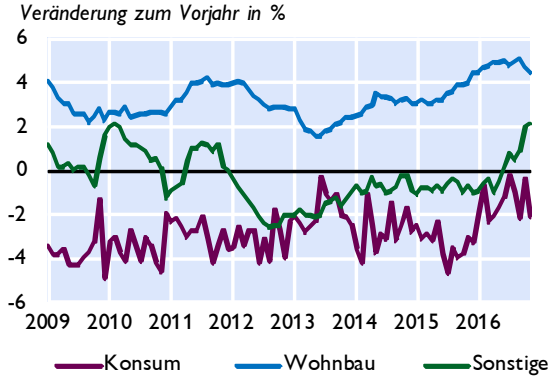
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen
Veränderung zum Vorjahr in %



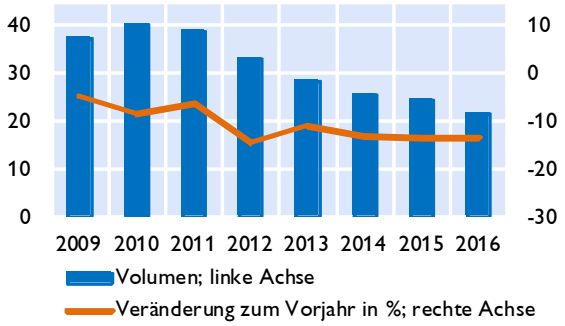
Kredite an private Haushalte
Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich
in Mrd EUR *in %*



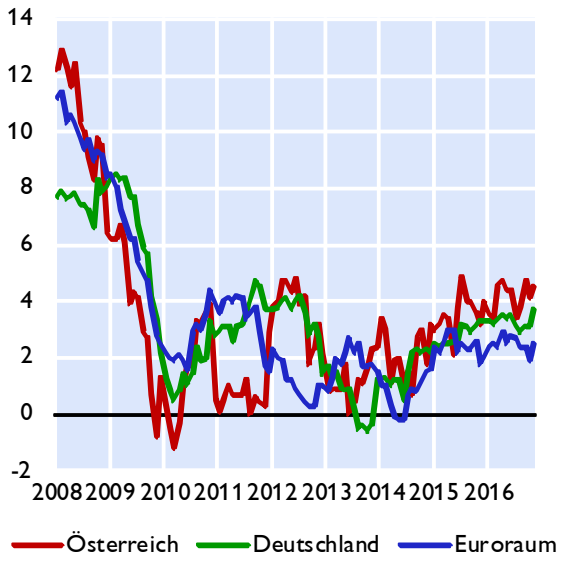
Quelle: OeNB.

Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

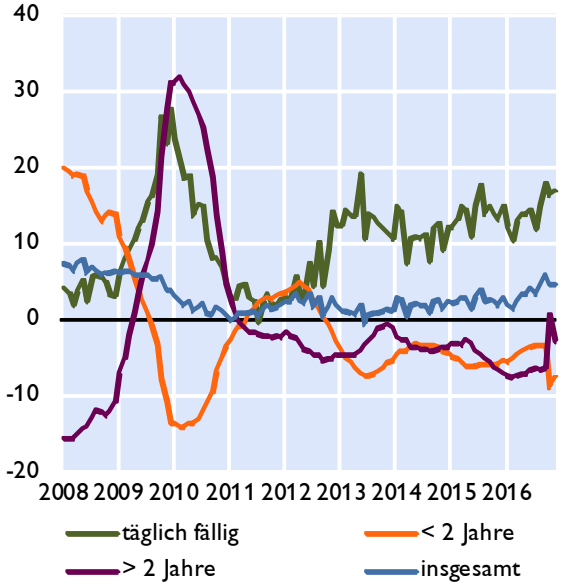
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



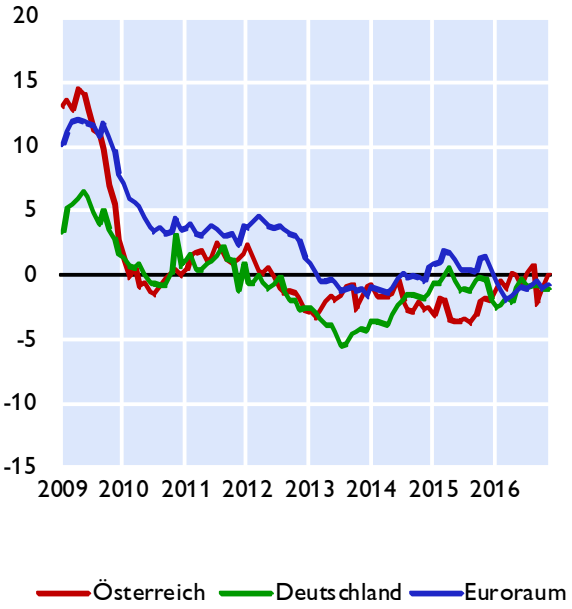
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



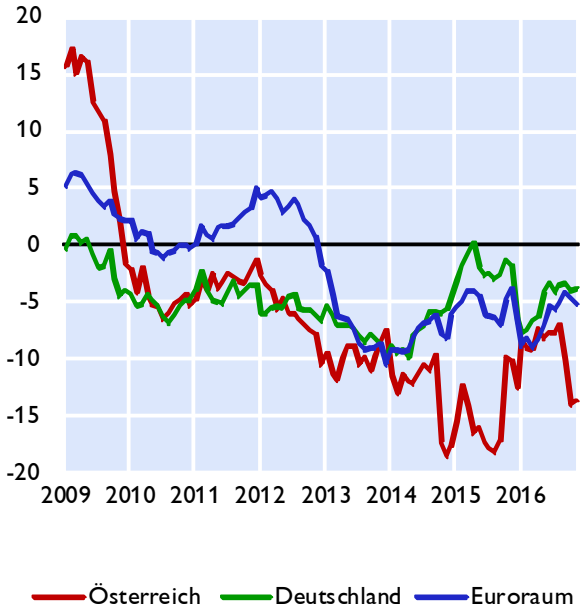
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

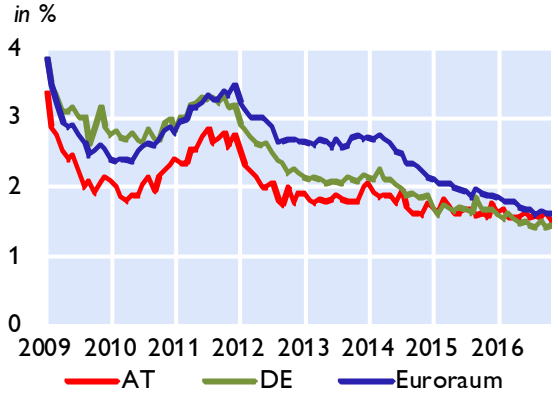


Quelle: OeNB, EZB

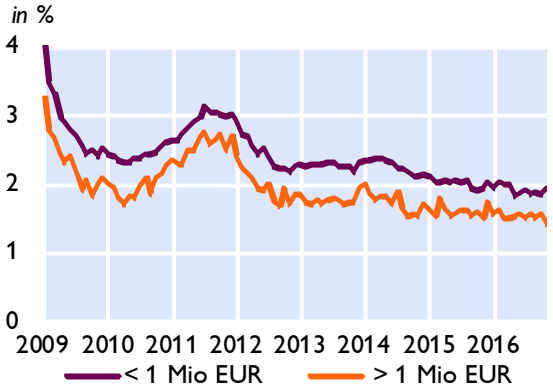
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

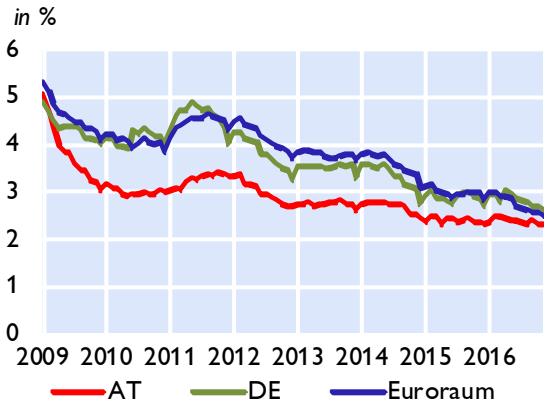


Nach Kredithöhe in Österreich

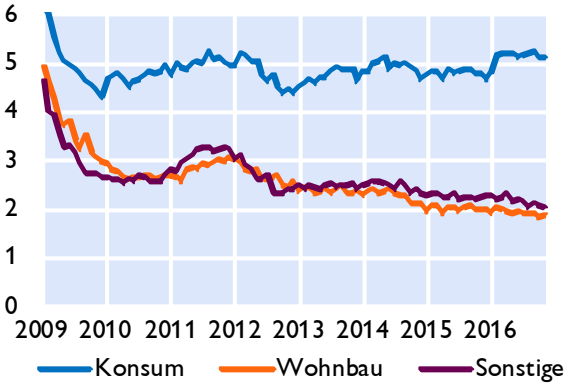


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

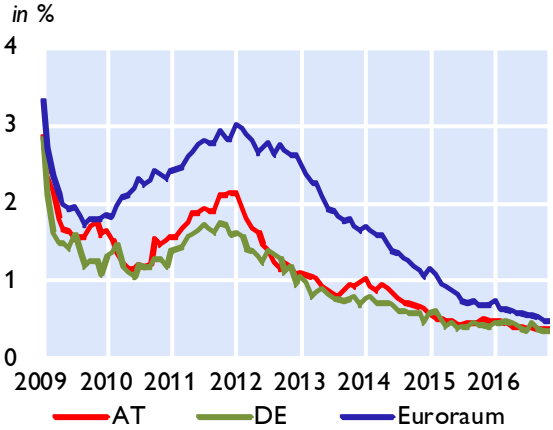


Nach Verwendungszweck in Österreich

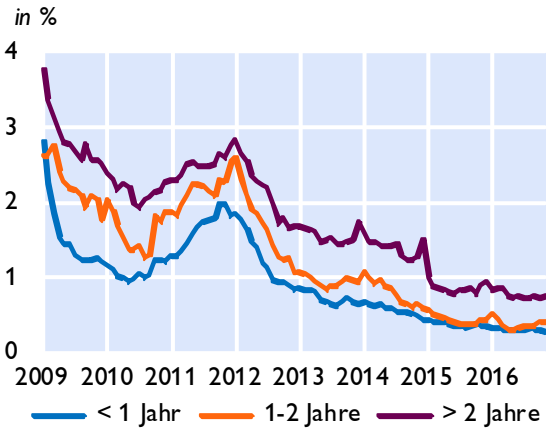


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



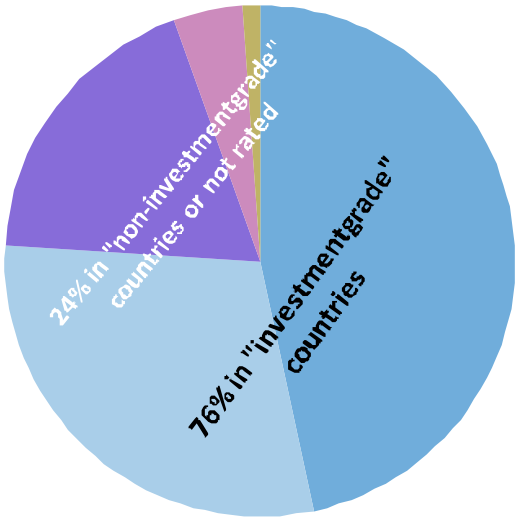
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	3. Quartal 2016	3. Quartal 2015	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			in %
Zinsergebnis	**10.982**	**13.836**	**-2.854**	**-20,6**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*18.017*	*25.130*	*-7.113*	*-28,3*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*7.035*	*11.294*	*-4.259*	*-37,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	324	447	-123	-27,5
Provisionsergebnis	**4.840**	**5.687**	**-847**	**-14,9**
Provisionserträge	*6.627*	*7.855*	*-1.228*	*-15,6*
(Provisionsaufwand)	*1.788*	*2.168*	*-381*	*-17,6*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	538	373	165	44,4
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	132	111	21	18,6
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	168	619	-451	-72,8
Sonstige betriebliche Erträge	1.817	2.103	-286	-13,6
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.039	2.282	-243	-10,6
Betriebserträge, netto	**16.762**	**20.894**	**-4.132**	**-19,8**
(Verwaltungsaufwendungen)	10.629	11.796	-1.167	-9,9
(hv. Personalaufwendungen)	*6.414*	*6.886*	*-472*	*-6,9*
(hv. Sachaufwendungen)	*4.215*	*4.910*	*-695*	*-14,2*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	1.307	0	1.307	-
Betriebsergebnis	**4.825**	**7.995**	**-3.169**	**-39,6**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	527	0	527	-
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	1	0	1	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-48	0	-48	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	0	1.136	-1.136	-100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	707	720	-12	-1,7
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	25	23	2	10,5
Außerordentliches Ergebnis	-16	-1	-16	-2.786,0
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**5.062**	**6.720**	**-1.658**	**-24,7**
(Ertragssteuern)	1.069	1.231	-161	-13,1
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**3.993**	**5.489**	**-1.496**	**-27,3**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	1.126	-218	1.345	615,9
(Minderheitenanteile)[1)]	601	818	-217	-26,5
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**4.518**	**4.453**	**65**	**1,5**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2012	2013	2014	2015	1Q16	2Q16	3Q16
	in Mio EUR						
Tschechiche Republik	47.564	47.001	44.221	48.558	50.372	52.803	55.488
Slowakei	24.535	25.093	26.319	29.261	28.638	28.985	29.676
Rumänien	26.823	25.778	25.896	23.498	23.298	22.882	23.381
Polen	17.933	17.017	16.688	19.121	18.909	18.489	18.577
Kroatien	23.195	22.038	18.878	18.167	17.492	17.382	17.155
Ungarn	19.803	18.109	15.460	14.263	14.283	14.039	14.388
Republik Serbien	5.041	4.865	3.565	4.029	3.960	4.027	4.150
Slowenien	9.588	8.079	5.494	4.716	4.483	4.007	4.245
Bulgarien	4.093	3.626	3.456	3.368	3.346	3.415	3.426
Bosnien Herzgowina	4.261	4.124	3.438	3.238	3.200	3.234	3.220
Türkei	776	929	1.011	889	897	983	935
Republik Montenegro	875	865	392	346	356	367	375
Mazedonien	390	350	306	292	284	275	293
Aserbeidschan	63	144	247	239	242	260	280
Litauen	120	161	144	131	76	73	86
Lettland	137	126	53	77	65	72	99
Estland	60	50	51	14	13	16	12
Andere	24.560	23.411	19.151	16.190	15.412	16.244	16.039
Gesamt	209.818	201.768	184.768	186.397	185.326	187.553	191.826

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Seite 35

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2016	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pensions-kassen*	Private Haushalte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	12.707	12.707	x	x	x	x	x	x	2.171
Bargeld	1.391	3.627	3.622	0	0	5	0	21.796	0	3.821
Täglich fällige Einlagen	45.410	88.437	70.676	5.681	9.569	2.160	351	115.584	4.281	72.995
Sonstige Einlagen	17.621	171.472	162.424	2.606	4.595	1.764	83	115.240	1.860	61.464
Kurzfristige Kredite	33.831	71.378	67.262	2	2.196	1.917	0	968	0	17.745
Langfristige Kredite	89.552	393.277	369.071	13	19.603	4.591	0	693	46	81.742
Handelskredite	47.880	15	0	0	15	0	0	1	1	17.722
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	35	2.636	2.099	487	15	34	1	1.151	5	11.901
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.821	315.858	169.932	85.046	3.062	57.383	436	33.556	1.631	325.515
Börsennotierte Aktien	22.055	45.327	3.971	22.059	18.236	1.062	0	20.426	705	38.791
Nicht börsennotierte Aktien	40.264	108.283	31.081	161	69.422	7.577	42	2.843	6	39.673
Investmentzertifikate	10.151	138.392	14.848	53.529	15.545	34.533	19.937	53.951	2.573	20.072
Sonstige Anteilsrechte	162.265	109.961	28.618	1.593	73.736	6.015	0	109.263	1.301	162.836
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.411	x	2.028
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.824	5.824	0	0	0	5.824	0	12.673	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	40.393	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	5.357	17.460	10.043	55	5.714	1.620	29	16.964	21	12.844
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	489.457	1.484.654	946.351	171.232	221.708	124.485	20.879	617.913	12.431	871.320
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	30	417	415	0	0	2	0	494	0	926
Täglich fällige Einlagen	5.400	-641	537	-1.667	1.525	-827	-209	15.191	387	-1.382
Sonstige Einlagen	-1.049	-25.885	-25.396	187	-376	-294	-5	-5.025	-75	-4.280
Kurzfristige Kredite	2.622	-4.300	-3.637	2	-580	-85	0	23	0	-1.657
Langfristige Kredite	1.098	8.087	8.993	4	-803	-90	-17	-83	0	7.741
Handelskredite	4.735	-6	-3	0	-3	0	0	0	0	1.772
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-259	-3.461	-3.428	-14	3	-22	-1	149	5	-2.409
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-129	10.570	12.039	-2.763	-119	1.458	-46	-2.338	-124	-15.967
Börsennotierte Aktien	88	473	400	621	-532	-17	0	808	-7	1.213
Nicht börsennotierte Aktien	-868	-26.672	1.139	-23	-27.402	-391	5	36	-1	1.816
Investmentzertifikate	-312	6.782	197	4.583	1.487	-170	686	3.180	121	-41
Sonstige Anteilsrechte	9.954	631	-473	-64	1.512	-344	0	357	5	-23.899
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-525	x	-91
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	229	-81	0	0	0	-81	0	426	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	697	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.311	-3.843	-2.615	322	-1.517	-24	-10	1.807	-14	-2.541
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	20.228	-37.928	-11.831	1.190	-26.805	-885	403	15.197	297	-38.798
Nettogeldvermögen	-248.219	13.386	27.542	-3.327	-19.147	7.730	588	439.489	9.840	-6.647
Finanzierungssaldo	6.325	-6.690	-1.907	-1.489	-2.387	-892	-15	11.120	148	-10.259

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2016	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.171	2.171	x	x	x	x	x	x	12.707
Bargeld	x	30.026	30.026	x	x	x	x	x	x	763
Täglich fällige Einlagen	x	314.916	314.916	x	x	x	x	x	x	29.066
Sonstige Einlagen	x	300.484	300.484	x	x	x	x	x	x	78.306
Kurzfristige Kredite	42.425	14.626	0	698	11.786	2.135	7	11.547	356	54.307
Langfristige Kredite	233.147	34.903	0	77	33.763	1.061	1	165.535	2.178	122.968
Handelskredite	47.183	5	0	0	5	0	0	27	0	18.832
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	481	6.932	6.925	x	7	0	0	x	x	2.667
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	45.769	163.871	146.929	0	12.866	4.075	0	x	x	199.709
Börsennotierte Aktien	68.169	22.756	18.359	x	297	4.099	x	x	x	45.121
Nicht börsennotierte Aktien	38.315	76.189	59.822	504	7.737	7.945	181	x	x	100.807
Investmentzertifikate	x	173.306	86	173.220	0	0	x	x	x	61.168
Sonstige Anteilsrechte	236.352	179.022	19.578	58	158.369	1.017	0	x	29	130.574
Lebensversicherungsansprüche	x	70.378	x	x	0	70.378	x	x	x	4.060
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.506	x	x	0	22.506	x	x	x	2.815
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.782	29.611	7.462	x	0	2.047	20.101	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	15.053	29.566	12.052	0	16.024	1.490	0	1.314	26	14.097
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	737.675	1.471.268	918.810	174.559	240.854	116.755	20.290	178.424	2.590	877.967
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.736	1.736	x	x	x	x	x	x	159
Täglich fällige Einlagen	x	26.275	26.275	x	x	x	x	x	x	-4.983
Sonstige Einlagen	x	-24.961	-24.961	x	x	x	x	x	x	-11.743
Kurzfristige Kredite	-4.035	688	0	-75	580	183	0	-1.206	-43	1.633
Langfristige Kredite	8.944	2.242	0	-23	2.022	243	0	5.312	210	774
Handelskredite	6.750	-5	-3	0	-2	0	0	1	0	721
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	30	-2.851	-2.854	x	4	0	0	x	x	-1.811
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	1.565	-15.215	-11.536	x	-3.678	-1	0	x	x	-2.997
Börsennotierte Aktien	238	97	125	x	-27	0	0	x	x	2.224
Nicht börsennotierte Aktien	-1.031	1.663	1.613	x	123	-70	-3	x	x	-26.280
Investmentzertifikate	x	2.611	-3	2.614	0	0	0	x	x	7.454
Sonstige Anteilsrechte	2.222	-26.275	490	-2	-26.682	-81	0	x	3	9.461
Lebensversicherungsansprüche	x	-914	0	x	0	-914	0	x	x	297
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	592	0	x	0	592	0	x	x	-18
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-76	778	253	x	0	103	422	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-705	2.301	-1.059	166	3.242	-47	0	-30	-21	-3.432
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	13.902	-31.238	-9.924	2.678	-24.418	7	419	4.077	149	-28.539
Nettogeldvermögen	-248.219	13.386	27.542	-3.327	-19.147	7.730	588	439.489	9.840	-6.647
Finanzierungssaldo	6.325	-6.690	-1.907	-1.489	-2.387	-892	-15	11.120	148	-10.259

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.